

STADTARCHIV MANNHEIM
Archivations-Zugang 24 / 1972 Nr. 956

H. B. A. Meier zu Heimerich
 Dr. C. C. C. C. C.
 Rechtsanwälte

- 748 -

Philipp S c h o l l ✓

Verwaltungs-Obersekretär

W a l l d o r f (Baden)

Heidelbergerstr. 13

Dr. F.
Rech.

Betr.: Dienststrafverfahren

beendet:

19

angefangen:

19

STADTARCHIV MANNHEIM

Archivalien-Zugang 50 / 19 79 Nr. 440

956

LEITZ

Leitz-Hefter
 •Rapid•
 DIN-Quart

Kinnakun

17/6.48 Honorar

RM 100.-

31/12.48 Honorar - Rest

RM 50.-

20.12.46 Honorar

RM 300.-

15. Januar 1949

ab 15/1

Dr. O. / M.
- 748 -

Herrn

Philipp Scholl

Waldorf / Baden
Heidelbergerstrasse 19.

Sehr geehrter Herr Scholl !

Rechtsanwalt Dr. H o f e r t erinnert in dem ab-
schriftlich anliegenden Schreiben an die Bezahlung des
Betrages von DM 43.36, den Sie ja auch gemäss Ihrem Schrei-
ben vom 5. Dezember 1948 entrichten wollten . Wir empfehlen
Ihnen eine baldige Bezahlung .

Mit vorzüglicher Hochachtung !

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

1 Anlage



Dr. R. HOFERT

RECHTSANWALT

①70 HEIDELBERG

Sofienstraße 11 (Hofapotheke)

Fernruf 4071

Postscheck-Konto Nr. 15757

Bank: Allg. Bankgesellschaft Heidelberg

HEIDELBERG, den 13. Januar 1949

Dr. H/Fi

14. Jan. 1949

Herren

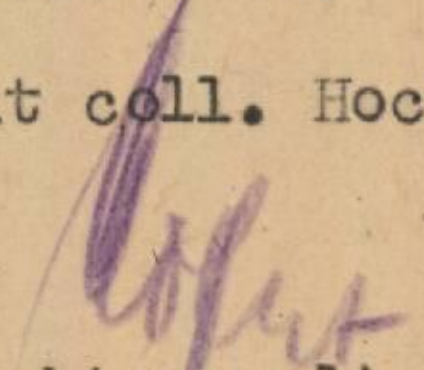
RAe. Dres. Heimerich und Otto

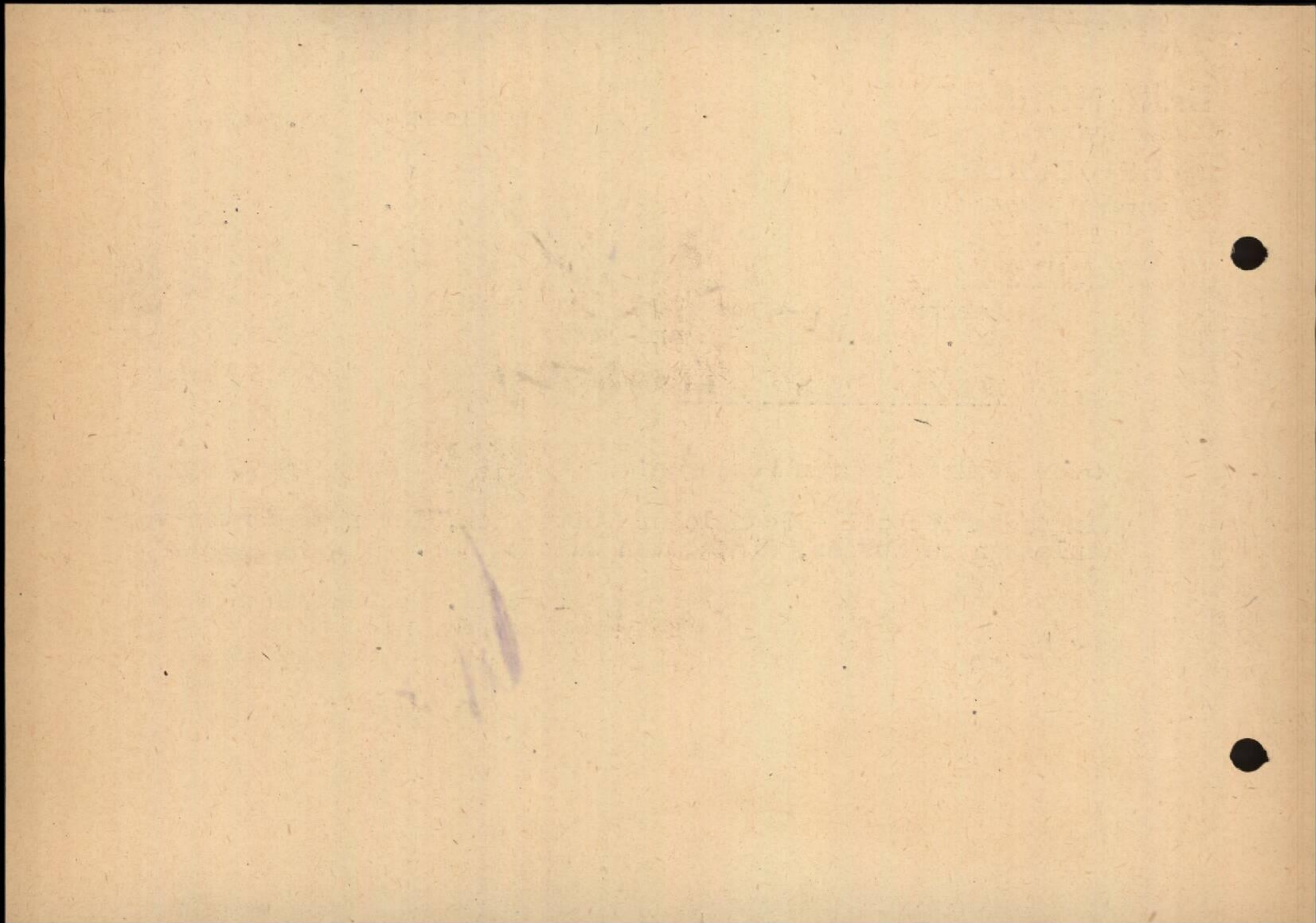
H e i d e l b e r g

Sehr geehrte Herren Kollegen!

In Sachen Scholl - Schmelcher bitten ich, Ihren Mandanten ver-
anlassen zu wollen, die Kosten zu bezahlen.

Mit coll. Hochachtung!


Rechtsanwalt



Für Überweisung durch die
SUDWESTBANK
werden Ihrem Konto gutgeschrieben

Gutschrift

Für Vermerke d. kontoführend. Bank

Wert

RM

50,-

wörtlich

Für die hiesige Kasse

An

Herrn Heinrich Heideberg

Konto bei

0384

wegen

Dr. 76/S. 748

Einzahlung am 14.12. von

Philipp Phall Velldorf 7/100.

Für Vermerke der Bank

, den

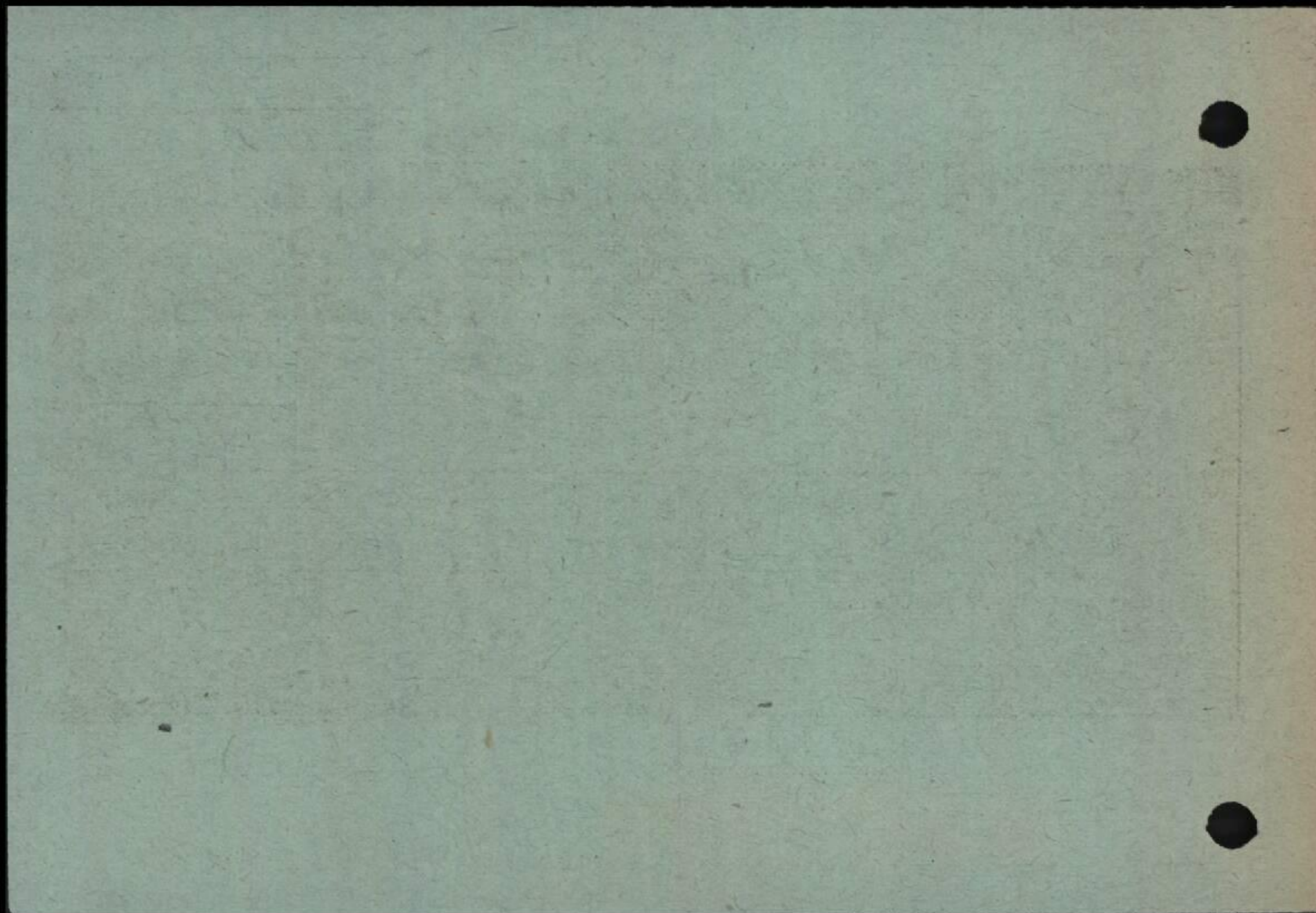
226

SUDWESTBANK

FILIALE HEIDELBERG

Fzw. 457 K III

25 000 4 47 Brausdruck



Nr. 15, I, 49

7. Dez. 1948.

Dr. O./M.

Herrn

Philipp Scholl

Waldorf/Baden
Heidelbergerstr. 19

Einschreiben !

Sehr geehrter Herr Scholl !

Wir bestätigen dankend den Empfang Ihres Schreibens vom 5. Dezember 1948, in dessen Erledigung wir Ihnen in der Anlage sämtliche bei unseren Akten befindlichen Originalunterlagen, darunter auch die beiden von Ihnen angezogenen Urkunden, übersenden.

Auch wir bedauern ausserordentlich, dass Sie das Opfer einer politischen Intrige geworden sind und hoffen, dass Ihnen solche Erfahrungen nunmehr erspart bleiben.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Der Absender wird gebeten, nur den umrandeten Teil auszufüllen !

Einlieferungsschein

Gegenstand:	Brief	Nr.	850c
Nachnahme:	RM	kg	g
Wert oder Betrag:	RM	kg	g
Empfänger:	Philipp Scholl		
Bestimmungs-ort:	Waldorf		

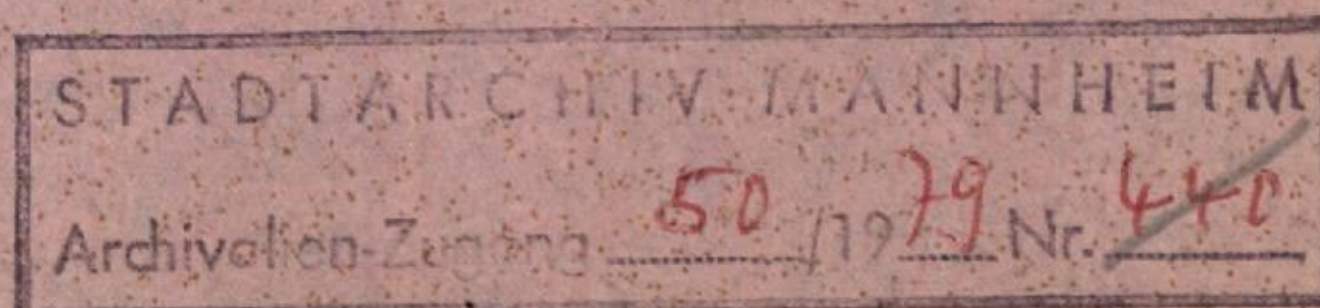
Postannahme



*) Erklärung der Abkürzungen umseitig.

C 62 Din A 7

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt



356

Beachtenswerte Regeln
für Schüler-Lehrer

Die First Regel

1. Der Schüler soll möglichst viel von dem, was er liest, verstehen und behalten.

2. Er soll die Aufmerksamkeit des Lehrers auf sich ziehen, wenn er etwas nicht versteht, und nicht stumm stehen lassen.

3. Er soll die Aufmerksamkeit des Lehrers auf sich ziehen, wenn er etwas nicht versteht, und nicht stumm stehen lassen.

Die Second Regel

4. Der Schüler soll die Aufmerksamkeit des Lehrers auf sich ziehen, wenn er etwas nicht versteht, und nicht stumm stehen lassen.

5. Er soll die Aufmerksamkeit des Lehrers auf sich ziehen, wenn er etwas nicht versteht, und nicht stumm stehen lassen.

6. Er soll die Aufmerksamkeit des Lehrers auf sich ziehen, wenn er etwas nicht versteht, und nicht stumm stehen lassen.

7. Er soll die Aufmerksamkeit des Lehrers auf sich ziehen, wenn er etwas nicht versteht, und nicht stumm stehen lassen.

8. Er soll die Aufmerksamkeit des Lehrers auf sich ziehen, wenn er etwas nicht versteht, und nicht stumm stehen lassen.

9. Er soll die Aufmerksamkeit des Lehrers auf sich ziehen, wenn er etwas nicht versteht, und nicht stumm stehen lassen.

10. Er soll die Aufmerksamkeit des Lehrers auf sich ziehen, wenn er etwas nicht versteht, und nicht stumm stehen lassen.

Philipp Scholl
Walldorf (Baden).

72/φ
Walldorf, den 5. Dezember 1948.

- 748 -
= 6. Dez. 1949

Herrn Rechtsanwalt Dr. Heimerich u. Dr. Otto

Heidelberg.

Neuenheimerlandstrasse 4

Von dem letzten Schreiben vom 26.11.1948 habe ich Kenntnis genommen und vermerkte mir, dass Herr Dr. Hofert nach der Mitteilung vom Amtsgericht Wiesloch den Betrag von DM 43.36 zu erhalten hat. Damit die Angelegenheit endlich zur Ruhe kommt, werde ich den Betrag bezahlen.

Damit bitte ich Sie recht höfl. in der ganzen Angelegenheit die Akten zu schliessen und spreche meinen besten Dank aus für die mir gewährte Rechtshilfe.

Bis zum 15. d. Mts. werde ich Ihnen den Betrag von DM 50,- überweisen. Der Landrat hat mir auch eine Forderung von über 20,- geschickt.

Nun es wurde genug darüber geschrieben. Ich habe das Spiel verloren und wie ich immer wieder beteuerte zu Unrecht. Ich finde mich damit ab, dass in meinem gemeindepolitischen Kampf gegen den CDU Bürgermeister Schmelcher mein Spiel verloren habe. Bedauerlich bleibt nur bei der ganzen Sache, dass in meinem Prozess gegen Schmelcher sein Flugblatt vom 13. Februar und dadurch mir zugefügten Beleidigung und persönlichen Verunglimpfungen in der ganzen Prozesszeit nicht zur Verhandlung stand.

Schuld daran war immer wieder das negative Ergebnis vom 14. Juni 1948 vor dem Schöffengericht Wiesloch. Ich bin eine Erfahrung reicher geworden und diese Angelegenheit hat mir manchen Fingerzeig gegeben.


Zu Beginn des Prozesses habe ich zwei Urkunden über mein Anstellungsverhältnis bei der Stadt Mannheim übergeben und befinden sich in den dortigen Akten.

1 Originalurkunde von der Stadt Mannheim vom Dezember 1945 über meine Anstellung als Beamter auf Lebenszeit.

dann eine Bestätigung vom Städt. Maschinenamt Mannheim, dass ich in meinem Amt Abteilungsleiter bin.

Wollen Sie mir diese beiden Urkunden recht bald zurücksenden. Der Ihnen erteilte Auftrag gilt dadurch als erloschen.

Hochachtungsvoll.



15.I.49 ✓

26. Nov. 1948.

ab 27/49

Herrn

Philipp Scholl

Waldorf / Baden

Heidelberger Str. 13

Dr. C. / M.

- 748 -

Sehr geehrter Herr Scholl !

In Ihrem Verfahren bei dem Amtsgericht Wiesloch sind nunmehr die Kosten des Gegenanwalts gemäss unserer Eingabe auf DM 43.36 festgesetzt worden . Wir hoffen , dass der Gegner keine Beschwerde hiergegen einlegt, da es nicht ganz unzweifelhaft erscheint, ob ein höherer Kostenansatz nicht doch zu rechtfertigen gewesen wäre .

Mit vorzüglicher Hochachtung !

(Dr. *C. Otto*)
Rechtsanwalt

Ausfertigung.

248-
210

Amtsgericht
-Schöffengericht -
Az.: Cs. 73/48

Wiesloch, den 20. November 1948

In Strafsachen
gegen

Philipp Scholl, Stadtober-
sekretär, in Walldorf, Heidelber-
gerstrasse 19,

wegen: Beamenbeleidigung.

26. Nov. 1948

Kostenfestsetzungsbeschluss.

Die von dem Verurteilten an den Nebenkläger, Bürger-
meister Wilhelm Schmelcher in Walldorf, auf Grund des
rechtskräftigen Urteils des Schöffengerichts Wiesloch
vom 14. Juni 1948 zu erstattenden Kosten werden auf

---43,36 DM---

----In Worten: Dretundvierzig 36/100 Deutsche Mark----

festgesetzt. Die Ausführungen des Verteidigers des
Angeklagten in seinem Schriftsatz vom 13. November 1948
denen sich das Gericht anschliesst, sind zutreffend.

gez. Stellberger

Ausgefertigt
Die Geschäftsstelle:

Herren
Rechtsanwälte Dr. h. c. Hermann Heimerich
Dr. Heinz G. C. Otto
Heidelberg
Neuenheimerlandstr. 4



Müller

818

RECEIVED
JAN 10 1911



1. XII 48

13. Nov. 1948.

ab 13/XI

Dr. O. / M.
- 748 -

Herrn

Philipp Scholl

Waldorf / Baden
Heidelberger Str. 13.

Sehr geehrter Herr Scholl !

Wir bestätigen dankend den Empfang Ihres Schreibens vom 10. November 1948, auf das hin wir wie in der Anlage an das Amtsgericht Wiesloch geschrieben haben .

Ein Schreiben an den Gegenanwalt, wie Sie es vorschlagen, hätte die angestrebte Kostenfestsetzung nicht verhindern können. Ich musste deshalb unter allen Umständen, da die mir gesetzte Frist zur Stellungnahme schon abgelaufen war, eine Eingabe an das Gericht machen, die abschriftlich dann auch dem Gegenanwalt zugestellt wird .

Ich hoffe , dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind .

Mit vorzüglicher Hochachtung !

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

1 Anlage

10/10/10

10/10/10

R

Verteiler :

1 x Gericht
2 x Gegenanwalt
1 x Mandant

} 61 73/48 vP

13. Nov. 1948.

Dr. O./M.
- 748 -

An das
A m t s g e r i c h t
W i e s l o c h

In der Strafsache
gegen

Philipp S c h o l l

Aktenz.: Cs 73/48
Abschrift für Gegner liegt an.

beantragen wir , die Kosten des Prozessbevollmächtigten
des Nebenklägers auf höchstens DM 43.36 festzusetzen .

Zur Begründung tragen wir vor, dass die Hauptverhandlung in dieser Sache vor dem Stichtag der Währungsreform stattgefunden hat, also auch die eigentliche Tätigkeit des Anwalts in diesen Zeitraum fällt. Dadurch, dass der Verurteilte ein Rechtsmittel eingelegt und dieses alsbald zurückgenommen hat, ist noch keine weitere Tätigkeit des Anwalts notwendig geworden, die eine andere Gebührenfestsetzung berücksichtigen würde . Nach den Richtlinien des Rechtsanwaltsvereins für Nord-Württemberg/Baden für die Berechnung der Rechtsanwaltsgebühren unter Berücksichtigung des Währungsgesetzes ist ebenfalls auf das Datum der Hauptverhandlung abgestellt und nicht auf das Datum der Rechtskraft. Durch die Rechtsmittelinlegung entsteht höchstens bei dem Anwalt des Rechtsmittelführers eine D-Mark-Gebühr, nicht aber bei dem Anwalt des Nebenklägers .

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

2

Phil. Scholl
Walldorf.

Walldorf, den 10.11.48

12. Nov. 1948

Dr. H./S 748

Sehr geehrter Herr Doktor !

Infolge Krankheit verhindert, komme ich heute erst zur Beantwortung Ihres geschätzten Briefes.

Ich habe den Brief des Herrn Dr. Hofert unmittelbar meinem ehem-Ankläger Bürgermeister Schmelcher gegeben mit der Bitte, die Angelegenheit mit seinem Anwalt zu regeln.

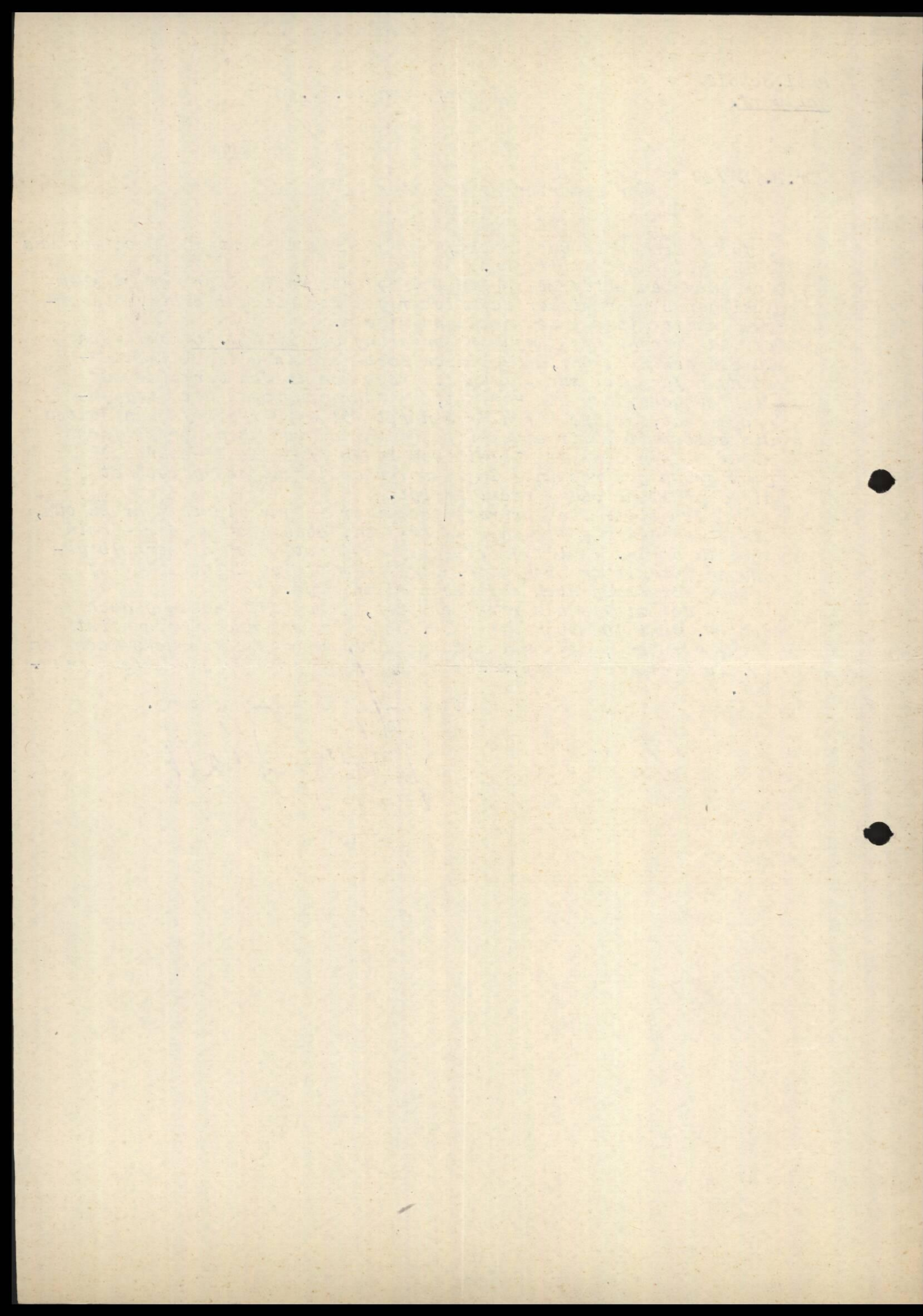
Bei näherer Überprüfung der Forderung von DM 211.16 komme ich zu der Feststellung, dass dieser Kostenansatz unter keinen Umständen für mich zur Zahlung infrage kommt. Ich verweise auf die Tatsache, dass das Gericht, dem Währungsgesetz Rechnung getragen hat, ebenso der Herr Landrat mit seiner Strafe und Kosten. Sie selbst sind mir entgegengekommen und ich kann mir einfach nicht denken, dass ein Termin von einer 3/4 Stunde Dauer oder ganz gross gesprochen 1 Tag des Verhandlungstages gerechnet die angegebene Summe rechtfertigt.

Ich bitte Sie Ihrerseits weiterhin gar nichts mehr zu tun, als Ihrem Herrn Kollegen zu schreiben, dass nachdem der Termin bereits am 14. Juni 1948 stattgefunden hat, sich dieserhalb genau so wie die anderen aml. Stellen mit einem Zehntel Betrag seiner Forderung sich zufriedenstellen möge.

Ich stelle ausdrücklich fest, dass eine Leistung nach dem 20. Juni 1948 von Herrn Dr. Hofer nicht nachzuweisen ist seine Berufung, dass meine Zurücknahme meines Einspruchs nach dem 20. Juni erst erfolgte, ~~mit~~ mit der Kostenforderung nichts zu tun hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung.

Phil. Scholl



778-

Ablieferungsschein Nr.

Gegenstand: *66f* Einlieferungs-Nr.: *690 d* Wert: *—*

Gewicht: *—* aus (Einlieferungs-N): *Heidelberg* *2*

abgesandt von: *H. de Jünger u. de Otto* *Heidelberg*
Heinrichsheim an *Philipp Scholl*
Kullworf b. Baden

Nachgebühr *Rpf*

Sendungen gegen Rückschein dürfen nur an den Empfänger selbst oder seinen Bevollmächtigten ausgehändigt werden

Philipp Scholl erhalten:

Zustell- oder Ausgabevermerk:

selbst.

10.11

Rückschein



An Herrn, Firma
Frau, Frl.

Dr. H. Gimmig u. Dr. Otto

Heidelberg

in

Postfach

Wohnung

(Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk)

Münchener-Landstr. 4.

8. Nov. 1948.

48/1148

Dr.O./S.
- 748 -

Herrn
Philipp Scholl
Waldorff / Baden
Heidelberger Str. 13

Einschreiben mit Rückschein!

Sehr geehrter Herr Scholl!

Ihre Kostenangelegenheit ist nun besonders dringend geworden. Wir haben Sie bisher vergeblich in unseren Schreiben vom 25.10. und 1.11.48 um Ihre Stellungnahme gebeten. Wenn wir nicht alsbald im Besitze Ihres Bescheids sind, können wir zu unserem Bedauern die gegen Sie geltend gemachte Kostenforderung des Rechtsanwalts Dr. Hofert mit DM 211.16 nicht mehr von Ihnen abwehren. Wir bitten Sie deshalb um Ihre gefällige umgehende Stellungnahme.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt.

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Der Absender wird gebeten, nur den umrandeten Teil auszufüllen!

Einlieferungsschein

Gegenstand:

*) Brief *) Nr.

Nachnahme:	Rh	Rpf	Gewicht:	kg	g
Wert oder Betrag:				Rh	Rpf
Empfänger:	Philipp Scholl				
Bestimmungsort:	Waldorf				

Postannahme



April

*) Erklärung der Abkürzungen umseitig.

C 62 Din A 7

1. Nov. 1948.

ab 1/11

Dr. O./M. - 748-

Herrn

Philipp S c h o l l

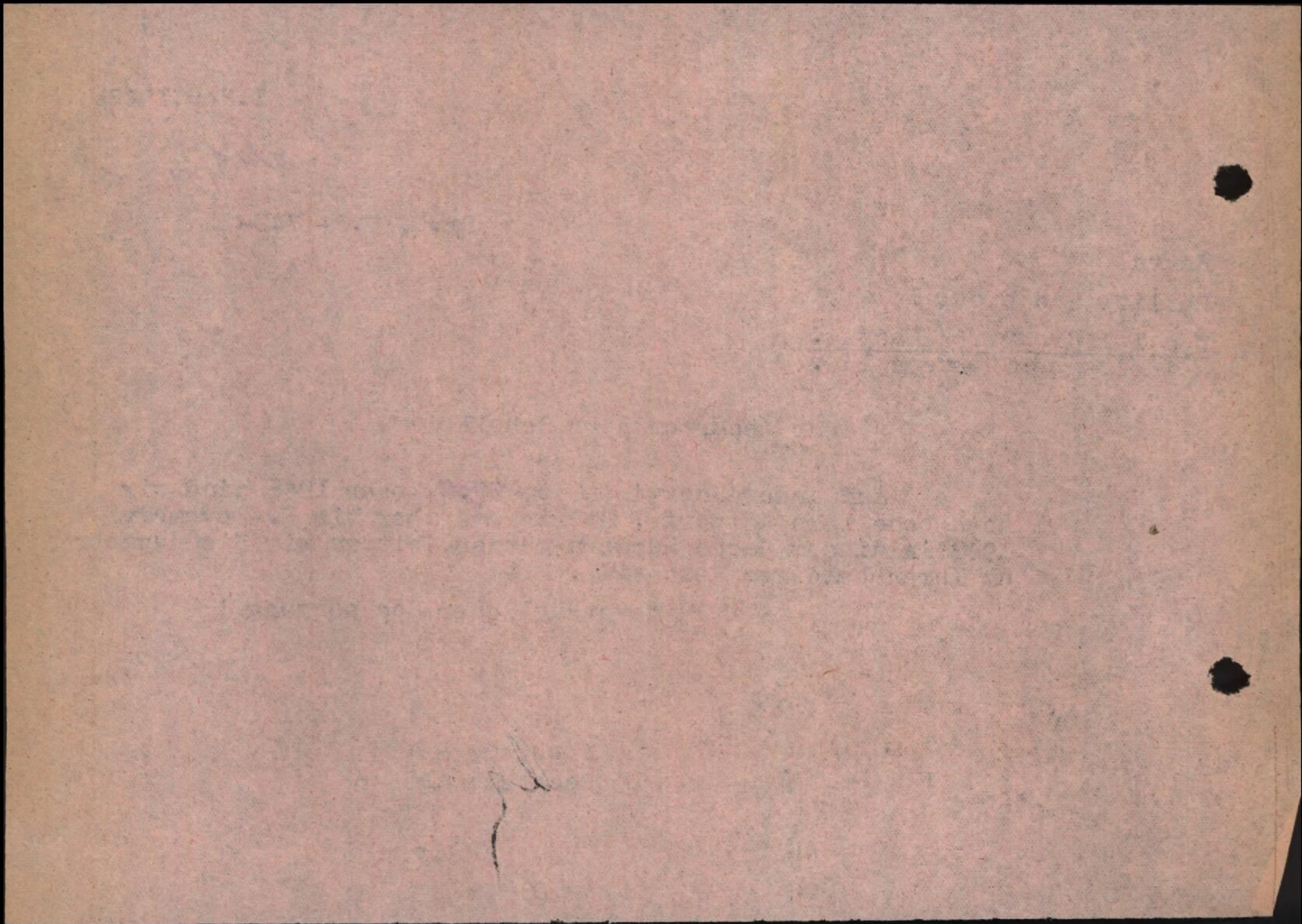
W a l l d o r f / Baden .
Heidelberger Strasse 13 .

Sehr geehrter Herr Scholl !

Auf unser Schreiben vom 25. Oktober 1948 sind wir noch ohne Ihre Antwort . Da wir uns aber bis 5. November 1948 in dieser Sache äussern müssen, bitten wir Sie nunmehr um Ihren baldigen Bescheid .

Mit vorzüglicher Hochachtung !

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt



25.Okt.1948 .

al 25/4

Dr.O./M.

Herrn

Philipp Scholl

Waldorf / Baden
Heidelberger Strasse 13 .

Sehr geehrter Herr Scholl !

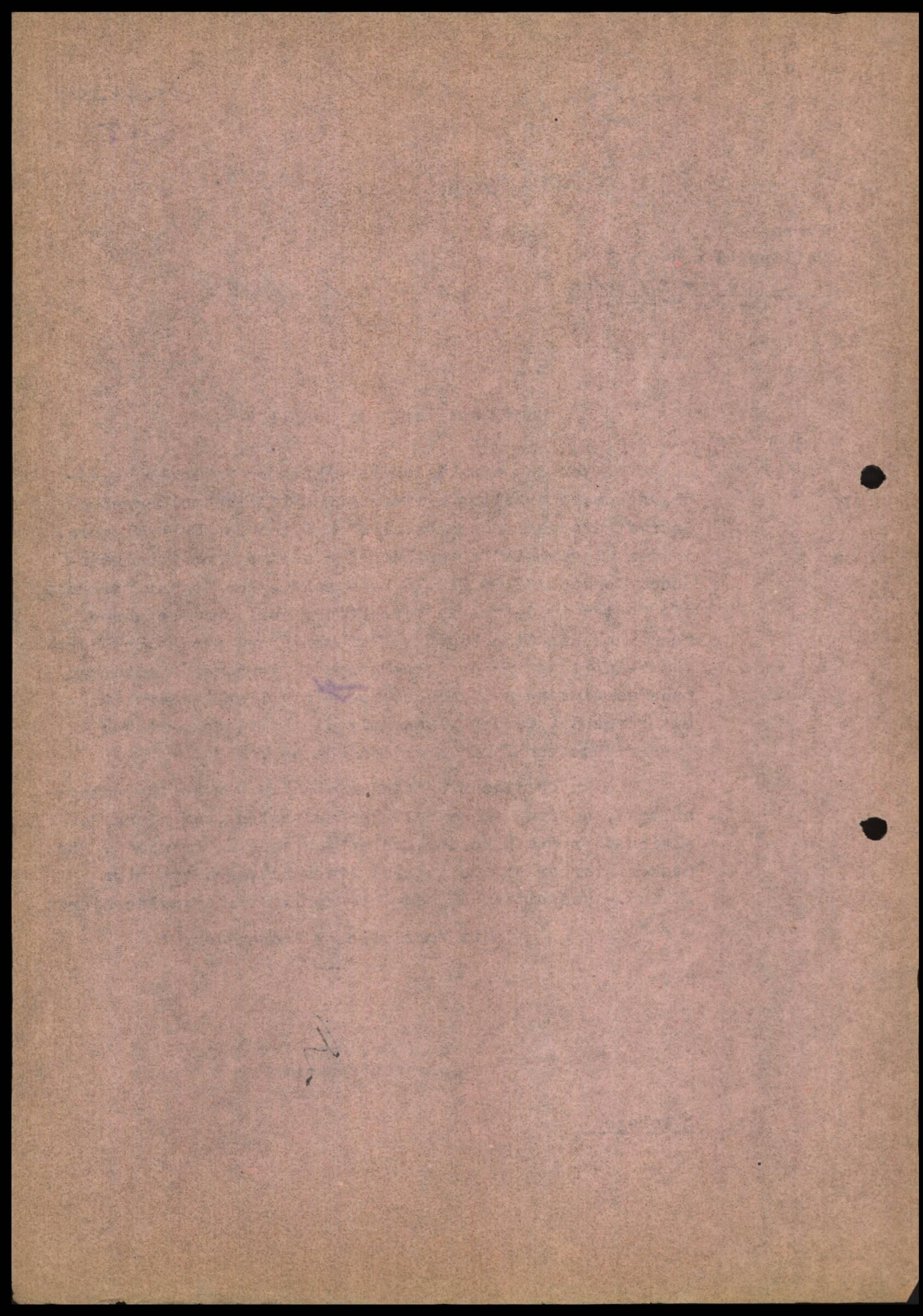
Von dem Anwalt des Nebenklägers in Ihrer Beleidigungssache erhalten wir den abschriftlich anliegenden Schriftsatz des Prozessbevollmächtigten des Nebenklägers, in dem dieser die Festsetzung der seiner Partei entstandenen Kosten auf DM 211.16 beantragt . Der Gegner versucht, die Kosten in D-Mark zu berechnen , weil das Verfahren noch nach dem Stichtag der Währungsreform durch Ihre Berufungseinlegung in der Schwebe war . Hiergegen könnte man manches einwenden , jedoch kann ^{nicht} mit voller Sicherheit damit gerechnet werden , dass wir die Kostenfestsetzung in dieser Höhe von Ihnen abwenden können .

Unter diesen Umständen möchten wir es für ratsam halten , an den Gegenanwalt heranzutreten , um einen Vergleich über die Höhe der Kosten zustande zu bringen . Wir denken hierbei an das Angebot eines Betrages von etwa DM 100.- und bitten Sie um Ihre gefl. Stellungnahme hierzu .

Mit vorzüglicher Hochachtung !

(Dr. Oetg)
Rechtsanwalt

1 Anlage



- 748 -

Dr. R. Hofert
Rechtsanwalt
Heidelberg
Sofienstraße 11 (Hofapotheke)
Fernruf 4071
Postscheckkonto Karlsruhe 15757

Heidelberg, den 12. Oktober 1948

Dr. H/Bu

An das
Amtsgericht

Wiesloch

AZ: Cs 73/48
~~Gegenstandsbechr.~~

18. Okt. 1948
191R
Frist vor Gericht bis 5. Nov. 48
zurücknehmen
In Sachen
gegen

Philipp Scholl

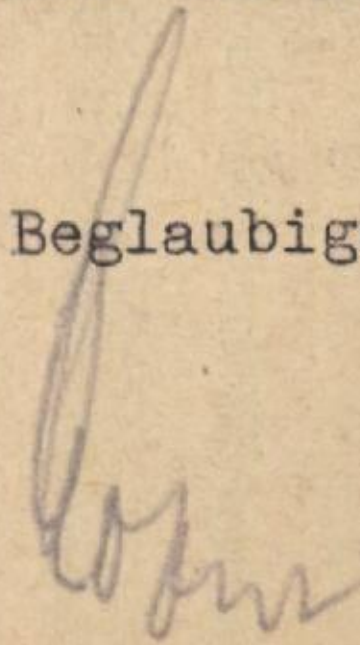
beantrage ich die von dem Verurteilten dem Nebenkläger
zu meinen Händen zu erstattenden Kosten wie folgt fest-
zusetzen:

Gebühr gemäß § 63 Ziffer 3 der Gebührenverordnung für	
Rechtsanwälte vom 21.4.44	DM 200.--
Steuern	DM 6.--
Auslagen	DM 2.16
Kosten dieses Antrags	DM 3.--
	<u>DM 211.16</u>
	=====

Bemerke, daß die Gebühr erst mit Abschluß des Verfahrens
fällig wird. Der Angeklagte hat Berufung eingelegt und diese
erst nach dem 20. Juni 1948 zurückgenommen. Infolgedessen
sind die Gebühren in vollem Umfang in DM festzusetzen.

Vorsorglich beantrage ich die Gebühr mit DM 40.-- zuzüglich
Steuern und Auslagen DM 3.36 zusammen DM 43.36 festzusetzen.

Zur Beglaubigung


Rechtsanwalt

gez. Dr. Hofert

Rechtsanwalt

Amtsgericht

Wiesloch, den 14.10.1948

18. Okt. 1948

An Herrn Rechtsanwälte Dres. Heimerich u. G. C. Otto

in Heidelberg

Neuenheimerlandstr. 4

zur Äußerung binnen einer Woche.

gez. Stellberger

Ausgefertigt

Die Geschäftsstelle:



Müller

29. Sept. 1948.

9/11
30/8
Wv. in 10 Tagen

Dr.H./S.
- 748 -

Herrn
Philipp Scholl
Walldorf /Baden
Heidelberger Str. 13

Sehr geehrter Herr Scholl!

Bei Abfassung unseres Briefes vom 29.8. ist übersehen worden, daß Sie bereits einen Vorschuß von RM 100.-- an uns am 17.6.48 bezahlt haben. Wir würden es für angemessen halten, wenn Sie uns noch DM 50.-- bezahlen würden.

Der Verweis des Landrats braucht Sie nicht weiter zu berühren.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung!

(Dr. Heimerich)
Rechtsanwalt.

SECRET
(S)

THE FOLLOWING INFORMATION IS FOR YOUR INFORMATION

IS A SUMMARY OF THE INFORMATION RECEIVED FROM THE
SOURCE CONCERNING THE ACTS OF VIOLENCE COMMITTED
BY THE SUBJECTS DURING THE PERIOD FROM 1968 TO 1970.
THE INFORMATION WAS OBTAINED FROM THE SOURCE
DURING HIS VISIT TO THE UNITED STATES IN 1971.

CONFIDENTIAL

RECEIVED
JAN 10 1972
FBI - NEW YORK

SECRET
(S)

SECRET

SECRET

107 xi

Philipp Scholl
Walldorf (Baden)

Walldorf, den 15. September 1948.

17. Sep. 1948

de / x / Am
25

Herrn

Rechtsanwalt Dr. Heimerich

Heidelberg.

Bestätige den Erhalt Ihres sehr geehrten Briefes vom 29.8.48.
Inzwischen habe ich den Verweis vom Herrn Landrat bekommen.
Auch ihn betrachte ich als gegenstandslos.

Bezüglich Ihrer Forderung darf ich um Überprüfung des Betrages
von 150,- DM bitten. Ich bitte zu bedenken, dass mit dem 14. Juni
Urteil in Wiesloch die Angelegenheit in der Hauptsache abgeschlos-
sen war, somit die Hauptleistung vor dem 20. Juni liegt. Ich bitte
dies zu berücksichtigen auch insofern, dass ich Ihnen, ~~XXXXXX~~
am 16. Juni bereits 100 Mark überwiesen habe.

Ich hoffe keine Fehlbitte getan zu haben und zeichne mit
aller Hochachtung

Rückporto anbei.

Mitzschke

800

11-11-11

18

18

18

11-11-11



15/9. ✓

29. August 1948.

Dr. H./S.
- 748 -

ab 31.8.

Herrn
Philipp Schöll
Waldorf /Baden
Heidelberger Str. 13

Sehr geehrter Herr Schöll!

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 10. ds. Mts. Mittlerweile haben wir von der Strafkammer II des Landgerichts Heidelberg auch noch die Mitteilung erhalten, daß der Hauptverhandlungstermin vom 3.9. wieder aufgehoben wurde, da Sie die Berufung zurückgenommen haben.

Wir glauben, daß Sie den richtigen Entschluß gefaßt haben. Wenn es nicht gelang, die Zeugenaussagen, auf denen Ihre Verurteilung zu 100.-- M Geldstrafe beruhte, zu erschüttern, bot die Berufung wenig Aussicht auf Erfolg. Im übrigen brauchen Sie die Sache nicht allzu tragisch zu nehmen. Das Gericht hat dadurch, daß es nur eine Geldstrafe von 100.-- M verhängte, selbst zum Ausdruck gebracht, daß es der Sache keine allzu große Bedeutung beilegt. Diese Auffassung wird sich auch im Disziplinarverfahren auswirken.

Nachdem unsere Tätigkeit beendet ist, erlauben wir uns, für unsere Bemühungen DM 150.-- zu liquidieren.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung!

(Dr. Heimerich)
Rechtsanwalt.

Landgericht
-Strafkammer II-
II Ns 46/48

Sc/φ/W-V

Heidelberg, den 12.8.1948

In Strafsachen

gegen Philipp Scholl in Walldorf
wegen Beamenbeleidigung.

748-
14. Aug. 1948

Der Hauptverhandlungstermin vom 3.9.1948 wird aufgehoben,
da der Angeklagte seine Berufung am 9.8.1948 zurückgenommen
hat.

Der Vorsitzende:
gez. Krastel

Ausgefertigt:

Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle



Herren RAe.
Dres. Heimerich u. Otto
hier

[Signature]
Justizinspektor

Heimerich Dr. Otto.

Kostenverschling:

150.- DM.

[Signature]

Philipp Scholl
Walldorf.

Den 10. August 1948.

12. Aug. 1948

An die Herrn Rechtsanwälte Dr. Dr. Heimerich u. Dr. Otto
Heidelberg.

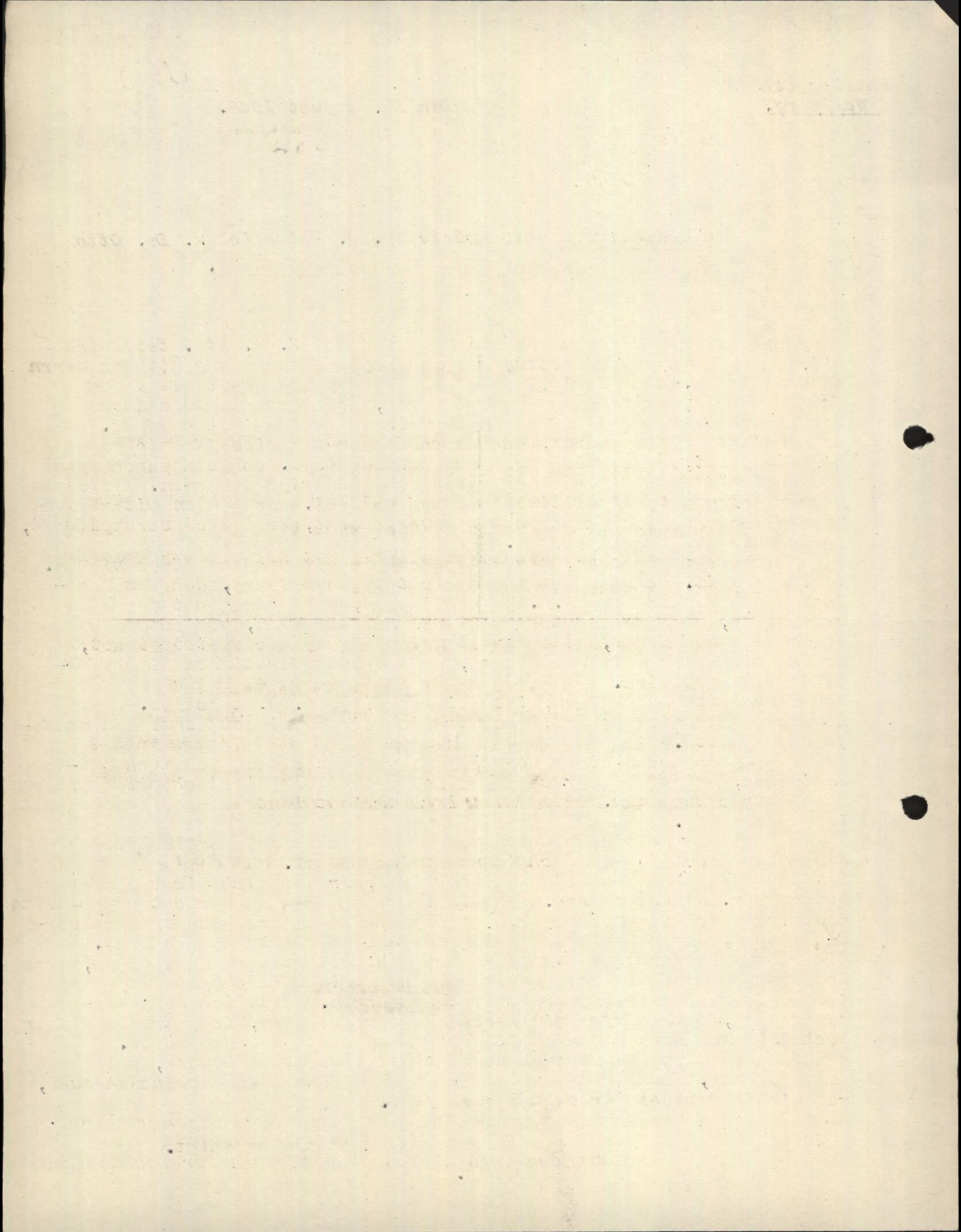
In Beantwortung Ihres geehrten Briefes vom 7. d. Mts. teile ich mit, dass ich heute Vormittag die angesagte Unterredung mit dem Herrn Landrat hatte. Unter Darlegung der ganzen Angelegenheit mit allem Drum und Dran, erklärte der Herr Landrat, dass ich als Abschluss der ganzen Sache wohl mit einem Verweis zu rechnen haben würde. Ich erklärte Herrn Landrat, dass auch dieser Verweis für mich eine Belastung sei, da ich mich frei von Schuld wisse. Ich bin durch meine Anständigkeit das Opfer einer politischen Intrige geworden. Politische Gegner haben meinen politischen Kampf anlässlich der Wahlen mit reinen persönlichen verlogenen Argumenten vertauscht, persönlich verunglimpft, in Schmutz und Dreck gezogen.

Ich sage mir aber, warum die Sache in die unnütze Länge ziehen. Schluss damit. Nachdem das Landgericht in Heidelberg, nach dem Wortlaut der Vorladung zum 3.9. zu schliessen, sich gar nicht der Mühe unterzieht, den ganzen Sachverhalt neu aufzurollen, von Ladung der Zeugen Abstand nimmt, eine neue Beweisführung nicht stattfindet, so ist mit Sicherheit anzunehmen, dass das das erstinstanzliche Urteil verkündet wird. Von dieser Seite aus gesehen, ist weitere Klage m. E. zwecklos. Hoffnung hätte ich gehabt, wenn wirklich die Beweisaufnahme neu stattgefunden hätte.

Nach nochmaliger Überprüfung der Sache habe ich mich entschlossen, meinen Einspruch gegen das Urteil von Wiesloch mit heutigem Brief zurückzunehmen. Brief mit gleicher Post heute an das Landgericht ist abgegangen.

Gleichzeitig habe ich von der Zurücknahme des Einspruchs das Amtsgericht in Wiesloch in Kenntnis gesetzt. Somit rundet sich das Bild zum Abschluss, das für mich nicht von Nutzen war. Geldstrafe u. Verweis im Gefühl der zu Unrecht verurteilt und persönlich verunglimpft, sind Dinge, die man erst schmerzlich verdauen muss, aber nach Lage der Dinge einmal nicht zu ändern sind. Die Währungsreform hat auch für mich neue Situationen geschaffen, meine Ersparnisse sind mir genommen, allein auf mein Gehalt gestellt, kann ich weglos nicht ins Ungewisse Prozess führen. Hätte ich mein Vermögen noch, das dürfen die Herren Versichert sein, ich wäre in dieser Sache bis zum Ende gegangen bis ich mein Recht gefunden hätte. So muss ich mich den veränderten Verhältnissen eben beugen, es ist das das erstemal, dass ich hinsichtlich meiner Ehre etwas schlucken muss, was mir im Gewissen kreuz und quer geht. Abschliessend meinen besten Dank für Ihre guten Bemühungen und ich erachte meinen Ihnen erteilten Auftrag damit als erledigt. Mit der Versicherung ausgezeichnetester Hochachtung verbleibe ich.

Philipp Scholl



18/8 ✓
7. August 1948
alt 7/8

Dr. H./M.
- 748 -

Herrn
Philipp Scholl
Waldorf / Baden .
Heidelbergerstrasse 13.

Sehr geehrter Herr Scholl !

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 26. Juli 1948, das wir nicht sofort beantwortet haben, weil wir noch auf den Bericht über die von Ihnen angekündigte Aussprache mit dem Herrn Landrat warteten. Hat diese Aussprache mittlerweile stattgefunden und auf welchen Standpunkt hat sich der Landrat gestellt ? Heute haben wir auf Ihre Berufung hin von der Strafkammer II des Landgerichts Heidelberg eine Ladung zur Hauptverhandlung auf

Freitag, den 3. September 1948, vorm. 8.30 Uhr
erhalten . In dieser Ladung ist vermerkt , dass eine Wiederholung der Beweisaufnahme nicht stattfinden soll . Trotz dieser Ladung zur Hauptverhandlung können Sie die Berufung natürlich immer noch zurücknehmen .

Mit hochachtungsvoller Begrüßung !

(Dr. Heimerich)
Rechtsanwalt

7. August 1948

Dr. H. M.
- 778 -

Herrn
Philippe Schönlank
Hilfshilfskommission
Hilfshilfskommission
Hilfshilfskommission

Herrn Schönlank

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom
26. Juli 1948, das wir nicht sofort beantwortet haben, weil
wir noch auf den Bericht über die von Ihnen angeforderte
Auswertung der dem Herrn Landrat vorgelegten. Hat diese Aus-
wertung mittlerweile stattgefunden und auf welchem Stand-
punkt befindet sich der Landrat bezüglich? Heute haben wir
auf Ihre Mitteilung hin von der Stütznummer 21 des Land-
gerichts Heideberg eine Ladung zur Hauptverhandlung auf

Freitag, den 2. September 1948, vorm. 9.30 Uhr

erhalten. In dieser Ladung ist vermerkt, dass eine
Wiederholung der Beweisaufnahme nicht stattfinden soll.
Trotz dieser Ladung zur Hauptverhandlung können Sie die
Berufung Revision immer noch eintreten lassen.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung

(Dr. Heideberg)
Beckmann

1748-

Geschäftsstelle
der Staatsanwaltschaft
des Landgerichts
-Strafkammer II-

Heidelberg, den 31. Juli 1948

Vorladung

Aktenzeichen:

Strafsache gegen Philipp Scholl in Walldorf

II Ns 46/48

6. Aug. 1948

Es wird gebeten, auf allen Zuschriften an das Gericht oder die Staatsanwaltschaft den Betreff und das vorstehende Aktenzeichen anzugeben.

wegen Beamtenbeleidigung.

Als Verteidiger des Angeklagten werden Sie zur Hauptverhandlung vorgeladen auf
Freitag, den 3. September 1948, vorm. 8.30 Uhr

vor die strafkammer II des Landgerichts Heidelberg,
Seminarstr. 3, Sitzungssaal 2.

Wiederholung der Beweisaufnahme ist nicht angeordnet.

Zu der Verhandlung werden — außer der in der Anklageschrift benannten — Zeugen
— und Sachverständigen — vorgeladen

als Zeug : -Niemand-

An

Herrn Rechtsanwalt e
Dres. Heimerich und Otto

Justizinspektor



in Heidelberg

StP. 209.

Vorladung des Verteidigers zur Hauptverhandlung (§ 218 StPO.).
— Staatsanwaltschaft (4a; SchrOP. 50 gqm; A4; 1. 1943; 1000; Z8).

Zum Durchf. mit StP. 211aa, 213a, 221, 232, 224, 231.

100-115
111-3-10
-II 100-115



50/7 ✓

Wohl. Wohl

28 Juli 1948 .

428/7

Dr. O. / M.
-748 -

An das
Landratsamt Heidelberg
H e i d e l b e r g
Hauptstrasse 207/209 .

Betr.: Gemeinderat Philipp S c h o l l in Walldorf.

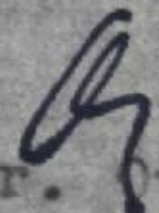
Wir müssen unser Schreiben vom 20. Juli 1948 richtigstellen. Es trifft nicht zu, dass unser Mandant seine Berufung gegen das Urteil des Schöffengerichts zurückgenommen hat. Wir bitten Sie, uns über den weiteren Gang der Angelegenheit bei Ihnen auf dem laufenden zu halten .

T. A. J.

II. Nr. 9.8.47. ✓

3.8.

Uh.


(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

Philipp Scholl
Walldorf (Baden)
Heidelbergerstrasse 13.

Den 26. Juli 1948.

27. Juli 1948

An die Herren Rechtsanwälte Dr. Dr. Heimerich u. Dr. Otto
Heidelberg.
Neuenheimerlandstrasse 4.

Besten Dank für Ihren Brief, den ich am Samstag 24.7 erhalten habe. Inzwischen habe ich auf Einladung des Bürgermeisters an der letzten Sitzung des Stadtrates wieder teilgenommen. Überrascht hat mich Ihre Mitteilung an den Herrn Landrat, dass ich meinen Einspruch gegen das Urteil des Schöffengerichts in Wiesloch zurückgezogen haben soll. Hier liegt ein Missverständnis Ihrerseits vor. Bis jetzt habe ich den Einspruch nicht zurückgezogen, denn ich wollte dies erst tun, nachdem ich endgültig mit Ihnen darüber Rücksprache genommen habe, wie dies auch in meinem Brief vom 20.7.48 deutlich zum Ausdruck kam. Darin habe ich auf Seite 2 dies zum Ausdruck gebracht. Nachdem meine erbetene Rücksprache bis heute nicht erfolgen konnte, so unterliess ich auch die Zurücknahme des Einspruchs. Nun das ist nicht schlimm. Sie kennen meinen Standpunkt, dass ich nichts unternehme, ohne im engsten Einvernehmen mit Ihnen zu handeln. Wie bisher (Einspruch gegen das Urteil) hätte ich Ihnen, wenn ich mein Vorhaben durchgeführt hätte, Ihnen eine Abschrift von der Zurücknahme ohne Zweifel zur Verfügung gestellt.

Ich weiss jetzt wirklich nicht, was zu tun ist. Soll ich den Einspruch nachträglich zurücknehmen, oder die Sache laufen lassen. Was folgert der Herr Landrat daraus, bei einer Zurücknahme des Einspruchs?

Mein Standpunkt geht dahin, dass ich persönlich zum Herrn Landrat diese Woche noch gehen werde um klar herauszufinden, was sein Standpunkt ist. Über den Ausgang der Sache werde ich Ihnen selbstverständlich Mitteilung zugehen lassen.

Bis dahin grüsse ich Sie recht freundlichst und mit aller

Hochachtung

verbleibe ich Ihr

Philipp Scholl

347.

20. Juli 1948

Abschr. f. Herrn Scholl

ab 21/7.

Dr. We./Sch.
- 748 -

An das
Landratsamt Heidelberg
Heidelberg
Hauptstr. 207/209

Betr.: Gemeinderat Philipp Scholl in Walldorf.

Die Berufung gegen das Urteil des Schöffengerichts
Wiesloch wurde durch unseren Mandanten zurückgenommen. Wir
vertreten Herrn Scholl auch in dem gegen ihn anhängigen
Dienststrafverfahren und bitten uns vom Fortgang Nachricht
zu geben.

Wv. 30.7.48 zur Feststellung, ob Nachricht
vom Landratsamt vorliegt.

Herrn Dr. Otto

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

20. April 1918

Abachr. f. Herrn Scholl

2. Nov. 1918
- 745 -

Abachr. f. Herrn Scholl
20. April 1918

Sehr geehrter Herr Scholl,

Ich habe die Ehre, Ihnen hiermit zu bestätigen, dass die von Ihnen angeforderten Unterlagen zur Verfügung gestellt werden können. Die Unterlagen sind in der Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen,
Herrn Dr. O. t. o.

(Dr. O. t. o.)
Herrn Dr. O. t. o.

LANDRATSAMT

Fernsprecher 4441/44
Postscheck-Konto der Bezirkskasse
Karlsruhe Nr. 15442

Abt: I

Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben.

748 -
Se/φ/W-V
Heidelberg, den 13. Juli 1948
Hauptstraße 207/209

Das Verhalten des Gemeinderats
Philipp Scholl in Walldorf.

15. Juli 1948

I. Die Dienstenthebung des Gemeinderats Scholl nach § 78 RDStO wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Das förmliche Dienststraßverfahren wird in seiner Durchführung dadurch nicht betroffen, Da Gemeinderat Scholl gegen das schöffengerichtliche Urteil Berufung eingelegt hat, bleibt das Verfahren zunächst ausgesetzt.

II. Nachricht von Ziff.I ,
für Gemeinderat Philipp Scholl.

An die
Herren Rechtsanwälte
Dr.h.c.Hermann Heimerich u.
Dr.Heinz G.C.Otto
in Heidelberg
Neuenheimer Landstr.4



TESTAMENT

Testament of
the Lord

Testament of the Lord
the Lord of the
Lord of the

15 JUL 1843

Testament of the Lord
the Lord of the

20. Juli 1948

Herrn
Philipp Scholl
Walldorf
Heidelbergerstr. 13

Dr. We./Sch.
- 748 -


ab 21/7

Sehr geehrter Herr Scholl!

Wir gestatten uns, Ihnen beigeschlossen eine Verfügung des Landratsamtes Heidelberg vom 13.7.48 zu überreichen. Da Sie die Berufung inzwischen zurückgenommen haben, wird das Dienststraßverfahren nunmehr seinen Fortgang nehmen. Wir werden dem Herrn Landrat von der Zurücknahme der Berufung von uns Nachricht geben.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Anl.


(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

Dr. med. 7500.
- 748 -

Heidelberg, 15. 10. 1911
Philipps-Universität
Heidelberg

Sehr geehrter Herr Prof.!

Ich beglücke Sie, Ihnen beiwünschen eine
gute und fruchtbare Heidezeit von 15. 10. 1911 an
an. Bei der Gelegenheit, die ich Ihnen
schonken habe, wird das Dispositiv für die
seinen Fortschritte. Ich werde die Fortschritte
von der Fortschritte der Fortschritte von der Fortschritte
sehen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Ad.

A
(Dr. Otto)
Leitung

Heidelberg, den 9. Juli 1948

Dr. We./Sch.

- 748 -

A k t e n n o t i z
in der Sache S c h o l l .

Herr Scholl hat um Mitteilung eines Termins zur Rücksprache ersucht. Ich konnte ihn gestern nicht empfangen, da ich Termin beim Landgericht hatte und habe auf telefonischen Anruf hin sagen lassen, wir würden^{von} uns aus einen neuen Termin mit ihm vereinbaren.

Ich darf auf die Begründung des Urteils des Schöffengerichts Wiesloch besonders bezüglich der Auswertung der Zeugenaussagen hinweisen. Ich habe unserem Mandanten von Anfang an nicht dazu geraten, Berufung einzulegen und möchte, nachdem ich das Urteil gelesen habe, entschieden davon abraten. Er hat es ja offenbar auch selber eingesehen (siehe Abs.2 seines Briefes vom 6.7.48).

Der Landrat des Landkreises Heidelberg steht auf dem Standpunkt, dass Herr Scholl, sollte er verurteilt werden, nicht mehr Gemeinderat bleiben kann. Der Landrat hat sich in dieser Richtung mir gegenüber weitgehend festgelegt.

Um unseren Mandanten im Disziplinarstrafverfahren vielleicht doch noch einmal nur mit einer Verwarnung davon kommen zu lassen, müsste man vielleicht veranlassen, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Gemeinderats Walldorf beim Landrat vorsprechen und sich für unseren Mandanten einsetzen. Dazu wäre mit dem Herrn Landrat eine vorbereitende Besprechung zu führen, die durch uns erfolgen müsste.

Die Schwierigkeit in der Sache Scholl gegenüber dem Landrat besteht darin, wie mir der Herr Landrat

sagte, gegen Scholl bereits andere Sachen auf dem Disziplinarwege anhängig gemacht worden sind und dass es nach Meinung des Landrats "eigentlich an der Zeit sei, dass Herr Scholl aus dem Gemeinderat verschwinde".

Die einzige Chance für unseren Mandanten sehe ich, wie gesagt darin, dass man von seiten seiner Partei versucht, den Landrat nochmals zu einem Einlenken zu bestimmen.

Herrn Dr. H e i m e r i c h

Philipp Scholl
Walldorf. (Baden)
Heidelbergerstrasse 13.

Den 6. Juli 1948.

7. Juli 1948

An die Herren Rechtsanwälte Dr. Dr. Heimerich u. Dr. Otto
Heidelberg.

Neueneheimerlandstrasse 4.

Anbei übersende ich das Urteil des Amtsgerichts Wiesloch.
Die Begründungen sprechen leider gegen mich, die Aussagen der
beiden Zeugen, die mich entlasteten, waren anscheinend heben-
sächlich.

Weiter darüber zu sprechen hat vorläufig keinen Sinn.
Die inzwischen eingetretene Währungsreform schafft neue Si-
tuationen. Eine Weiterführung des Prozesses beim Landgericht
in Heidelberg halte ich persönlich doch nicht für ratsam. Ich
werde mich halt, so arg ich mich dagegen sträube ~~gegen~~ diesen Fehl-
urteil beugen müssen.

Wie mir Herr Dr. Weber sagte, wird es wohl doch so sein,
dass vor Ablauf eines Vierteljahres die Sache vor dem Land-
gericht in Heidelberg nicht zur Verhandlung kommt.

Es ist unmöglich, dass die Sache mit meinem Mandat als Gemeinderat bis zur Urteilsfällung beim Landgericht hinausgezogen wird.
Bis jetzt ist die Sache doch die, dass der Herr Landrat meine Bestätigung als Gemeinderat. d. h. Wiedereinsetzung als solcher von der Beleidigungsklage abhängig macht. Er wird jetzt sagen, warten wir das Urteil vom Landgericht ab. Bis dahin kann meine Partei meinen Sitz im Gemeinderat nicht verwaist lassen. Ich habe Verständnis dafür. Denn die Währungsreform hat auch für die Gemeinde Walldorf, ganz umwälzende Verhältnisse geschaffen. Die Partei ist vor neue Aufgaben gestellt und ich muss zugestehen, dass die Rathausfraktion vollzählig vertreten ist und ich muss der Parteileitung durchaus Recht geben, wenn sie verlangt, dass meine Sache so schnell als möglich zum Abschluss kommt. Aufgrund dieser Sachlage und um Parteidisziplin zu wahren muss ich anerkennend dem Standpunkt der Partei Rechnung tragen.

./.

Ich werde daher nach vorheriger Rücksprache mit Ihnen den Einspruch beim Amtsgericht zurückziehen.

Was jetzt zum Abschluss kommen muss ist die Frage der Durchführung des gegen mich gerichteten Disziplinarverfahrens wegen meiner Eigenschaft als Gemeinderat.

Herr Dr. Heimerich meint in seinem sehr geschätzten Brief vom 18. Juni 48, dass eine Suspendierung als Gemeinderat nicht infrage kommen kann, höchstens eine Verwarnung. Es sollte so sein, dh. in diesem Sinne könnte schon längst diese Angelegenheit geregelt sein, wenn der Herr Landrat genau dieser Auffassung wäre. Die bisherige Handlung des Herrn Landrates hat zum Ziel das Beleidigungsurteil als Grundlage seiner Handlungsweise zu machen und dagegen wehre ich mich ganz entschieden. Das eine d. h. Beleidigung hat mit dem andern nichts zutun. Wenn der H. Landrat keinen anderen Standpunkt einnehmen sollte, dann muss die Angelegenheit nochmals dem Herrn Landesdirektor unterbreitet werden. So kann man unmöglich die Stimmung d. h. die Wahl eines Bevölkerungsteiles von Walldorf nicht mit Füßen treten. In meiner Partei bin ich mit der höchsten Stimmenzahl von 934 von 18 Kandidaten meiner Partei gewählt worden. Zur Bürgermeisterwahl haben 744 Wahlberechtigte mir das Vertrauen ausgesprochen. Schmelcher erhielt 1038. Wenn das Flugblatt des H. Schmelcher mit der Otsschelle ~~ausposaunt~~ und durch Gemeindebedienstete marktschreierisch ausgetragen nicht in Erscheinung getreten wäre, so wäre ich durch die Abmachung mit der DVP u. KPD. weit voraus vor Schmelcher zum Bürgermeister von Walldorf gewählt worden. In der ganzen Angelegenheit wurde bis jetzt das berüchtigte Flugblatt niemals Gegenstand der Behandlung. Ich nehme an, dass es jetzt beim H. Landrat besprochen wird.

Wie gesagt. In Anbetracht des öffentlichen Interesses muss der Herr Landrat zu einer Stellungnahme gebeten werden. Aufschub kann nicht mehr hingenommen werden.

Ich werde mir erlauben, am Donnerstag mittag gegen 16 Uhr in Ihrer Kanzlei vorzusprechen. ein früherer Zeitpunkt ist nicht möglich, da ich selbst beruflich wegen der Währungsreform beruflich angespannt bin. Sollte bis Donnerstag mittag gegen 15 Uhr kein Anruf von Ihnen kommen, dass mein Besuch Ihnen in dieser Zeit nicht möglich ist, dann nehme ich an, dass Sie mit meinem Vorschlag einnigehen. Bitte wenn das der Fall sein sollte, dass Sie mich bitte Anruf über die Rathauszentrale Mannheim 45 151 oder 45261 meine Apparatnummer 445.

Mit Hochachtungsvollem Gruss

Julius Schall

Altk. Moll

30. Juni 1948

at 30/6.

An den
Herrn Landrat
des Landkreises Heidelberg
Heidelberg
Hauptstr. 207/209

Dr. We./Sch.
- 748 -

In dem Disziplinarstraßverfahren gegen Philipp
S c h o l l gestatten wir uns mitzuteilen, daß wir
gegen das am 14.6.48 ergangene Urteil des Schöffenge-
richts Wiesloch Berufung an das Landgericht eingelegt
haben.

(Dr. *B* Otto)
Rechtsanwalt

Miss M. W.

1/10/16

1/10

1/10/16

1/10/16

1/10/16

1/10/16

1/10/16

1/10

1/10/16

20/7. /
Heidelberg, den 30. Juni 1948

Dr. We./Sch.

- 748 -

A k t e n n o t i z

für den die Sache S c h o l l übernehmenden Herrn.

Es wird in der vorliegenden Sache Termin vor der Strafkammer des Landgerichts Heidelberg anberaumt werden. Die Sache ist rechtlich einfach. Es kommt alles auf die Zeugenaussagen an. Ich verweise auf meine Aktennotiz vom 16.6.48, aus der alles Weitere hervorgeht. Hinzuzufügen ist noch, daß ursprünglich ein Strafbefehl über RM 100.-- erging (Amtsgericht Wiesloch - Cs 73/48 - vom 17.4.48).

m Dagegen haben wir namens und im Auftrag von Herrn Scholl Einspruch eingelegt, der dann vor dem Schöffengericht Wiesloch verhandelt wurde.

Unangenehm an dieser Sache ist, daß für unseren Mandanten in dessen verhältnismässig kleiner Welt vom Ausgang des Strafverfahrens seine politische Existenz abhängt. Wegen des Ausspruches "Hund", den er getan haben soll, ist nämlich beim Landrat Heidelberg auch noch ein Disziplinarstrafverfahren in Gang mit dem Ziele der Entfernung aus dem Dienst, falls unser Mandant im Strafverfahren verurteilt werden sollte. Der Landrat Heidelberg ist offenbar nicht gut auf unseren Mandanten zu sprechen. Er hat mir in einer Besprechung am 3.6.48 erklärt, dass noch mehr gegen Scholl vorliege und er es begrüßen, wenn Scholl aus dem Gemeinderat verschwinden würde. Die einzige Chance für einen günstigen Ausgang des Strafverfahrens sehe ich darin, dass man es als zweifelhaft hinstellt, ob Scholl den Ausspruch "Hund" getan habe. Man müsste sich gegenüber dem Zeugen Müller dabei vor allem auf die Aussagen des Zeugen M e n g e r stützen, der allerdings auch nicht besonders hieb- und stichfest ist und dann Freispruch nach dem Grundsatz "in dubio pro reo" zu erreichen versuchen.

Wvl. zur Feststellung, ob inzwischen Termin vor dem Landgericht anberaumt worden ist, am 20.7.48.

20

Philipp Scholl

Verwaltungs-Obersekretär

Walldorf (Baden)

Heidelbergerstrasse 13.

Den 18. Juni 1948.

In Sachen Schmelcher-Scholl betr.

18. Juni 1948

Einschreiben.

Gegen den Urteilspruch des Schöffengerichts Wiesloch vom 14. Juni 1948 erhebe ich hiermit Einspruch und bitte die Klage bei der nächst höheren Instanz dem Landgericht Heidelberg zur nochmaligen Verhandlung zuleiten zu wollen. Vor wie nach erkläre ich hiermit, dass ich den mir zur Last gemachten Ausspruch nicht gemacht habe.

Hochachtungsvoll !

Durchschlag hiervon

Herrn Rechtsanwalt Dr. Dr. Heimerich

Heidelberg.

mit der Bitte die Sache weiter zu verfolgen.

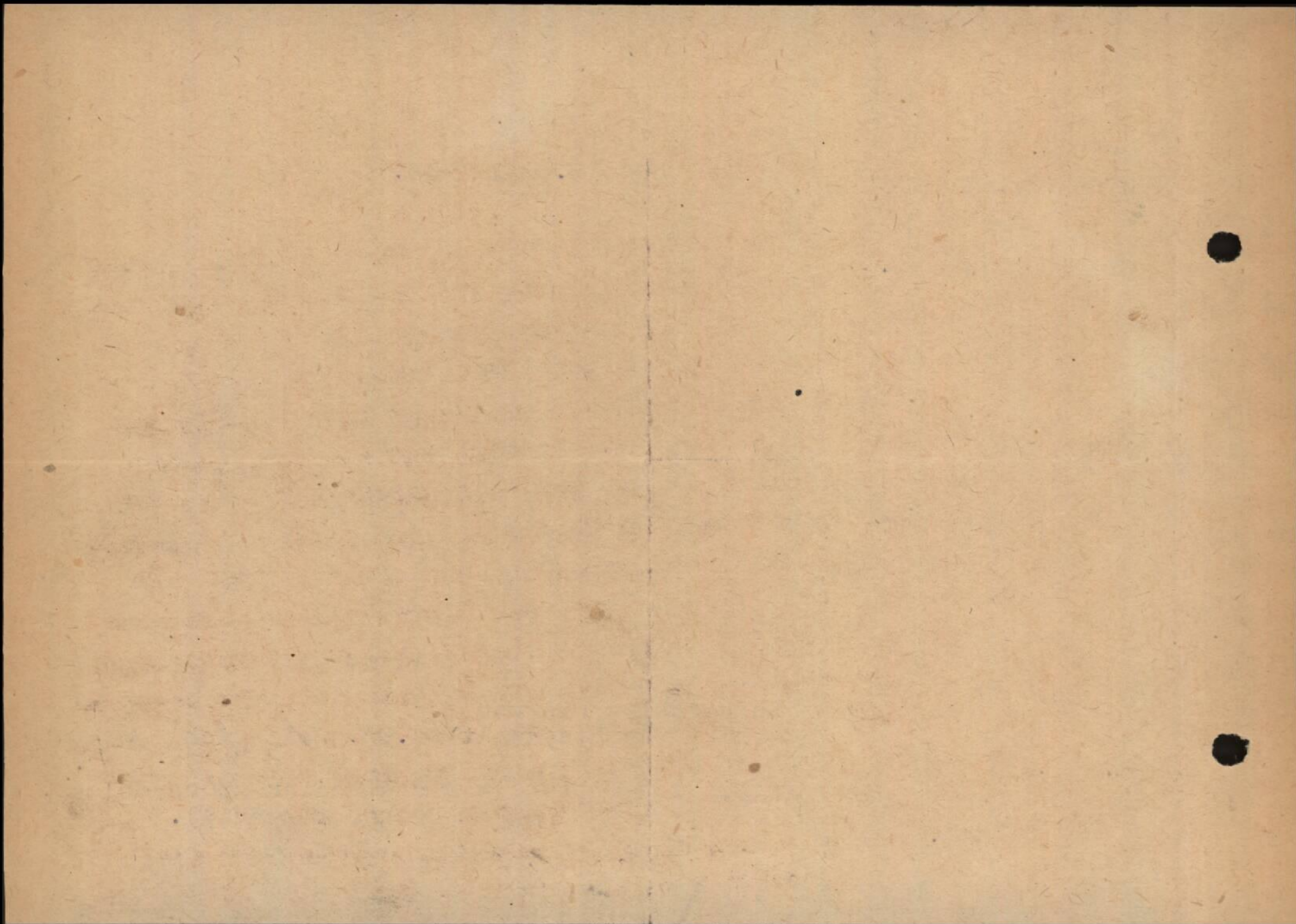
Hochachtungsvoll.

An das
Amtsgericht

Wiesloch.

#10/1 W-4

[Handwritten signature]



Herrn Dr. Weber

18.6.48

WV. 30.6.

Dr.H./HZ
- 748 -

ab 18.6.

Herrn
Philipp Scholl
Walldorf/Baden
Heidelbergerstr. 13

Sehr geehrter Herr Scholl!

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 14. ds.Mts. und bedaure sehr, daß der Verhandlungstermin nicht besser für Sie ausgegangen ist. Es liegt dies an der Aussage des Heugen Polizeiwachtmeister Müller, der mit aller Bestimmtheit ausgesagt hat, daß Sie den Ausdruck Hund gebraucht hätten, und der auch genaue Angaben darüber gemacht hat, auf welche Weise er Sie vorher erkannt hat. Es dürfte manches gegen die Aussage des Zeugen Müller einzuwenden sein und diese Einwendungen sind auch von Herrn Dr. Weber-Unger vorgebracht worden, aber das Gericht hat sich eben auf die Aussagen des Zeugen Müller gestützt und hat als bewiesen angenommen, daß Sie den beleidigenden Ausdruck gebraucht haben. Es wird abzuwarten sein, wie die schriftliche Urteilsbegründung ausfällt. Erst dann kann man sich über die eventuelle Einlegung einer Berufung schlüssig werden.

Ich kann mir nicht denken, daß eine Verurteilung zu nur RM 100.- Geldstrafe für Sie besondere Folgen haben kann. Im Disziplinarverfahren könnten Sie m.E. höchstens eine Verwarnung bekommen, während eine Abberufung aus dem Amte des Gemeinderats m.E. nicht in Frage kommt. Vielleicht ist der Landrat auch bereit, die Amtssuspendierung jetzt wieder aufzuheben. Darüber

sollte man mit ihm verhandeln.

Ich bin überzeugt, daß mein Vertreter Herr Dr. Weber-Unger der Situation voll gewachsen war. Er hat die Verhandlung ausgezeichnet vorbereitet und hat trotz körperlicher Indisposition die Verteidigung in der Verhandlung so geführt, wie das in Ihrem Besten Interesse lag. Wenn das Gericht eine bestimmte Zeugen- aussage für maßgebend hält, dann kann auch der Vertei- digter nichts dagegen machen. Jedenfalls dürfte irgend- ein Vorwurf gegen Herrn Dr. Weber-Unger nicht am Platze sein.

Ich bin gern bereit, mich mit Ihnen über die Angelegenheiten und das weitere Verfahren zu unter- halten.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung

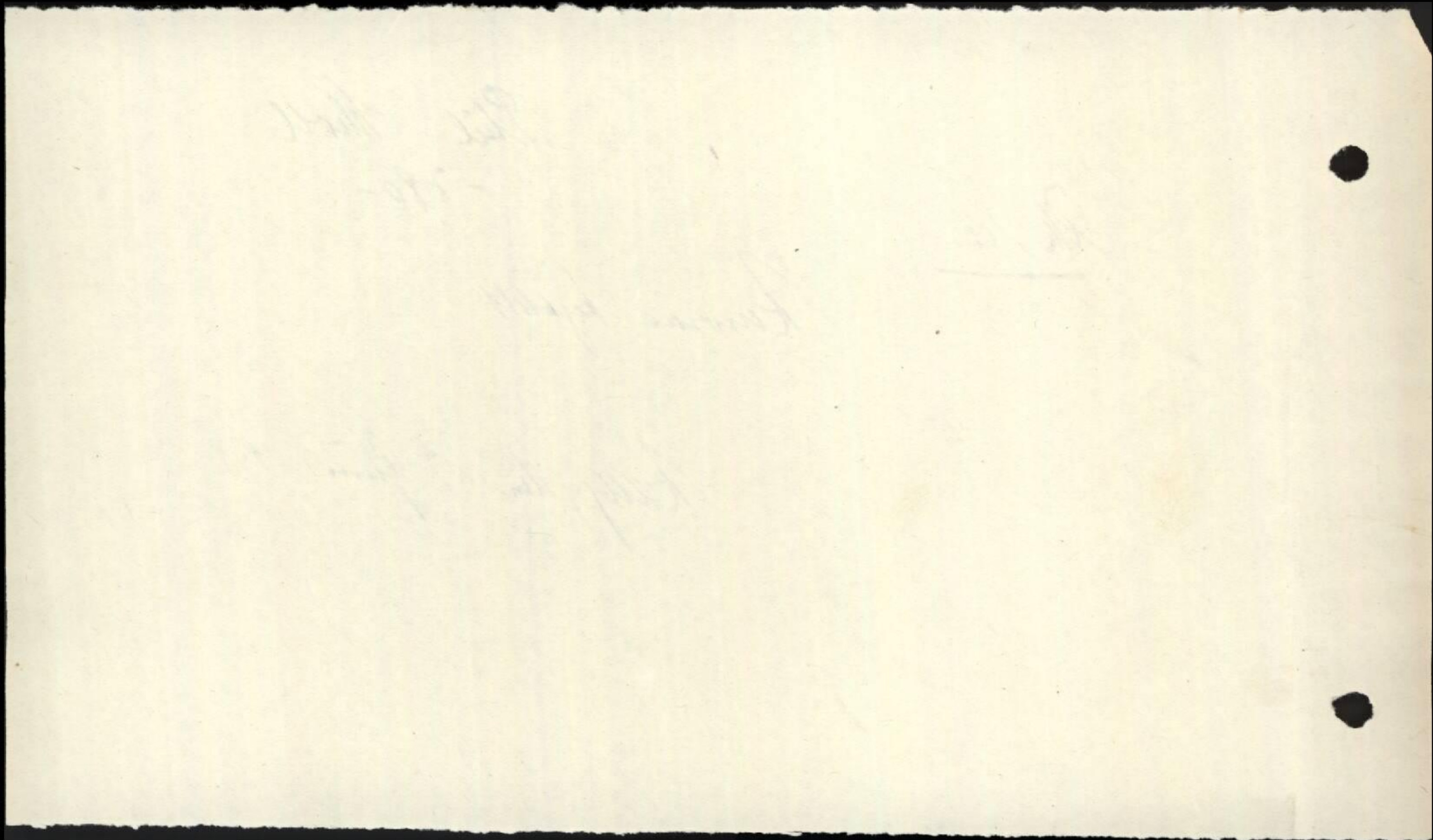
(Dr. Heimerich)
Rechtsanwalt

Phil. Moll
- 780 -

Ph 100. -

Known by all.

Kelly, the 17 June 1948



Heidelberg, den 16. Juni 1948
E i l t !

Herrn Dr. H e i m e r i c h

A k t e n n o t i z

über die Verhandlung vor der Schöffenkammer Wiesloch
in der Strafsache wegen Beleidigung gegen Philipp S c h o l l
am 14. 6. 1948.

- - - - -

Als Nebenkläger trat in der Sache Bürgermeister
S c h m e l c h e r, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. H o f e r t,
auf. Es stand von vornherein fest, dass es für die Entscheidung
weniger auf die Erörterung rechtlicher Gesichtspunkte ankommen
würde, als auf die Aussagen der Zeugen. Ich hatte bereits unmittel-
bar, nachdem das Strafverfahren in Gang gekommen war, Gelegenheit
mit Herrn Dr. H a n i s c h vom Amtsgericht Wiesloch, der ur-
sprünglich die Sache übernehmen sollte, eingehend über den Fall
zu sprechen. Dr. Hanisch vertrat damals die dargelegte Auffassung.
Auch Herr Assessor K o c h l i t z hatte mit Herrn Amtsgerichts-
rat Dr. M u n z i n g e r, der die Verhandlung dann tatsächlich
leitete, kurz vorher über den Fall gesprochen, wobei Herr Dr. Mun-
zinger der Auffassung war, daß, falls das Gericht zu der Annahme
kommen sollte, der Ausdruck "Hund" sei wirklich gefallen, es dann
keiner weiteren Erörterung darüber bedürfe, ob darin eine Belei-
digung zu sehen sei.

Im Verlauf der Verhandlung traten als wesentliche Zeugen
auf der Polizeiwachtmeister M ü l l e r, der nach seinen Angaben
unmittelbar neben Scholl gestanden hat, als der Ausdruck "Hund"
fiel und die Zeugen N o n n e n m a c h e r und M e n g e r.

Der Zeuge Müller wurde als erster vernommen und machte
durch die Bestimmtheit seiner Aussagen offenbar einen besonders
günstigen Eindruck auf das Gericht. Müller erklärte mit Bestimm-
theit, dass Scholl und niemand anders den Ausdruck "Hund" verwendet
hatte und machte auch genaue Angaben darüber, auf welche Weise er
Scholl vorher erkannt habe. Ich nahm Gelegenheit, Müller mit genau
vorbereiteten Fragen auf den Zahn zu fühlen und gewann dabei selbst
den Eindruck, dass Müller glaubwürdig war. Der Zeuge Nonnenmacher

machte schon seiner äusseren Erscheinung nach und noch vielmehr nach der Art, wie er seine Aussagen machte, einen ungünstigen Eindruck. Er erklärte im wesentlichen nicht mit Bestimmtheit zu wissen, ob er an dem fraglichen Tag überhaupt mit Herrn Scholl zusammen gewesen sei und könne sich im übrigen auf nichts besinnen. Einen besseren Eindruck machte der Zeuge Menger, der sich entsinnen konnte, einmal mit Herrn Scholl in dem Zusammenhang unterhalten zu haben, in dem dann der Ausdruck "Hund" nach den Aussagen vom Zeugen Müller gefallen sein soll. Zunächst erklärte dieser Zeuge nicht klar, ob er sich darauf entsinnen könne, dass dabei der Ausdruck "Hund" gefallen sei. Ich musste erst durch entsprechende Fragen aus ihm herausholen, dass seines Wissens der Ausdruck "Hund" nicht gefallen sei. Dabei geriet ich in scharfem Gegensatz zu dem Vertreter der Nebenklage, Rechtsanwalt Hofert, der das Gericht ersuchte, mir zu verbitten, derartige Fragen an den Zeugen zu richten. Ich habe dann unter Hinweis darauf, dass ich meine Fragen nicht in Form von Suggestivfragen gestellt hatte, erreicht, dass ich den Zeugen Menger mit dem erwähnten Ergebnis zu Ende fragen dürfte.

In seinem Plädoyer ging der Vertreter der Nebenklage erwartungsgemäss davon aus, dass die Aussagen des Zeugen Müller besonders glaubwürdig erschienen. Einen besonderen Eindruck, insbesondere bei den Schöffen erzielte er mit dem Hinweis darauf, daß die Autorität der Bürgermeister gegen Verunglimpfungen und Beleidigungen durch die Gerichte unbedingt geschützt werden müsse, dass ein derartiger Ausdruck, wenn er von einem Stadtrat in der Öffentlichkeit gebraucht würde, besonders schwer wiege.

Ich begann mein Plädoyer damit, dass ich zunächst versuchte, den Eindruck, den die Ausführungen des Vertreters der Nebenklage über die Notwendigkeit des Schutzes der Autorität des Bürgermeisters durch das Gericht auf die Schöffen gemacht hatte, zu verwischen. dazu trug ich vor, daß die Ausführungen des Herrn Vertreters der Nebenklage über diesen Punkte zwar im allgemeinen außerordentlich bedeutungsvoll und wichtig seien, dass sie aber im vorliegenden Fall nicht berücksichtigt werden könnten, da die Voraussetzungen, nämlich die Schuld unseres Mandanten nicht feststehe. Ich habe mich im Anschluss daran eingehend mit der Würdigung der Zeugenaussagen, insbesondere der Zeugen Müller und Menger beschäftigt. Ich habe durch Gegenüberstellung der beiden Zeugenaussagen nachzuweisen versucht, dass es mindestens zweifelhaft

Sei, ob der Angeklagte den Ausdruck "Hund" gebraucht hat oder nicht, nachdem ich natürlich vorher durch geeignete Argumente die Glaubwürdigkeit des Zeugen Müller angegriffen hatte, so gut, dass noch nach dem Eindruck, den er mit seiner Aussage auf das Gericht gemacht hatte, möglich, Abschliessend habe ich dann argumentiert, dass, da es nach der Beweisaufnahme absolut zweifelhaft ist, ob der Angeklagte den Ausdruck gebraucht hat, seine Freisprechung nach dem Grundsatz in dubio pro reo erfolgen müsse. Unser Mandant wurde trotzdem verurteilt, RM 100.-- Geldstrafe zu zahlen. In seiner Begründung führte das Gericht aus, dass es zu der Überzeugung gekommen sei, dass der Angeklagte den Ausspruch wirklich getan hatte.

Soweit der mir notwendig erscheinende Bericht über die Verhandlung in Wiesloch. Herr Scholl hat in einem Schreiben, das anliegt, vom 14.6.48 zu der Verhandlung teils in unzutreffender Weise Stellung genommen. Ich möchte dazu folgendes bemerken: Herr Scholl schreibt, ich hätte indisponiert zur Verhandlung erscheinen müssen. Davon ist richtig, dass ich mir am Samstag eine Vergiftung durch Genuss verdorbener Nahrungsmittel zugezogen hatte, die mich durch die damit verbundenen Erscheinungen derart geschwächt hatte, dass ich am Montag kaum aufstehen konnte, zumal am Montagmorgen Erbrechen und Durchfall noch anhielten. Ich beabsichtigte zunächst, Herrn Weidmüller zu bitten, von dem ich den Fall übernommen hatte, den Termin wahrzunehmen, entschloss mich aber dann trotzdem, nach Wiesloch zu fahren, weil ich glaubte, dass im Interesse des Mandanten tun zu müssen, da ich die Sache bisher geführt hatte und somit auch durch genaueste Sachkenntnisse bessere Voraussetzungen zur Verhandlung mitbrachte, als Herr Weidmüller. Durch die Straßenbahnfahrt nach Wiesloch war meine körperliche Verfassung nicht besser geworden. Das Plädoyer war aber bis in die Einzelheiten ebenso wie die an die Zeugen zu stellenden Fragen genau vorbereitet und schriftlich festgelegt, sodass ich es trotzdem unternehmen zu können glaubte, die Verteidigung durchzuführen. Ich habe dann während des Plädoyers infolge der dazu notwendigen Konzentration keine Schwachepunkte gehabt,

war aber nach dessen Beendigung am Rande meiner Kräfte. Ich glaube, dass ich nicht anders oder besser plädiert hätte, wenn ich völlig in Ordnung gewesen wäre. Die von Herrn Scholl in seinem Brief vom 14.6.48 gewünschte Trennung von Disziplinarverfahren und Strafverfahren ist nach Sachlage natürlich völlig unmöglich. Ein solches Verlangen ist deswegen absurd, weil das Disziplinarverfahren durch das Strafverfahren bedingt ist und je nach Ausgang des Strafverfahrens so oder so sein Ende findet. Strafverfahren und Disziplinarverfahren sind deshalb nicht zu trennen.

Philipp Scholl
Walldorf/Baden
Heidelbergerstr. 13

Walldorf, 14.6.1948

Herrn
Rechtsanwalt Dr. Otto
und Dr. Dr. Heimerich

Heidelberg
Neuenheimer Landstr. 4

15. Juni 1948

Herr Dr. Weber hat heute den Verhandlungstermin vor dem Schöffengericht Wiesloch in meinem Beisein wahrgenommen. Das Gericht glaubte trotz Gegenbeweis von zwei Zeugen mit einer Geldstrafe von Rm 100.- zu belegen. Diese Entscheidung ist für mich nach Lage der Dinge sehr enttäuschend.

Ich nehme ganz bestimmt an, dass Sie, sehr geehrter Herr Dr., mit der Materie vollkommen vertraut sind, und ich erwäge ernstlich, gegen den Urteilsspruch Revision einzulegen. Bevor ich mich zu diesem Schritt endgültig entscheide, bitte ich Sie um Ihre weitere Beratung.

Gestatten Sie mir, Herr Dr., von der heutigen Verhandlung Ihnen unverblümt meine Eindrücke hier schildern zu dürfen. In der heutigen Verhandlung trat Bürgermeister Schmelcher, vertreten durch Herrn Rechtsanwalt Hofer, Heidelberg, als Nebenkläger auf. Das Plädoir des Anklagevertreters Dr. Hofer war überzeugender als die Gegenargumente des Herrn Dr. Weber. Diese Feststellung ist absolut kein Vorwurf, denn ich erkenne an, dass Herr Dr. Weber leider indisponiert zur Verhandlung erscheinen musste. In Verbindung mit der Beleidigungsklage steht für mich der Verlust meines Mandats als Gemeinderat von Walldorf in Frage. Ich habe zu Beginn des Prozesses immer wieder den Standpunkt vertreten, dass die Beleidigungsklage mit meinem Gemeinderatsmandat absolut nichts zu tun hat. Es ist bisher nicht gelungen, Beleidigungsprozess und diszipliniäre Dienstenthebung als Gemeinderat zu trennen. Wie Sie wissen haben beide Dinge ausschliesslich politische Beweggründe anlässlich der Bürgermeisterwahl am 1. Febr. 1948. Ich hätte gewünscht, dass der Landrat dazu bewogen wird, das Disziplinarverfahren getrennt von dem Beleidigungsprozess zur Durchführung zu bringen. Ich darf darauf hinweisen, dass ich innerhalb meiner Fraktion als Gemeinderat die höchste Stimmenzahl auf mich vereinigen konnte und bei der Bürgermeisterwahl als Gegenkandidat von Herrn Schmelcher im ersten Wahlgang unbedingt auf gleiche Stimmhöhe gekommen wäre, wenn das rein persönlich gegen mich gerichtete Flugblatt des Herrn Schmelcher nicht in Erscheinung getreten wäre.

Sehr geehrter Herr Dr., zurück zur heutigen Gerichtsverhandlung. Ungeklärt blieb heute die Frage, warum der Zeuge Müller die Anzeige erst am 12. Febr. erstattete, nachdem die Beleidigungen bereits am 29. Jan. gefallen sein sollten. Die Zeit zwischen dem ersten Wahlgang 1. Febr. und 15. Febr. (Stichwahl) waren zweifellos bewegter und der 12. Febr. war der Tag, an dem Herr Schmelcher das Flugblatt Druckreif machte und zwei Tage später mittels Ortsschelle der Öffentlichkeit übergab. In diese Tage, davon bin ich persönlich überzeugt, musste Müller mit

seinem Wort "Hund" zusätzlich in Verbindung mit dem Flugblatt in der Agitation gegen mich herhalten. Obwohl, Herr Dr. Weber, mit meinem Einverständnis, diese Propaganda des Herrn Schmelcher in der heutigen Verhandlung aus Zweckmässigkeitsgründen nicht streifte, liess sich der gegnerische Rechtsanwalt, Dr. Hofer, herbei, die Wahlkampfzeit zwischen dem 30. Jan. und dem 15. Febr. gegen mich auszuschlachten. Ich habe das Empfinden, dass diese Äusserungen des Herrn Dr. Hofer gegen mich in der Beurteilung der beiden Schöffen von ausschlaggebender Bedeutung in der Urteilsbegründung waren. Sonst hätte es unmöglich sein können, dass trotz der Stellungnahme der zwei Zeugen Menger und Nonnenmacher, die absolut von den mir zur Last gelegten Äusserungen nichts gehört haben, der heutige Schuldspruch zustande kam.

Ich bitte höflichst, über die ganze Materie um Ihre Stellungnahme. Am zweckmässigsten erscheint mir eine eingehende persönliche Aussprache. Es geht im vorliegenden Falle, wie eingangs erwähnt, um meine weitere Kaltstellung als Stadtrat meiner Fraktion, und es ist damit zu rechnen, dass die Angelegenheit bei der nächst höheren Instanz vor dem Landgericht Heidelberg sich ebenfalls wieder um Wochen verzögert. Aber ganz abgesehen davon glaube ich nach Lage der Dinge, zu meinem Recht zu kommen, und ich sehe eine Fehlentscheidung darin, dass das Gericht heute dem Zeugen Müller 100 prozentigen Glauben schenkte, während die Aussagen meiner entlastenden Zeugen Menger und Nonnenmacher vollkommen unberücksichtigt blieben. Ich stelle abschliessend fest, dass keiner der Zeugen vereidigt wurde. Ferner will ich noch darauf hinweisen, dass in heutiger Verhandlung die Frage nicht geklärt wurde, aus welchem politischen Lager die beiden Schöffen kommen. Ich füge hinzu, sollte ermittelt werden können, dass sie aus dem CDU-Lager kommen, so wäre immerhin auch in dieser Hinsicht die beteiligten Schöffen zu beanstanden.

Sehr geehrter Herr Dr., ich habe Ihnen einige Hinweise aus meinen Eindrücken bei der heutigen Verhandlung hier mitgeteilt, und ich bitte höflichst, um Erwägung der in Frage stehenden Punkte. Zum Schluss bitte ich in Anbetracht der bevorstehenden Währungsreform mir Ihre Gebührenrechnung umgehend übersenden zu wollen. Ich danke verbindlichst für die mir bisher erwiesene Unterstützung und verbleibe

hochachtungsvoll

P. H. H. H.

DER LANDRAT

Hauptstraße 207
Fernsprecher 4441/44

HEIDELBERG, den 26. Mai 1948

Abt. I

Ladung

Sie werden hiermit zur Einvernahme

auf Donnerstag, den 3 ten Juni 1948 vormittags 10 Uhr

in das Zimmer Nr. 28 vorgeladen. Diese Ladung ist mitzubringen.



Postkarte



an

Herrn

Gemeinderat Philipp Scholl

W a l l d o r f

Philipp Scholl
Walldorf.

Wv. 17.8.

~~748/440~~

- 748 -

Walldorf, den 6. Juni 1948

8. Juni 1948

Herrn

Dr. Dr. Heimerich u. Dr. Otto Rechtsanwälte

Heidelberg.

Neuenheimerlandstrasse 4

Unter Bezugnahme auf meine Unterredung mit Herrn Dr. Weber teile ich mit, dass meine Nachfrage beim Amtsgericht Wiesloch wegen den Namen der Schöffen negativ insofern verlaufen ist, dass mir leider nicht gesagt werden könnte, wer die Schöffen sind. Es wurde mir nur versichert, dass die Schöffen nicht aus Walldorf sind sondern aus dem Bezirk Wiesloch, in Anbetracht der kommunalpolitischen Belange, die zur Verhandlung stehen. Es wurde mir weiter gesagt, dass Herr Dr. Munzinger, der in Heidelberg wohnt, die Schöffensitzung leiten wird. Wie ich weiter feststellen konnte, ist Herr Dr. Munzinger täglich ab 10 Uhr im Dienst und ich bitte zu prüfen, ob von dort aus eine nochmalige Rücksprache mit Herrn Dr. Munzinger zweckdienlich erscheint.

Jch hoffe hiermit bestens gedient zu haben und verbleibe

mit ausgezeichneter Hochachtung.

Munzinger

Platz

Veränd. d. Zug
kann beacht.
werden

Recht d. Frage-
stellung

Hohes Gericht

Heidelberg, den 3. Juni 1948.
Dr. We./S.
- 748 -

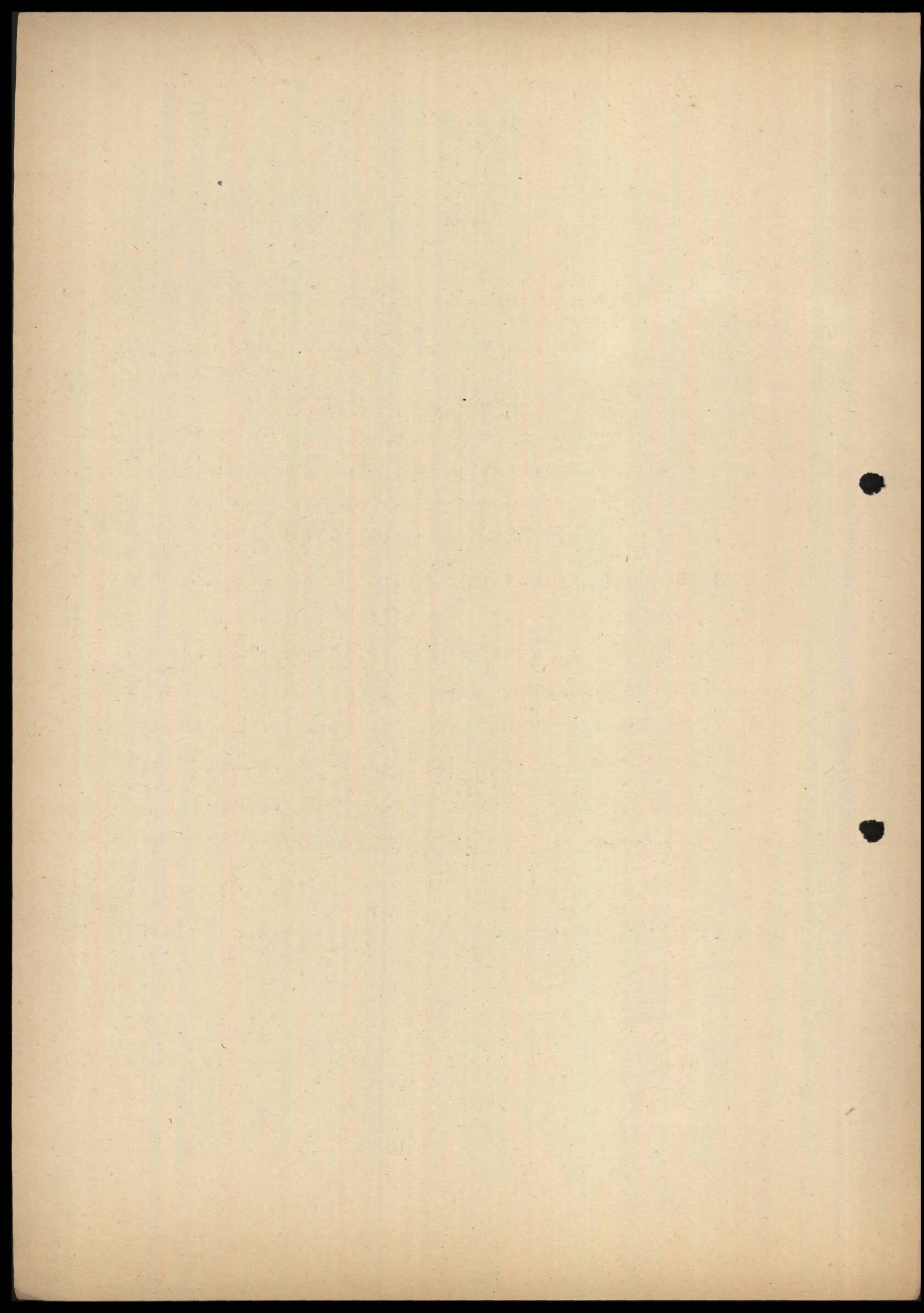
A k t e n n o t i z .

Betr.: Rücksprache mit dem Herrn Landrat des Landkreises
Heidelberg in dem Dienststrafverfahren gegen Philipp
S c h o l l .

Der Herr Landrat teilte mit, daß das Ergebnis des Dienststrafverfahrens allein vom Ausgang des z.Zt. anhängigen Strafverfahrens abhängig sei. Sollte Herr Scholl freigesprochen, dann wird damit auch das Dienststrafverfahren eingestellt. Eine Klärung der Vorkommnisse anlässlich der Gemeindewahlen im Dienststrafverfahren sei nicht beabsichtigt.

Herr Scholl wurde nach dieser Feststellung, die in einer Unterredung zwischen dem Herrn Landrat und mir allein getroffen wurde, anschließend noch gehört und befragt, ob er den Ausdruck "Hund" gegen Bürgermeister Schmelcher gebraucht habe, und gegebenenfalls, ob er ihn zurückzunehmen bereit sei. Herr Scholl verneinte beide Fragen.

Wv. 10.6. (zwecks Feststellung, ob Nachricht von Herrn Scholl bezüglich der Schöffen eingegangen ist).



26
24/5
12. Mai
1948

Herrn

Philipp Scholl
Waldorf (Baden)
Heidelbergerstr. 13

Herrn Scholl
Bitt. in Wustloch bei Dr.
Hamisch aufgeben, wann Termin
d. d. Strafverf. Scholl ist,
sich am WV.
Dr. We./Sch.
- 748 -

Sehr geehrter Herr Scholl!


Wir haben durch unseren Mitarbeiter, Herrn Dr. Weber-Unger, unseren Schriftsatz vom 8. Mai 1948 dem Herrn Präsidenten des Landesbezirks Baden in Karlsruhe persönlich überbringen lassen. Herr Zimmermann hat sich des Falles persönlich angenommen, besonders unter dem Gesichtspunkt, daß Sie vor Einleitung des Dienststrafverfahrens überhaupt nicht vom Landrat gehört worden sind.

Allerdings können wir nach den bestehenden badischen Gesetzen die grundsätzliche Zulässigkeit eines Dienststrafverfahrens gegen Sie als Gemeinderat nicht bestreiten. Daran kann auch die durch Ihre Partei eingeholte Stellungnahme des Stuttgarter Ministeriums nichts ändern, da für Baden noch die alte badische Gemeindeordnung in Kraft ist, nach der die Gemeinderäte in gewissem Sinne doch als Beamten anzusehen sind und jedenfalls gegen Sie das Dienststrafverfahren grundsätzlich zulässig ist.

Der Herr Präsident des Landesbezirks Baden hat dessen ungeachtet aber durch persönliche Intervention beim Landrat einen Versuch zur Beflegung der Angelegenheit im Wege des Ausgleichs angebahnt. Wir nehmen an, dass Sie darüber unmittelbar vom Landrat informiert

werden, bitten Sie aber bei einer gegebenenfalls an Sie er-
gehenden Aufforderung zur Rücksprache mit dem Herrn Landrat
vorher einen Konferenztermin mit uns zu vereinbaren.

Mit vorzüglicher Hochachtung!


(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

Abschr. an Herrn Scholl

8. Mai

1948

Dr. We./Sch.

- 748 -

An den

Herrn Präsidenten
des Landesbezirks Baden
- Abt. Innere Verwaltung -

K a r l s r u h e

Nörtl. Hildapromenade

Betrifft: Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die im Dienststrafverfahren gegen den Gemeinderat Philipp S c h o l l getroffene Entscheidung des Landrats für den Landkreis Heidelberg vom 12.2.48.

Der Gemeinderat Philipp S c h o l l aus Walldorf in Baden hat uns in dem gegen ihn anhängigen Dienststrafverfahren mit seiner Vertretung beauftragt.

Namens und im Auftrage unseres Mandanten erheben wir gegen die abschriftlich beigezeichnete Verfügung des Landrats für den Landkreis Heidelberg vom 12.2.48

Dienstaufsichtsbeschwerde.

mit dem Antrag, die Entscheidung vom 12.2.48 aufzuheben und die Einstellung des Dienststrafverfahrens zu verfügen. Zur Begründung wird vorgetragen:

I.

Unser Mandant gehört dem Gemeinderat von Walldorf als Vertreter der SPD an. Er wurde von seiner Partei auf Grund der Ergebnisse der letzten Gemeindewahlen vom Februar 1948 in den Walldorfer Gemeinderat entsandt. Er hat zur Gemeinde Walldorf keine dienstvertragliche Bindung irgend einer Art. Die erwähnte Verfügung erging auf Grund eines Schreibens des Bürgermeisters von Walldorf vom 5.2.48 an

den Landrat, in der die Behauptung aufgestellt wird, unser Mandant habe im Eisenbahnwagen am 29.1.48 eine laute Unterhaltung geführt, in der er gegen die Stadtverwaltung im allgemeinen und gegen den Bürgermeister S c h m e l c h e r im besonderen wüste Aussagen gemacht habe, die sich für einen Gemeinderat nicht ziemen. Es sei dabei auch der Ausdruck gefallen: "Der Bürgermeister ist ein Hund".

Mit gleichem Datum richtete die CDU.-Fraktion des Gemeinderates unter Benutzung des Kopfbogens der Gemeindeverwaltung Walldorf ein Schreiben an den Landrat, in dem die "Disziplinierung" unseres Mandanten "mit dem Ziele der Entlassung" verlangt wird. Diese Eingabe gibt sich wenigstens im Sachbetreff den Anschein, als sei sie im Namen des gesamten Gemeinderates gemacht worden.

Daraufhin wurde durch den Landrat die erwähnte Verfügung getroffen. Unserem Mandanten wurde dabei nicht einmal die Möglichkeit gegeben, sich vorher zur Sache zu äußern.

Wir haben nach Übernahme des Mandats am 19.3.48 und als wir daraufhin keine Antwort erhielten, am 27.4. nochmals unter eingehender Darlegung der Rechtslage die Aufhebung der erwähnten Verfügung beantragt, wobei wir uns gezwungen sahen, im letzterwähnten Schreiben vom 27.4.48 dem Landrat gleichzeitig mitzuteilen, daß wir unseren Antrag als abgelehnt betrachten mussten, wenn nicht bis zum 5.5.48 eine Antwort erteilt sein würde.

Das Landratsamt Heidelberg hat uns bis heute keiner Antwort auf unsere beiden Schreiben gewürdigt. Wir sahen uns deshalb veranlasst, die vorliegende Dienstaufsichtsbeschwerde zu erheben.

II.

Es kann an sich dahingestellt bleiben, ob unser Mandant tatsächlich die beleidigenden Äußerungen gemacht hat. Für die Entscheidung der vorliegenden Dienstaufsichtsbeschwerde ist diese Frage nicht von Bedeutung, da, es sei gleich hier vorgetragen, ein Dienststrafverfahren gegen

unseren Mandanten deswegen nicht eingeleitet werden kann, weil dazu die nötigen sachlichen Voraussetzungen in der Person unseres Mandanten nicht gegeben sind. Aber es sei doch zur Kennzeichnung der Tatsache, daß sich die Verfügung des Landrats, die immerhin schon bedeutende Auswirkungen im Gemeinderat von Walldorf gehabt hat, auf völlig unerwiesene Behauptungen stützt, aus dem Ergebnis einer Akteneinsicht mitgeteilt, daß das gegen unseren Mandanten gleichzeitig in Gang gebrachte Strafverfahren wegen Beleidigung vor dem Amtsgericht Niesloch voraussichtlich mit einem Freispruch unseres Mandanten enden wird.

Wie vorgetragen, ist es aber für die Entscheidung der vorliegenden Dienstaufsichtsbeschwerde unerheblich, was tatsächlich von unserem Mandanten geäußert worden ist. Wenn sich die erwähnte Verfügung auf die Bestimmungen der Dienststrafordnung stützt, so muss beim Erlass der Verfügung von der Voraussetzungen ausgegangen worden sein, dass unser Mandant Beamter im Sinne der Dienststrafordnung ist. Diese Auffassung beruht jedoch auf einem grundlegenden Rechtsirrtum. Schon oben wurde vorgetragen, dass unser Mandant nicht in einem Dienstverhältnis zur Gemeinde Walldorf steht. Die "Einstellung in den öffentlichen Dienst und die Aushändigung einer Urkunde, in der die Worte 'unter Berufung in das Beamtenverhältnis' enthalten sind", sind aber die Voraussetzung für die Begründung der Beamteneigenschaft (Artikel 14 des Beamtengesetzes für Württemberg-Baden).

als
Unser Mandant ist also/Gemeinderat nicht Gemeindebeamter, sondern er ist Abgesandter einer Partei und unterliegt als solcher nicht einem Dienststraßverfahren derjenigen Gemeinde, in deren Gemeinderat er als Parteivertreter gewählt worden ist.

Es mag dahingestellt bleiben, wie die erwähnte Verwaltungsverfügung zustande gekommen ist. Es sei angenommen, daß der Landrat das Opfer eines Irrtums über den Begriff des Gemeinderates, vielleicht auf Grund der alten Gemeindeordnung geworden ist. Möglicherweise ist der Landrat irrtümlich auch davon ausgegangen, daß unser Mandant als Gemeinderat ein Ehrenamt ausfüllt und deshalb als eine Art Ehrenbeamter anzusehen sei.

Wie dem auch sei, handelt es sich jedenfalls um einen groben Irrtum, der bereits schwere politische Folgen nach sich gezogen hat. Im Interesse der Stärkung der öffentlichen Autorität hat unser Mandant davon abgesehen, seit dem Erlass der Verfügung den Sitzungen des Gemeinderates beizuwohnen, obwohl er sich über die ergangene Verfügung hätte hinwegsetzen können, weil sie von einer offenbar völlig unzuständigen Behörde erlassen worden war. Seitdem die Fraktion der sozialdemokratischen Partei im Gemeinderat in Walldorf auf diese Weise um die Stimme unseres Mandanten geschwächt worden ist, war es den Gegenparteien möglich, bedeutende Entscheidungen gegen den Willen der Fraktion unseres Mandanten durchzusetzen.

Auch aus dieser geschilderten Auswirkung der erwähnten Verfügung geht hervor, wie abwegig die Einleitung eines Dienststrafverfahrens gegen einen parlamentarischen Gemeinderat ist.

Gleichzeitig aber wolle die Dienstaufsichtsbehörde daraus ersehen, dass eine schnellstmögliche Entscheidung in der Sache getroffen werden muss, um weitere Komplikationen zu verhüten und einen jeglicher Rechtsgrundlage entbehrenden Zustand zu beseitigen, der durch eine Verfügung geschaffen wurde, die sowohl ihrem Inhalt nach als auch nach der Art ⁱⁿ des Zustandekommens eine flagrante Verletzung demokratischer Grundsätze darstellt.

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

Buch G.O. *Kalenderbuch*
Heidelberg, den 4. Mai 1948

Dr. We./Sch.

- 748
Rumpler

A k t e n n o t i z

über Einsichtnahme in die Akten des
Strafverfahrens gegen Philipp S c h o l l.

1. Anzeige wurde erstattet vom Bürgermeister
S c h m e l c h e r am 26.2.48 und vom Landrat
des Kreises Heidelberg vom 30.3.48.
2. Der einzige Belastungszeuge ist der Bahnpolizist
Otto M ü l l e r. Er sagte im wesentlichen
folgendes aus: "Ich stand im Zug an der Wagen-
eingangstür hart rechts neben mir stand Scholl.
Er unterhielt sich mit Nonnenmacher und Menger.
Dabei sagte er: "Was soll nur nach einer Wäh-
rungsreform werden, wenn so ein Hund da oben
sitzt." Mit dem Ausdruck Hund kann er nur den
Bürgermeister Schmelcher gemeint haben.

Die von Müller benannten Zeugen Nonnenmacher
und Menger bekunden übereinstimmend, dass sie
niemals etwas derartiges aus dem Munde von Scholl
gehört hätten. Es sei im übrigen richtig, dass sie
oft mit Scholl zusammen im Zug von und zur Arbeit
führen. Ob Sie nun an dem fraglichen Tag, d. 29.1.48,
frühmorgens, tatsächlich mit Scholl zur Arbeit ge-
fahren seien, wüssten sie heute nicht mehr.

Müller wurden diese Aussagen von Nonnenmacher
und Menger nochmals entgegengehalten. Er bestätigte
seine vorher gemachten Aussagen nochmals und berief sich
darauf, dass er sowohl seinem Schwiegervater Thome als
auch einem Georg Kögel, das Gehörte berichtet habe.

Widersprüche ergeben sich insofern, als Müller
(Akten Bl.9) aussagt, Kögel und Thome seien mit ihm
zusammen gewesen, als er den beiden das berichtete.

Dagegen sagt Thome aus, ihm sei das angebliche
Erlebnis im Zug von Müller in seiner Wohnung mitgeteilt

worden. Es sei niemand weiter zugegen gewesen.

Der Angeschuldigte selbst bekundet, dass es im Zug dunkel gewesen sei; das Abteil sei gut besetzt gewesen. Ein Fahrgast sei nicht vom anderen zu unterscheiden gewesen. Den Hauptbelastungszeugen Müller kenne er überhaupt nicht.

Dr. We./Sch.

An das
Amtsgericht
Hiesloch

Aktenz.: Gs 73/48

In der Strafsache
gegen den Stadtrat
Philipp S c h o l l
aus Walldorf

wird anliegend Vollmacht des Angeeschuldigten über-
reicht.

Auf Grund der Einsichtnahme in die Strafakten
wird beantragt,

die bereits im Ermittlungsverfahren ein-
vernommenen Zeugen K o n n e n m a c h e r
und M e n g e r zu laden. Genaue Anschrift
der Zeugen ist in den Akten vermerkt.

Die Ladung der Zeugen Konnenmacher und Menger
wird erforderlich sein, weil der einzige Belastungs-
zeuge Otto M ü l l e r sich darauf beruft, diese bei-
den hätten zugehört, als der Angeeschuldigte angeblich
die beleidigende Äußerung machte. Im Ermittlungsver-
fahren haben die beiden Zeugen bereits mit Nachdruck
bestritten, daß sie jemals einen derartigen Ausdruck
aus dem Munde des Angeeschuldigten gehört hätten. Es
steht hier Aussage gegen Aussage.

Die weiter im Ermittlungsverfahren einver-
nommenen Georg K ö s e l und Ludwig T h o m e scheinen
für die Hauptverhandlung nicht von Wichtigkeit zu sein,
da sich ihre Aussagen nur darauf beziehen, daß sie
von Müller gehört haben wollen, daß der Angeeschuldigte
die beleidigende Äußerung im Zuge getan hat.

Immerhin aber erscheint von Bedeutung, wenn man die Aussagen Müller, Kögel und Thome vergleicht.

Müller sagt aus, (Akten S.9) Kögel sei dabei gewesen, als er Thome erzählte, was der Angeschuldigte im Eisenbahnwagen gesagt haben soll. Dagegen geht aus der Aussage von Thome hervor, dass er mit Müller allein gewesen sei und zwar in Thome's Wohnung, als Müller von der Ausserung des Angeschuldigten erzählte. Hier liegt ein offenkundiger Widerspruch, der auf die Glaubwürdigkeit der Zeugen immerhin ein bezeichnendes Licht wirft. Ausserdem waren die tatsächlichen Umstände an dem Tag, an dem die Ausserung gefallen sein soll, derart, daß Müller nach allgemeinen Erfahrungen unmöglich wissen konnte, ob der beleidigende Ausdruck überhaupt gefallen ist und wenn er tatsächlich gefallen sein sollte, von welcher Seite und in welchem Zusammenhang er versendet wurde. Das Zugabteil war an dem Morgen dieses Januartages völlig dunkel und mit Menschen vollgestopft.. Ein Fahrgast war von andern nicht zu unterscheiden.

Unter diesen Umständen fragt man sich, wie Müller zu einer derartigen Behauptung kommen kann. Zur Beantwortung dieser Frage ist es erforderlich, kurz auf die Hintergründe hinzuweisen, die zur Erstattung dieser Anzeige führten. Am 29.I. waren die Vorbereitungen für die Gemeinderatswahlen auf dem Höhepunkt angekommen. Der Angeschuldigte war Bürgermeisterkandidat der SPD. für Walldorf. Seine Aussichten, zum Bürgermeister gewählt zu werden, waren recht gut. Das geht daraus hervor, daß der Gegenkandidat nur mit knapper Stimmenmehrheit gewählt wurde. Müller, Thome und Kögel gehören der CDU.an und Thome, der Schwiegervater von Müller, ist in Walldorf als spezieller Gegner des Angeschuldigten bekannt. Thome hatte auch ^{gegenüber} ~~anderen~~ wiederholt geäußert, es käme gar nicht in Frage, daß der Angeschuldigte Bürgermeister werden würde.

Bei Kenntnis dieser Hintergründe kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Angeschuldigte durch eine Strafanzeige in Mißkredit gebracht werden sollte.

Es ist deshalb auch nicht glaubhaft, wenn Müller in seiner Vernehmung durch die Landespolizei angibt, er hätte am Ausgang des Strafverfahrens kein Interesse.


Diese Umstände wird das Gericht bei der Frage, ob man den Aussagen von Müller Glauben schenken kann, mitwürdigen müssen. Endlich wird beantragt,

als Zeugen Herrn Michael V o g e l
aus Walldorf, Wilhelmstraße

laden zu lassen. Herr Vogel war Vorsitzender des Wohnungsausschusses in Walldorf und stand sowohl mit dem Angeschuldigten, als auch mit dem Bürgermeister Schmelter in engem Kontakt und kann bekunden, daß das Verhältnis zwischen dem Angeschuldigten und Schmelter noch am 29.1. völlig korrekt war, daß somit ~~der Angeschuldigte~~ ^{der Angeschuldigte} ~~keine~~ nicht den geringsten Grund hatte, in dieser Weise ausfällig gegen Schmelter zu werden.

Es wird gebeten, baldmöglichst Termin anzuberaumen.

1 Anlage!


(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

3/5 ✓
Wvl. zum Termin der Akteneinsicht.

27. April
1948

W 28/4

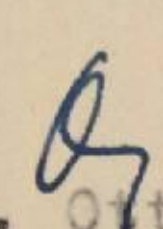
Dr. We./Sch.

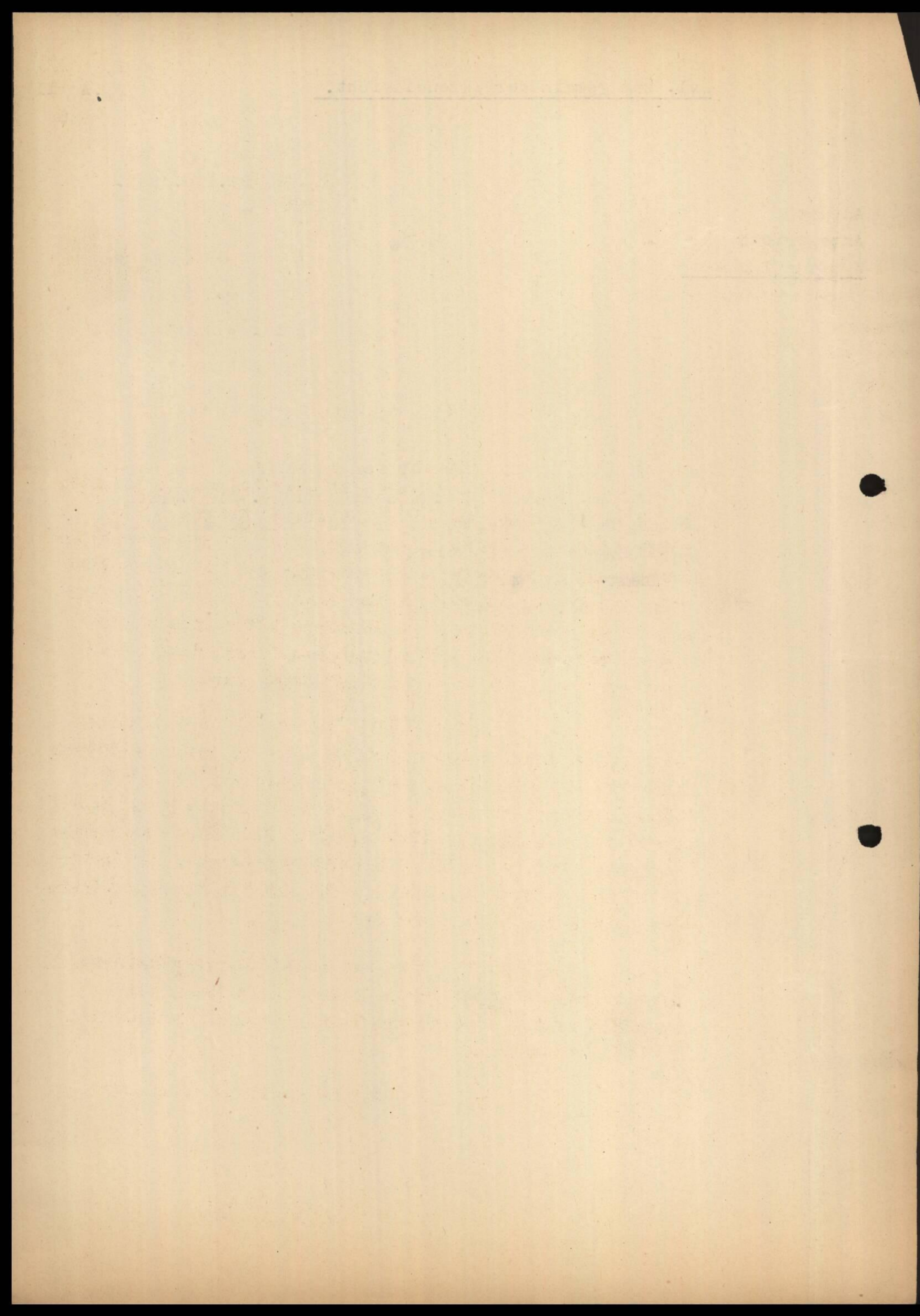
- 748 -

An das
Amtsgericht
W i e s l o c h

In der Strafsache
gegen den Stadtrat
Philipp S c h o l l
aus Walldorf

zeigen wir an, dass wir den Angeschuldigten vertreten. Vollmacht wird nachgereicht. Wir werden zunächst Akteneinsicht in die dortigen Strafakten im Laufe der kommenden Woche, voraussichtlich am Dienstag, den 4. Mai, durch unseren Mitarbeiter, Herrn Dr. Weber-Unger, vornehmen lassen.


(Dr. Otto)
Rechtsanwalt



27. April

1948

Herrn

Philipp S c h o l l

W a l l d o r f

Heidelbergerstr. 13

- Dr. We./Sch.

- 748 -

OV - 28/4

Sehr geehrter Herr Scholl!

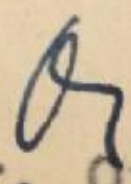
Wir gestatten uns, beigeschlossen Durchschlag eines an den Herrn Landrat gerichteten Schreibens zu überreichen und teilen Ihnen mit, daß wir uns entschlossen haben, Dienstaufsichtsbeschwerde bei dem Herrn Präsidenten des Landesbezirks Baden in Karlsruhe gegen die ergangene Entscheidung des Landrats Heidelberg zu erheben, wenn wir bis zum angegebenen Termin immer noch ohne befriedigende Nachricht geblieben sind.

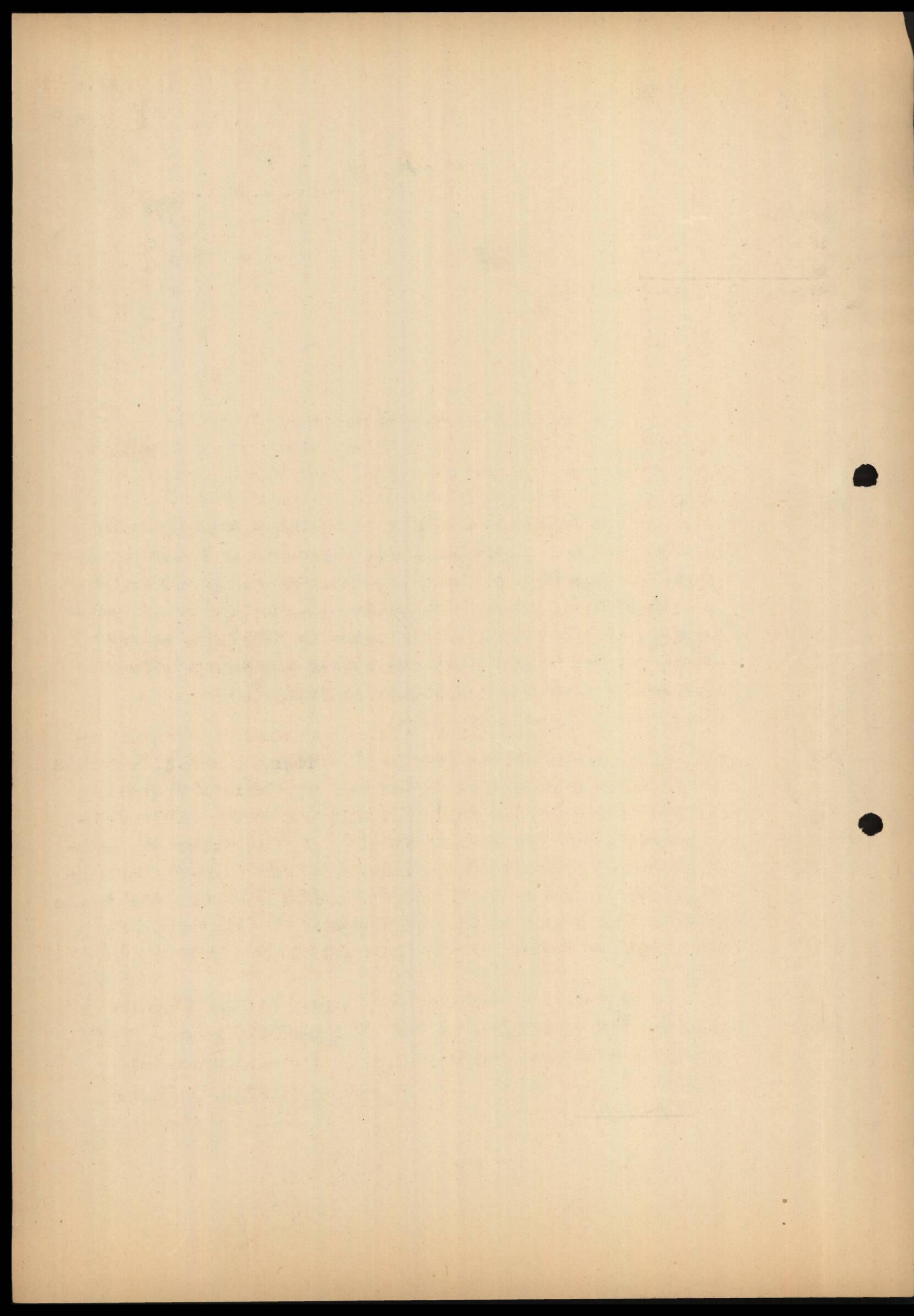
Gleichzeitig bitten wir Sie, unseren Mitarbeiter, Herrn Dr. Weber-Unger, am Dienstag, den 4. Mai 1948 gegen 11 Uhr vormittags auf dem Amtsgericht Wiesloch (Haupteingang) zu erwarten. Herr Dr. Weber wird in unserem Auftrag dort noch Einsicht in die Akten des Amtsgerichts Wiesloch nehmen. Das Ergebnis dieser Akteneinsicht und einer evtl. Rücksprache mit dem Richter könnte dann mit Ihnen besprochen werden.

Wir bitten Sie, uns sofort zu verständigen, gegebenenfalls unter der Rufnummer Heidelberg 4565, wenn Sie zu dem angegebenen Termin unseren Mitarbeiter nicht erwarten können.

1 Anlage!

Mit vorzüglicher Hochachtung!


(Dr. Otto)
Rechtsanwalt



27. April

1948

Dr. We./Sch.

- 748 -

ab 28/4

An den

Herrn Landrat
des Landkreises Heidelberg

Heidelberg

Hauptstraße 207/209

In dem Dienststrafverfahren gegen den Gemeinderat Philipp Scholl in Walldorf haben wir auf unseren Schriftsatz vom 19.3.48 bis jetzt noch keine Antwort erhalten.

Wir müssen deshalb zu der Annahme kommen, daß unserem Antrag auf Aufhebung der von dort verfügten Amtsenthebung nicht entsprochen wird und würden uns deshalb gezwungen sehen, Dienstaufsichtsbeschwerde bei dem Herrn Präsidenten des Landesbezirks Baden in Karlsruhe zu erheben, falls wir nicht bis zum 5.5.48 vom Erlass einer Verfügung benachrichtigt werden sollten, die unserem Antrag vom 19.3.48 entspricht.

auf Zur Begründung unseres Antrages vom 19.3. darf noch/folgendes hingewiesen werden: Die Einleitung eines Dienststrafverfahrens gegen unseren Mandanten beruht auf einem Rechtsirrtum. Herr Scholl ist nicht Beamter im Sinne der Disziplinarstrafordnung. Das geht daraus hervor, dass er nicht bei der Stadtgemeinde Walldorf angestellt ist, sondern dass er durch Wahl als Exponent seiner Partei im Rahmen seiner Fraktion als Stadtrat tätig ist.

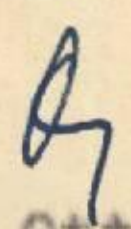
Wie irrtümlich die vom Landratsamt getroffene Regelung ist, geht auch aus deren Auswirkung hervor. Die sozialdemokratische Fraktion ist im Stadtrat durch das vorläufige Ausscheiden unseres Mandanten um eine Stimme geschwächt.

Offenbar ist die Verfügung des Landratsamtes von der Annahme ausgegangen, daß unser Mandant Ehrenbeamter sei. Es ist zwar richtig, daß die gewählten Vertreter in ihrer Eigenschaft als Stadträte ein "Ehrenamt" auszufüllen haben, daraus kann aber nicht der Begriff eines "Ehrenbeamten" konstruiert werden.

Unser Mandant muss vielmehr in seiner Stellung als Stadtrat als Abgeordneter seiner politischen Partei betrachtet werden. Er ist also zweifellos nicht als Beamter anzusehen.

Das Vorgehen gegen unseren Mandanten auf Grund der Disziplinarstrafordnung entbehrt deshalb jeder Rechtsgrundlage.

Eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Amtsenthebung unseres Mandanten würde deshalb zweifellos Erfolg haben.


(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

Philipp Scholl
Verwaltungs-Obersekretär
Walldorf b/Wiesloch.
Heidelbergerstrasse 13

~~7101 We~~
Den 18. April 1948.

20. April 1948

Jhr Zeich. Dr. We. Sch. 748

An die Herren Rechtsanwälte Dr. Dr. Heimerich
und Dr. Otto

HEIDELBERG.

Neuenheimerlandstrasse 4

Ich bestätige den Empfang geehrten Schreibens vom 12.4.1948
und lege wunschgemäss die beiden gewünschten Flugblätter bei.
Die in denselben gehaltenen Kritiken sind Tatsachen und nicht
wegzustreiten.

Beweiss. Die unhaltbaren Zustände auf dem Wirtschaftsamt
sind beseitigt.

Der Durcheinander auf dem Wohnungsamt wurde auf-
geräumt.

Die bisher in dunkel gehülte Strassenbeleuchtung
strahl hellerleuchtet.

Strassen und Wege werden hergerichtet.

Alle Anträge der SPD. Fraktion eingereicht zu der
Sitzung am 12. Januar 1948 wurden in der letzten
Gemeinderatssitzung restlos genehmigt. Ein Beweiss,
dass meine Kritiken in der Versammlung am 30.1.48
anerkannt berechtigt waren.

Zum Haushalt 1947 ist festzustellen, dass in der
Vorbemerkung zum Voranschlag (1. Blatt im Voranschlag)
Jm "Jst" eine Überschreitung von 53.947 RM auf-
gezeigt ist. Das kann man nicht wegbestreiten. Meine
Kritik am 30.1.48 war eine Anfrage, ob diese Über-
schreitung bestimmungsgemäss vom damaligen Gemein-
derat genehmigt wurde. Eine Antwort ist nicht erfolgt.
Der Voranschlag 1947 hat nach Aussage des Gemeinderats
Hecker zur Genehmigung und Beratung nicht vorgelegen.
Der gedruckte bzw. mit der Schreibmaschine abge-
fasste Voranschlag wurde den Gemeinderäten im Herbst
ausgehändigt. Daraufhin wurde von dem Gemeinderat
Winnes KPD. verlangt, dass der Haushalt in öffentl.
Gemeinderatssitzung behandelt wird. Inzwischen kamen
die Gemeinderatswahlen am 7.12.47 und dann die Bürger-
meisterwahlen und bis dato wurde kein Voranschlag be-
raten. Nach dem Ihnen am letzten Dienstag übergebene
Schreiben des Landrates in Heidelberg wegen dem Vor-
anschlag wurden gar andere Behauptungen aufgestellt.
Ganz abgesehen davon, bin ich der Auffassung, dass die-
se nebensächlichen Dinge gar nicht zur Debatte stehen.
Nach meiner Auffassung ist zu entscheiden, ob die
Amtsenthebung meiner Person gesetzlich zu Recht be-

./.

steht oder nicht. Nach der Auslassung der Landespartei-
leitung der SPD in Stuttgart in Verbindung mit der
Stellungnahme des Herrn Innenministers ist meine Amts-
enthebung ungesetzlich.

Ausser allem Zweifel steht mit das Recht einer freien Kritik
zu. Eine Verächtlichmachung der Stadtverwaltung kommt gar
nicht infrage. Ich habe es hier in meinem Falle nach meiner
Aufassung nicht mit einer Körperschaft zu tun, sondern mit
der Arbeit des Bürgermeisters Schmelcher, ich habe Beschlüsse
des Gemeinderats der Stadt Walldorf in den letzten 2 Jahren mit
keinem Wort erwähnt noch jemals kritisiert.

Der Aufbau der Klage des Herrn Schmelcher geht von falschen Voraus-
setzungen aus.

Inzwischen haben Wahlkämpfe in anderen Städten wie Stutt-
gart Bad Cannstatt zuletzt Schwäbisch Hall heftige Debatten
ausgelöst und es ist nicht immer mit den Kandidaten ganz unfähr
verfahren worden, In all diesen Fällen gleich zum Landrat zu
springen und die Kandidaten der unterlegenen Partei von Ihren
Ämtern abzusetzen, ist gewiss weder demokratisch noch vertret-
bar.

Ich gestate mir noch darzulegen, dass Bürgermeister Schmelcher
Kreistagsabgeordneter ist und zu einem bestimmten Verhältnis
zum Herrn Landrat steht. Die Unparteilichkeit ist nicht gewahrt
wenn die Weiterbehandlung meiner Sache durch Herrn Landrat Klotz
weitergeführt wird.

Ich darf auf das Schreiben des Landrates vom 12.2.48 hinweisen,
in welchem Herr Regierungsrat Steinbrenner in Sinsheim mit der Unter-
suchung der Angelegenheit beauftragt wird.

Ich bitte höfl. um Nachprüfung der Sache.

Unter keinem Umständen darf die Angelegenheit mit der Privatklage
wegen Beleidigung verknüpft werden. Diese Angelegenheit ist schon
seit 14 Tagen hier bei der Landespolizei abgeschlossen und die Nach-
frage bei der hiesigen Stelle ergab, dass der Bericht schon vor 12
Tagen an die Staatsanwaltschaft in Heidelberg weitergeleitet wurde.
Die politischen Verhältnisse auf dem hiesigen Rathaus zwingen
zu einer baldigen Klärung. Meine Fraktion ist durch mein Fehlen der-
art geschwächt hinzu kommt, dass der andere Vertreter in unserer
Fraktion ein Neubürger ist und bei bestimmten Abstimmungen schwankend
ist, diese Situation nützt der Bürgermeister Schmelcher reichlich aus
und es hat den Anschein, dass meine Sache von der Landratsseite aus
vielleicht verzögert wird. Haben Sie bitte darauf ein Augenmerk.
Im Falle die Angelegenheit unvorhergesehen eine kritische Wendung
nehmen sollte, bitte ich zu erwägen, dass Herr Bürgermeister Trumpf-
heller Mannheim als Gutachter und Zeuge einvernommen oder zu einer
schriftlichen Darlegung gebeten wird. Herr Trumpfheller hat in der
Versammlung am 13.2.1948 anlässlich der Stichwahl zum Bürgermeister
in meiner 2. Versammlung vor überfülltem Haus gesprochen und hat sich
damals schon mit den Bemerkungen mit Herrn Schmelcher in der Ver-
sammlung auseinandergesetzt.

Ich bitte diesen Hinweis zu beachten.

Ich hoffe diese Woche zu einer persönlichen Aussprache nach dort
kommen zu können und verbleibe bis dahin

mit ausgezeichnetester Hochachtung

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

In meinen letzten Ausführungen habe ich Ihnen eingehend ~~das~~ die Verhältnisse bei unserem Ernährungs- u. Wirtschaftsamt und Wohnungsamt geschildert.

im Fall
Es ist sehr eigenartig, dass unsere Gemeindebediensteten und gerade die jüngsten sich zu einer Sache hergegeben haben, die sie bestimmt nicht mitgemacht hätten, wenn ein sog. höherer Befehl nicht sie dazu bestimmt hätte. Zur Beruhigung möchte ich den Betreffenden sagen, ich bin Euch darüber nicht böse, jeder muss mal Lehrgeld zahlen, bitte aber dabei nicht ausser Acht zu lassen, dass die Demonstration sich nicht gegen eine x beliebige Person gerichtet hat, sondern sich gegen eine Person als Gemeinderat gerichtet hat.

Durch meine Wahl am 7. Dezember stehen die Gemeindebediensteten zu mir in einem mittelbaren Dienstverhältnis und man hat in der Hitze des Gefechts vergessen mit allen Möglichkeiten für die Zukunft zu rechnen.

Ich müsste ein schlechter Sachkenner der Gemeindeverwaltung sein, wollte ich behaupten, dass unsere Bediensteten auf dem Rathaus nicht ihre Pflicht erfüllt hätten, Ich habe sogar die Öffentlichkeit gebeten auf die Schwierigkeiten in der heutigen Gemeindeverwaltung unbedingt Rücksicht zu nehmen, nicht voreilig zu sein in unberechtigten Kritiken und Missachtung.

Dass ich manches beanstanden musste war meine Pflicht, denn ich bin der beauftragte Sprecher der Öffentlichkeit und werde auch in dieser Beziehung in der Zukunft mit meiner Kritik nicht zurückhalten, wenn bei einigermaßen gutem Willen auftretende Schwierigkeiten behoben werden können.

In diesem Zusammenhang darf ich eine Feststellung treffen, die vergangenen 14 Tage haben zu meiner grossen Freude ~~die Tatsache geschaffen~~ *ganz richtig* ⁱⁿ dass eine grosse Regsamkeit auf unseren Büros auf dem Rathaus eingetreten ist.

Eine pünktlichkeit hat sich eingestellt, man wurde ganz anders behandelt, man ist freundlicher geworden, das überhaupt bemüht sich eigenpersönlich um die Dinge auf dem Wirtschaftsamt, man sieht keine Tafel mehr am Bürgermeisterzimmer

Wirklich Begebenheiten die einem Freude machen.

Ich meine, dass die Ausübung der
Verhältnisse bei unserer Einwirkung
Voraussetzung verschaffen.

Es ist sehr zu erwarten, dass unsere Gemeindegliederungen und Vereine
die nächsten Jahre zu einer Reihe von Veränderungen haben, die sie bestimmt
nicht mitmachen werden, wenn ein solches. Dieser Befehl nicht sein kann
bestimmt haben. Für die Zukunft möchte ich den Betroffenen sagen.
Ich bin auch darüber nicht ohne Sorge, jeder muss mit dem Geld rechnen, die
aber dabei nicht außer Acht zu lassen, dass die Gemeindegliederungen sich
nicht gegen eine beliebige Person richten darf, sondern sich gegen
eine Person als Gemeindeglieder richten darf.

Durch seine Wahl am 7. Dezember stehen die Gemeindegliederungen zu
so wie in einem mittelbaren Dienstverhältnis und man hat in der Mitte der
Gemeinde Verhältnisse mit allen Möglichkeiten für die Zukunft zu rechnen.
Ich habe die schlechte Bekanntschaft der Gemeindegliederungen sein, wollte
ich behaupten, dass unsere Bedenken auf dem Grund nicht ohne Wirkung
erlaubt hätten. Ich habe auch die Öffentlichkeit gegeben auf die Bedenken
in der heutigen Gemeindegliederungen unbedingt besteht zu
nehmen, nicht vorzeitig zu sein in unbedachten Kritik und Missachtung.
Dass ich manches beabsichtigen musste war meine Pflicht, denn ich bin der
öffentliche Sprecher der Öffentlichkeit und werde auch in dieser Be-
ziehung in der Zukunft mit meiner Kritik nicht zurückhalten, wenn bei
einer gewissen guten Willen aufstrebende Schicksale behoben werden
können.

In dieser Zusammenhang darf ich eine Feststellung treffen, die
vernehmen ist, dass haben zu meiner großen Freude die Tatsache be-
stehen, dass eine große Bekanntheit auf unserer Seite auf dem Grund
erhalten ist.

Eine politische Partei hat sich eingestellt, man wurde am anderen
beendet, man ist freudig zu werden, das Oberhaupt steht sich
entsprechend um die Dinge auf dem Wirtschaftswesen, man steht seine
Idee mit an der Spitze
sich nicht begeben die einen Freude machen.

3

aber sagt mal meine sehr geehrten Frauen und Männer
hat man dazu eine Bürgermeisterwahl gebraucht mit allen un-
schönen Begleiterscheinungen - nein-

Dieser Wandel auf unserem Rathaus sind Selbstverständlichkeiten
und wenn sie immer in Anwendung gebracht worden wären, dann wäre
ich der allerletzte gewesen, der ~~daran~~ Kritik geübt hätte.

Wir bekommen in aller Bälde auch neue Räume des Wirtschaftsamt
es wird eifrig ausgemessen, so dass in allernächster Zeit ~~nach~~
~~meinen Vorschlägen~~ die Bevölkerung ohne grosse Wartezeiten ab-
gefertigt werden kann.

Es hat Bezugscheine gegeben,

Es gibt Holz wenn auch in bescheidenem Umfange

~~XXXXXXXXXX~~

Das Wohnungsamt ~~XX~~ bemüht sich ebenfalls den Gesuchstellern
brieflich zu antworten, Die Wohnungskommission wird gedrängt
zu Entscheidungen,

Neubürger hat man in Eile umgebettet

ganz erfreuliche Dinge |

Frauen und Männer, Diese Regsamkeit und planvolles Schaffen
hat man mir zu verdanken, Wenn ich zu all diesen Dingen vor
14 Tagen geschwiegen hätte, dann wäre bestimmt alles beim alten
geblieben.

Hab ich unrecht gehandelt ?

Denkt daran am Sonntag.

...er sagt mir, dass sehr schwer zu sein ...
...hat man dann eine allgemeine Ansicht ...

schönen ...
...dieser ...
...und wenn sie immer in ...

ich der ...
...für ...
...es wird ...

...
...geteilt werden kann.

...
...ein ...

...
...das ...
...wird ...

...
...Handwerker, ...

...
...diese ...

...
...hat man ...

...
...da man ...

...
...besteht ...

...
...hat ich ...

...
...besteht ...

...
...hat ich ...

14.

An die Frauen und Männer unserer Neubürger möchte ich heute Abend einige Worte richten.

Vor 14 Tagen habe ich die Unterbringungsverhältnisse in unserer Gemeinde hier diskutiert

Jch weiss Jhr waret ^{zu den zurückgegangenen Jahren} mit den getroffenen Massnahmen nicht zufrieden, konntet nicht zufrieden sein, den das Unterbringen in Massenquartieren ist das schlimmste, was man sich vorstellen kann.

Diejenigen ~~MM~~ Frauen und Männer die vor 14 Tagen hier anwesend waren werden vernommen haben, dass uns Sozialdemokraten es bitter Ernst ist, mit diesem Wohnungsproblem fertig zu werden, Jch habe in meinen Reden zur Gemeinderatswahl immer wieder gesagt dass es Ehrensache der Sozialdemokratischen Partei ist, hier die grössen Misstände zu beseitigen und Jhr könnt Euch darauf verlassen, dass unsere Soz. Dem. Rathausfraktion alles unternehmen wird, Euer Los, ~~MM~~ zu verbessern, denn die übrigen Altbürger sind ja mit Euerer zwanglage miteiennader verstrickt und wenn wir Euch helfen, dann helfen wir der Gesamtheit.

Bedenket eins - In den vergangenen 2 Jahren waren die Vertreter unserer Partei und der KPD in der Minderheit und es ist Tatsache, dass die beiden Männer vieles versucht haben Brauchbares zu schaffen, fanden aber kein Gehör aus Gründen, die ich hier nicht untersuchen will.

An Euch alle liegt es am kommenden Sonntag den Stab zu brechen über diejenigen, die in den vergangenen 2 Jahren nach meiner Ansicht vieles hätten tun können, aber nicht die Kraft dazu fanden, ich will nicht mal sagen dass sie nicht gewollt hätten, sondern es fehlte die volle Entschlusskraft und Eigenverantwortung über den Rahmen des Alltäglichen etwas zu wagen, was in der Notlage der Neubürger unbedingt hätte getan werden müssen.

Auch Euch Altbürger wäre viel Ärger und Verdruss erspart geblieben, wenn auch nur etwas Bescheidenes getan worden wäre.

Die Neubürger und Jhr Altbürger seit nicht zufrieden. so stshen wir vor

THE FIRST OF THE TWO PARTS OF THE

THE SECOND PART OF THE

ON THE FIRST PART OF THE

ON THE SECOND PART OF THE

ON THE THIRD PART OF THE

ON THE FOURTH PART OF THE

ON THE FIFTH PART OF THE

ON THE SIXTH PART OF THE

ON THE SEVENTH PART OF THE

ON THE EIGHTH PART OF THE

ON THE NINTH PART OF THE

ON THE TENTH PART OF THE

ON THE ELEVENTH PART OF THE

ON THE TWELFTH PART OF THE

ON THE THIRTEENTH PART OF THE

ON THE FOURTEENTH PART OF THE

ON THE FIFTEENTH PART OF THE

ON THE SIXTEENTH PART OF THE

ON THE SEVENTEENTH PART OF THE

ON THE EIGHTEENTH PART OF THE

ON THE NINETEENTH PART OF THE

ON THE TWENTIETH PART OF THE

5
einem Problem das einfach gemeistert werden muss, weil es unaufschieb-
bar ist.

Sehr verehrte Frauen und Männer Jhr Neubürger

Wenn Jhr am Sonntag nicht richtig wählt, dann nützen schliesslich
alle guten ~~WENNEM~~ Vorschläge nichts, denn begreift bitte, dass Euere
Vertreter der SPD derc2 Männer von Euch als Neubürger angehören
in der Minderheit bleiben ebenso die Männer der KPD. und DVP
Wer noch nicht gerechnet haben sollte, sei ganz klar ins Gedächtnis
gerufen

vor dem 7 Dezember war d ie Zusammensetzung 6 Gemeinderäte CDU
1 SPD
1 KPD.

nach dem 7. Dezember

9 CDU
4 SPD
2 KPD
3 DVP

also die Partie steht 9 gegen 9 und Jhr ~~WENNEM~~ misst

wissen, dass bei entscheidenden Absti mmungen der Bürgermeister
mit seiner Stimme den Ausschlag gibt.

Jy glaube
Habt Jhr *habt mir* verstanden.

Also Jhr wahlberechtigten. Jhr habt es in der Hand am Sonntag
~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ eine ganz grosse Entscheidung zu treffen.

Nicht vergessen möchte ich auf die Wahl am Sonntag hinzuweisen.

Gewählt wird wieder in den gleichen Wahllokalen wie am 1. Februar. *9-54*

Die Wahlzettel werden genau so wie am 1. Februar mit dem Umschlag
vom Wahlleiter an die Wähler ausgegeben.

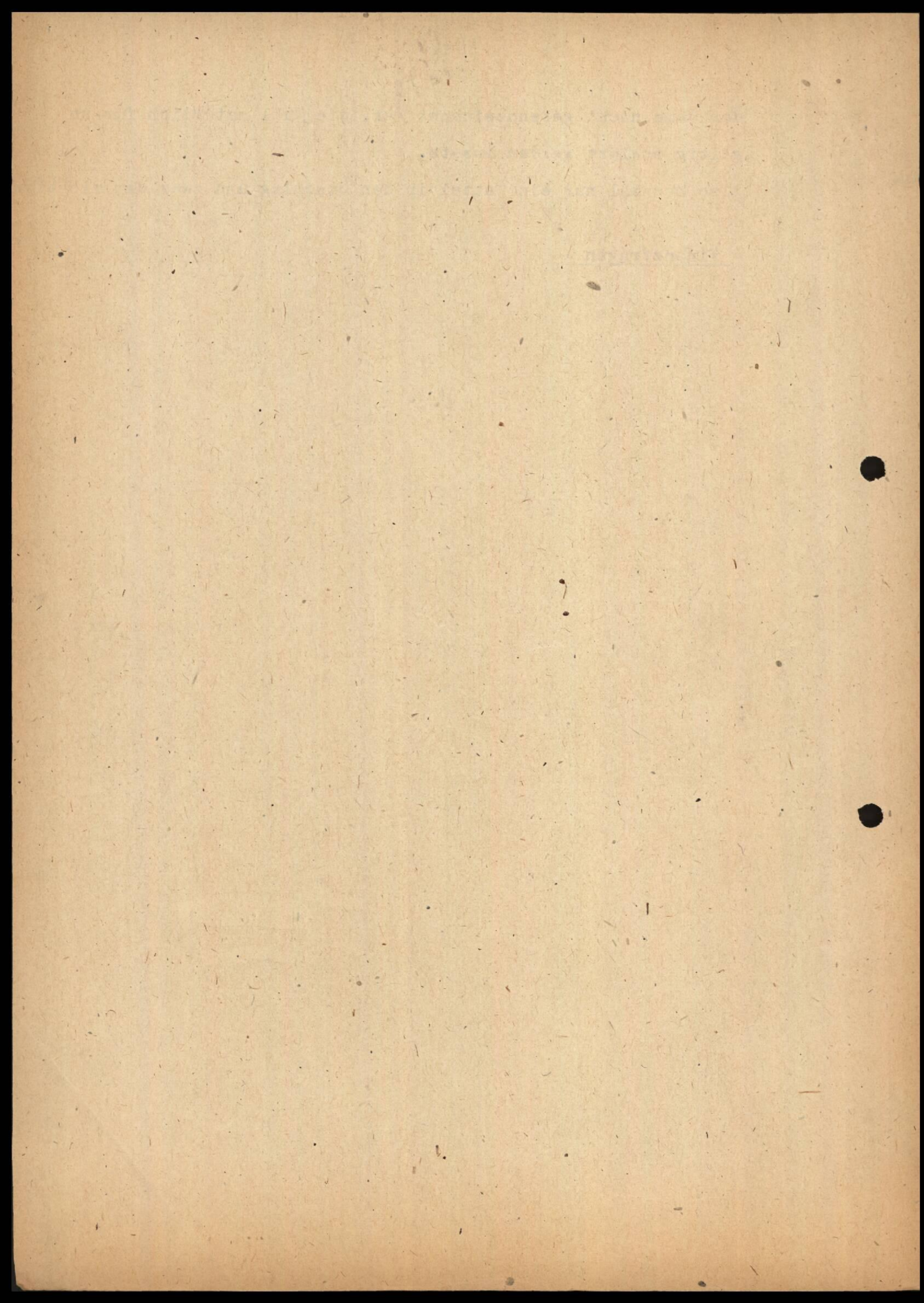
Es sind diesmal nur 2 zusammenhängende Zettel Schmelcher und Scholl

~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ Den Mann, den ihr wählen wollt, ~~XXXXXX~~
~~XXX~~ nur diesen Stimmzettel in den Umschlag stecken, ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~,
~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ nicht zwei Zettel beisammenlassen der eine wird abgerissen, den an-
deren steckt ihr in die Tasche, denn es ist letzmals vorgekommen,
dass man alle 4 oder 3 Zettel in den Umschlag gesteckt hat und da wo

6
der Name nicht gekennzeichnet war, die Wahl natürlich für un
gültig erklärt werden musste.

Also nochmal nur ein Zettel in den Umschlag und zwar den richtige

Finanzfragen



Berufslaufbahn

des städt. Verwaltungsbeamten Philipp Scholl in Walldorf.

=====

Von Ostern 1910 bis Ostern 1913 erledigte ich die Verwaltungsgeschäfte auf dem Rathaus in Walldorf,

Vom 1. April 1913 bis 31. Juli 1913 Verwaltungsgehilfe beim Bezirksamt in Heidelberg,

Ab 1. August 1913 bis heute stehe ich im Dienst der Stadtverwaltung Mannheim im Verwaltungs- und Rechnungsdienst. Meine Anstellung bei der Stadtverwaltung ist eine unkündbare auf Lebenszeit auf beamtenrechtlicher Grundlage.

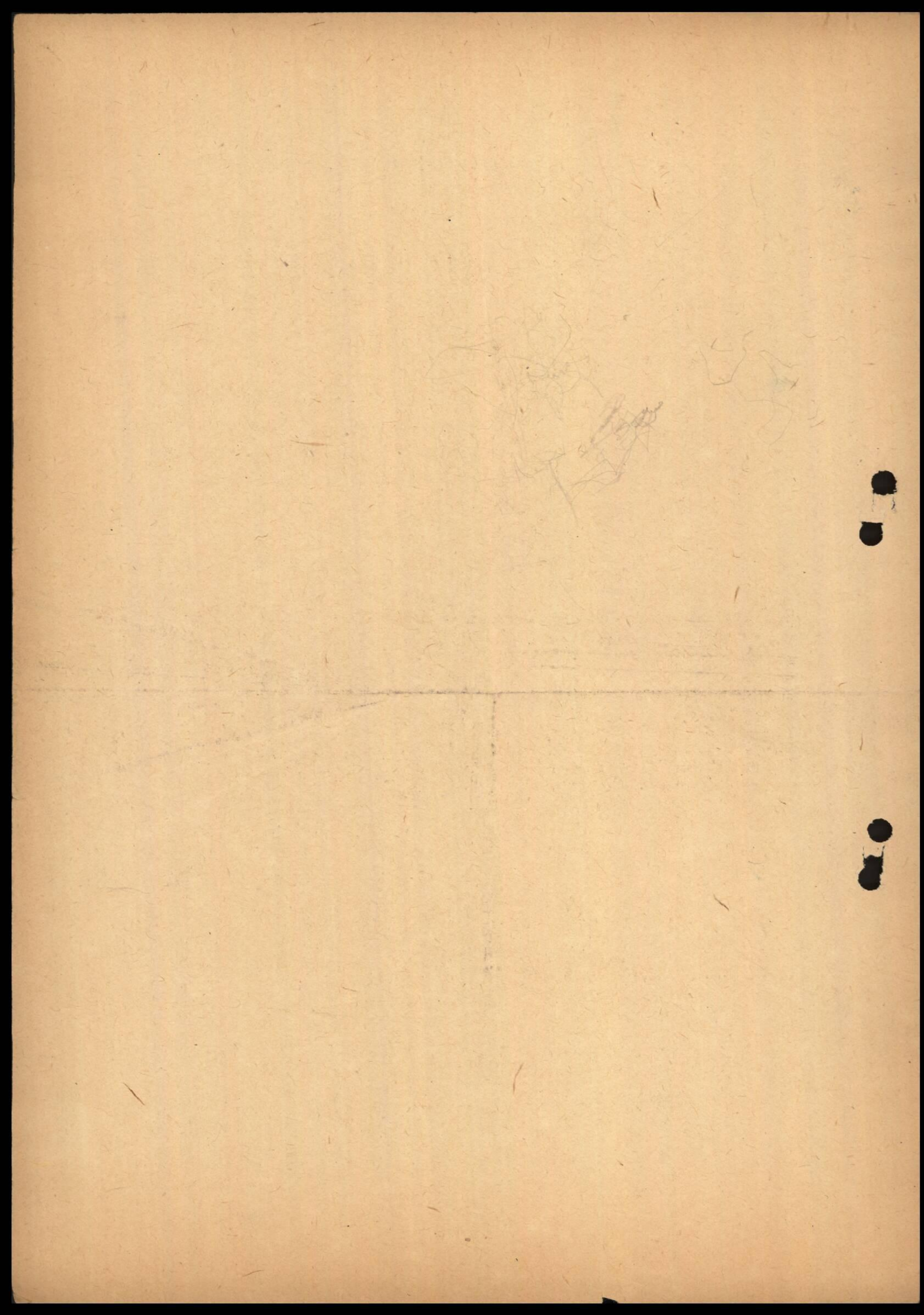
Seit Jahren bin ich Abteilungsleiter eines technischen Amtes im Verwaltungs-Rechnungs-u. Finanzdienst.

Mein Amt zählt 65 Beamte und Angestellte, von denen mir 15 Bedienstete unmittelbar unterstellt sind, die nach meinen Anweisungen und Vorschriften zu arbeiten haben. Darüber hinaus obliegt mir die ordnungsgemäße Entlohnung von über 200 Arbeitern und Durchführung aller damit verbundenen Verwaltungsaufgaben.

Für die ordnungsmässige Abwicklung des Finanzbedarfs meiner Amtsstelle, der in die Millionen geht, bin ich eigenpersönlich dem Herrn Oberbürgermeister der Stadt Mannheim verantwortlich.

In Verbindung damit bin ich Wahrer und Betreuer städt. Vermögens- und Materialbesitzes

Walldorf, den 13. Januar 1948.



Philipp Scholl

Den 22. April 1948

Waldorf.B/Wiesloch.

Dr. Heimerich war bei mir

24. April 1948

An die Herren Rechtsanwälte Dr. Dr. Heimerich und Dr. Otto

Heidelberg.

Neuenheimerlandstrasse 4.

Jnsachen Schmelcher-Scholl.

In obiger Sache ging mir heute seitens des Amtsgerichts Wiesloch der anl. Strafbefehl zu, den ich Ihnen hiermit zuleite. Laut anl. Schreiben habe ich heute Einspruch gegen den Strafbefehl erhoben und ich bitte Sie in meinem Auftrag diese Sache zum guten Ende zu führen. Ich nehme an, dass Herr Dr. Weber inzwischen Akteneinsicht bei der Staatsanwaltschaft genommen hat und es dürfte nicht schwer sein, die Angelegenheit zu entlasten, da ja die Zeugen Nonnenmacher und Menger aussagten, von den mir zu Last gelegten Aussagen nichts gehört zu *haben*.

Der "euge Müller, auf den sich die Anklage stützt ist ein pol. Gegner von mir sein Schwiegervater Ludwig Thome ein Aktivist im CDU Lager, er war Gegenkandidat von mir in der Gemeinderatswahl am 7.12.47 und hat sich in ganz gehässiger Weise gegen mich ausgelassen. Verwandte von ihm sind Bedienstete auf dem Rathaus und es ist für mich ganz klar, dass von dieser Seite aus aller erdenklicher Widerstand gegen mich in Szene gesetzt wird. Ich habe schon mal betont, dass man mich sozusagen fürchtet, weil ich "enner der Verhältnisse bin auf dem hiesigen Rathaus und vieles nicht so ist, wie es sein sollte. Das wissen die Herren und kein Mittel ist schlecht genug, mich zum Fall zu bringen.

./.

Dabei handelt es sich um weiter gar nichts ^{als} um eine anständige Arbeitsweise gegenüber dem Publikum, Sparsamkeit im Betrieb, eine pünktliche und gewissenhafte Dienstauffassung fern von jeden Korruptionerscheinungen usw.

Ich habe nun mal in all diesen Dingen eine andere Berufsauffassung, weil ich in meiner 35 jährigen Tätigkeit bei der Stadtverwaltung, ^{hauptsächlich} so gelernt und nicht anders erzogen worden bin und wenn ich diesen meinen Standpunkt in den Debatten bei Behandlung von Rathausfragen immer wie er in den Vordergrund stelle, dann sagen die Beteiligten das kann man in Mannheim machen, in Walldorf braucht man das nicht. Und wenn dann in dem oder anderen Falle eine herbe Kritik einsetzt, dann heisst es einfach, man hätte die Stadtverwaltung oder das Gemeindeoberhaupt beleidigt und man geht einfach hin, und setzt den Nörgler ab. Nun wenn solche Kritik als Beleidigung aufgefasst wird, dann sind wir allerdings von einer konstruktiven Mitarbeit in demokratischen Sinne leider weit entfernt. Der Strafzettel soll das Mittel zum Zweck sein, mich ausser Kurs zu setzen. In diesem Falle wissen die aufgerufenen Zeugen nichts von meiner Aussage, wenn diese Zeugenaussagen missachtet werden, dann hatte man sie nicht zu vernehmen brauchen. Morgen kommt ein anderer und sagt ich hatte das und jenes gestohlen, Zeugen behaupten das Gegenteil, trotzdem werde ich verurteilt wegen Diebstahl, wo sollte das hinführen.

Ich bitte das Weitere zu veranlassen und verbleibe mit

ausgezeichneter Hochachtung

Philipp Jochell

Philipp Scholl
Verwaltungs-Obersekretär
Walldorf (Baden)
Heidelbergerstrasse 13.

Brüggemann
Walldorf, den 22. April 1948.

Akt.Zeich. CS 73/48

In Sachen
Schmelcher gegen Scholl betr.

Gegen den Strafbefehl vom 17. April 1948, eingegangen bei mir
am 22. April 1948 erhebe ich hiermit

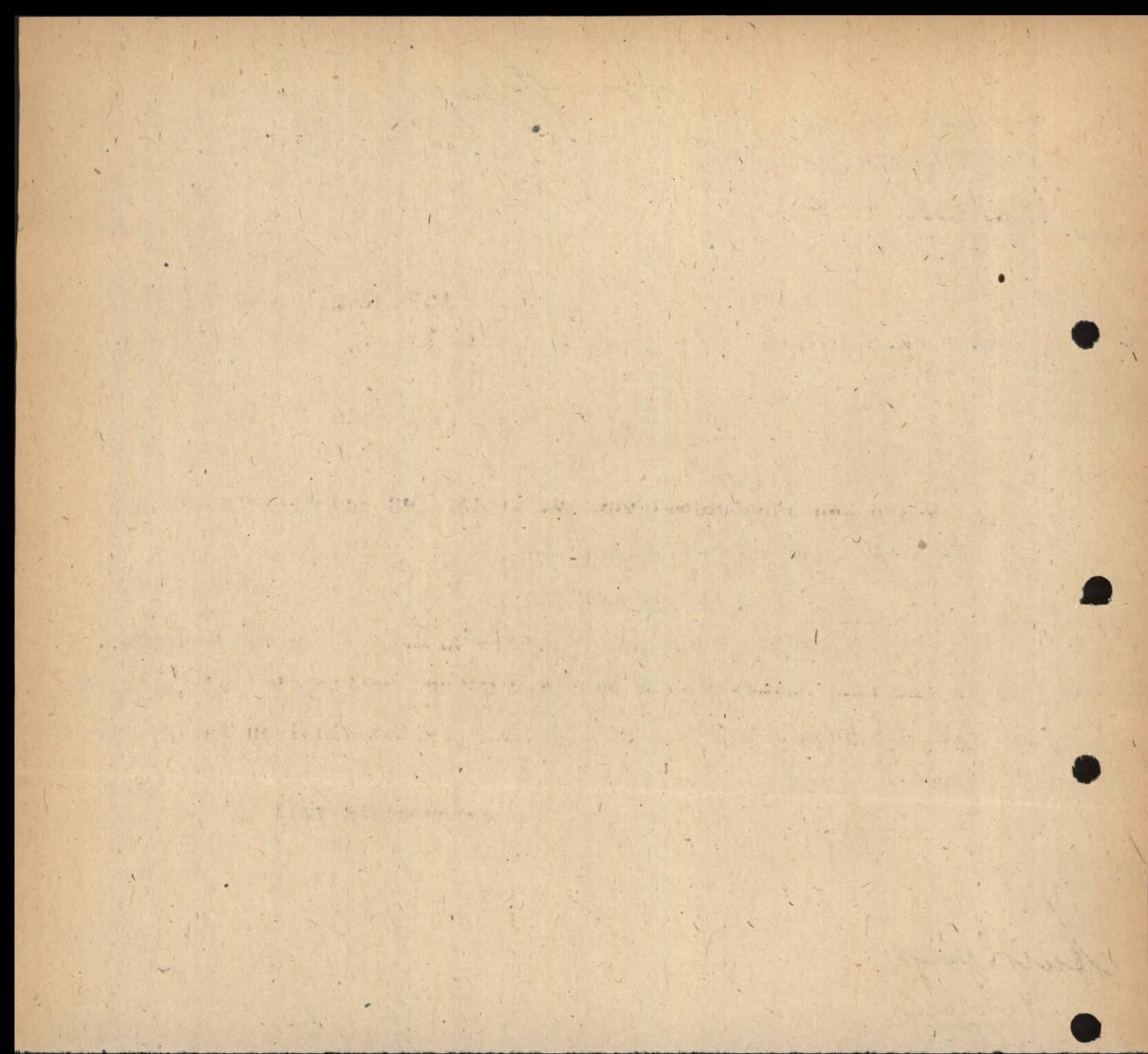
Einspruch

da ich mich schuldlos fühle und meinem rechtsempfinden widerspricht.
Die Wahrnehmung meiner Rechte habe ich meinem rechtsbeistand übertragen
Ich habe ihn beauftragt sich mit dem Amtsgericht Wiesloch in Verbindung
zu setzen.

Hochachtungsvoll

Wiesloch

Brüggemann
Wiesloch



16. April
1948


Dr. We./Sch.

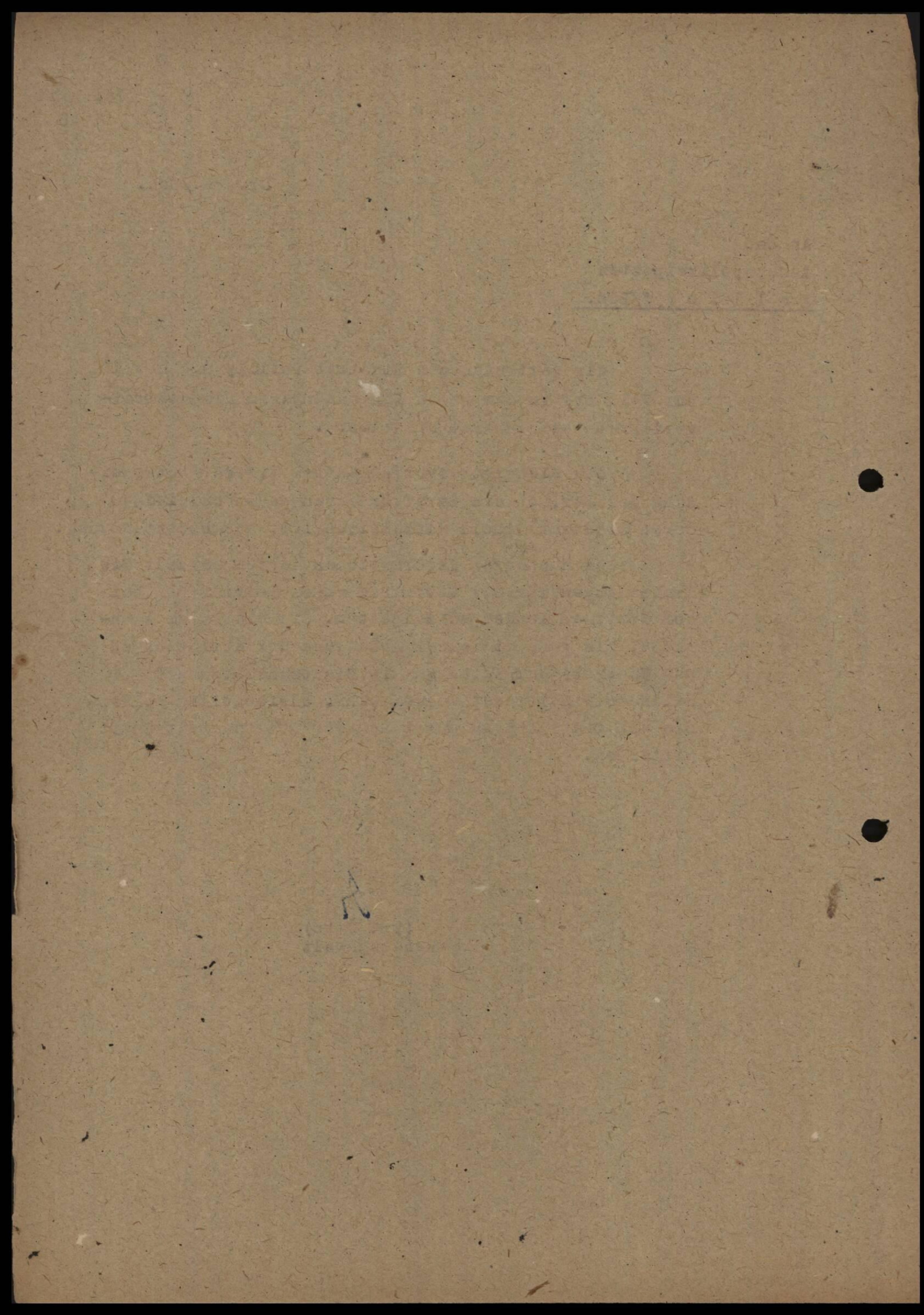
An den
Landespolizeiposten
Walldorf/Bän.

Wir vertreten den Stadtrat Philipp Scholl
aus Walldorf in dem gegen ihn anhängigen Dienststraf-
verfahren beim Landrat Heidelberg.

Das Dienststrafverfahren ist bis zur Entschei-
dung darüber, ob ein Strafverfahren wegen Beleidigung
gegen Stadtrat Scholl einzuleiten ist, ausgesetzt worden.

Nach unseren Informationen laufen derzeit die
Ermittlungen für das Verfahren wegen Beleidigung bei
dem dortigen Landespolizeiposten. Wir bitten um Nach-
richt, bis wann mit einem Abschluss der Ermittlungen
und Rückgabe der Akten an die Staatsanwaltschaft
Heidelberg gerechnet werden kann. Gleichzeitig wollen
Sie uns bitte das Aktenzeichen der Staatsanwaltschaft
mitteilen.


(Dr. Otto)
Rechtsanwalt



Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich
Rechtsanwalt am Landgericht Mannheim
und Steuerberater

Dr. Heinz G. C. Otto
Rechtsanwalt am Landgericht Heidelberg

HEIDELBERG, den 16. April 1948
Büro: Neuenheimer Landstraße 4
Telefon 4565
Wohnung Dr. Heimerich: Moltkestraße 33 a
Bankkonto: Südwestbank, Filiale Heidelberg

Dr. We./Sch.

An den
Landespolizeiposten
Walldorf/Bdn.

Wir vertreten den Stadtrat Philipp S c h o l l
aus Walldorf in dem gegen ihn anhängigen Dienststraf-
verfahren beim Landrat Heidelberg.

Das Dienststrafverfahren ist bis zur Entschei-
dung darüber, ob ein Strafverfahren wegen Beleidigung
gegen Stadtrat Scholl einzuleiten ist, ausgesetzt worden.

Nach unseren Informationen laufen derzeit die
Ermittlungen für das Verfahren wegen Beleidigung bei
dem dortigen Landespolizeiposten. Wir bitten um Nach-
richt, bis wann mit einem Abschluss der Ermittlungen
und Rückgabe der Akten an die Staatsanwaltschaft
Heidelberg gerechnet werden kann. Gleichzeitig wollen
Sie uns bitte das Aktenzeichen der Staatsanwaltschaft
mitteilen.

Rechtsanwälte
Dr. Dr. h. c. Heimerich
Dr. Otto
durch:

[Handwritten Signature]
(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

Landespolizei-Posten Walldorf/Baden	
Eingang: 20.4	Ausgang: 20.8.
588/48	
Tagebuch Nr.	
Bearbeiter:	Munt.

Landespolizei-Kommissariat Heidelberg
Landespolizei-Posten Walldorf.

Tgb.Nr. 588 /48.

Dr. f. W-V

Walldorf, den 20.4.1948.

An die Rechtsanwälte Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich u.
Dr. Heinz G. C. Otto

in Heidelberg.

Neuenheimer Landstrasse 4

Das Ermittlungsergebnis in Beleidigungssache Bürgermeister
Schmelcher Walldorf u. Stadtrat Scholl Walldorf wurde am
22.3.48 u. Tgb.Nr. 471 des Landespolizei-Postens Walldorf
der Landespolizei-Abteilung Leimen zur Weiterleitung an
das Landratsamt Heidelberg übersandt.

Über ein Verfahren das in vorliegender Angelegenheit
bei der Staatsanwaltschaft Heidelberg anhängig sein soll
ist hier nichts bekannt.

Aus diesem Grunde kann das Aktenzeichen der St.A. Heidel-
berg nach dort nicht mitgeteilt werden.

Evtl. kann die Landespolizei-Abteilung Leimen über den
Vorgang nähere Auskunft geben. Die Akte wird deshalb der
Landespolizei-Abteilung L e i m e n zugeleitet.

Künter

Polizei-Meister.

26. April 1948

Landespolizei-Kommissariat

Heidelberg

Abteilung Leimen

Tgb. Nr.

Leimen, den 22. 4. 19 48

Heizung Reparatur wurde am 24.3.48 aus
dientliche Zweckstellung mitgeteilt.

Künter

Polizeimeister

12. April
1948

Dr. We./Sch.

- 748 -

Herrn

Philipp S c h o l l

W a l l d o r f (Baden)

Heidelbergerstr. 13

Sehr geehrter Herr Scholl!

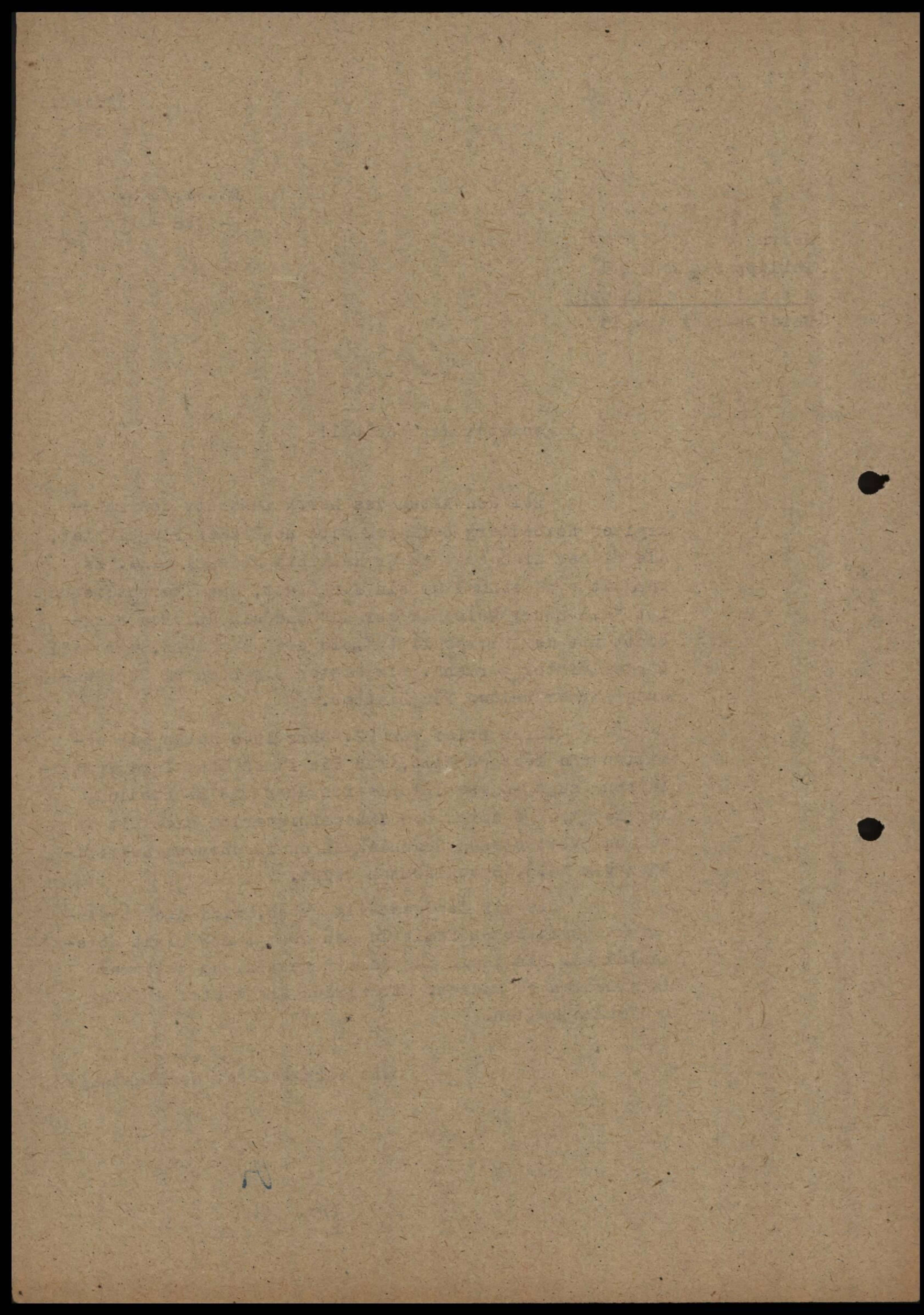
Bei den Akten des Herrn Landrats des Landkreises Heidelberg befinden sich noch zwei Flugblätter, die bisher nicht zu unserer Kenntnis gelangt sind. Es handelt sich einmal um ein Flugblatt, das überschrieben ist "ein neuer Reichstagsbrand" und ein anderes Flugblatt mit der Überschrift "Laie oder Fachmann, wer soll Bürgermeister werden". Wir bitten Sie noch um Übersendung dieser beiden Flugblätter.

Ihren Brief vom 22. März 1948 haben wir erhalten und festgestellt, daß die Ihnen über Ihre Parteileitung zugegangene Information über die Beurteilung der Rechtslage durch das Innenministerium sich mit den von uns vertretenen Gedankengängen in unserem Schriftsatz vom 19.3.48 vollkommen deckt.

Wie wir festgestellt haben, sind die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen noch immer nicht abgeschlossen. Bis dahin müssen wir warten, um weiteres unternehmen zu können. Wir werden Sie weiter auf dem laufenden halten.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt



17/4. /
Heidelberg, den 12. April 1948

Dr. We./Sch.

- 748 -

A k t e n n o t i z

über Akteneinsicht in die Dienststrafakten
des Gemeinderats Philipp S c h o l l aus Walldorf
am 8.4.48.

Die Anzeige des Bürgermeisters Schmelcher auf
Grund deren das Dienststrafverfahren in Gang gebracht wurde,
hat folgenden Wortlaut:

"Stadtverwaltung Walldorf

Walldorf, am 5.2.48

Betr.: beleidigende Aussagen und verleumderische Nachrede
über den Bürgermeister S c h m e l c h e r durch
den Gemeinderat Philipp S c h o l l.

Am 19.1.48 im Frühzug von Walldorf nach Heidelberg
hat der Gemeinderat Philipp Scholl im Eisenbahnwagen eine
laute Unterhaltung geführt, in der er gegen die Stadtver-
waltung im allgemeinen und gegen den Bürgermeister Schmel-
cher im besonderen wüste Aussagen gemacht hat, die sich
für einen Gemeinderat nicht ziemen. Es fiel dabei auch
der Ausdruck der Bürgermeister ist ein Hund.

Als Zeuge hierfür benenne ich den Bahnpolizeiwach-
meister Otto M ü l l e r Walldorf, Friedrichstr.16, der
in unmittelbarer Nähe das Gespräch mit angehört hat.

Ich bitte den Herrn Landrat mit allem Nachdruck
ein entsprechendes Strafverfahren bei der Staatsanwalt-
schaft zu beantragen mit dem Ziel der Entlassung des
Gemeinderates Scholl."

Beigefügt ist dieser Anzeige folgendes Schreiben der CDU-Frak-
tion im Gemeinderat der Stadt Walldorf, die ihr Schreiben
unter dem Kopf der Stadtverwaltung Walldorf und, obwohl sie
nur eine Fraktion des Gemeinderates darstellt, im Namen des
ganzen Gemeinderates und der Stadtverwaltung abgefaßt hat.
Das Schreiben trägt folgenden Inhalt:

Walldorf, den 5.2.48

Betrifft: Beleidigende Aussagen und verleumderische Nachrede gegen den Bürgermeister Schmelcher insbesondere und die Stadtverwaltung und den Gemeinderat im allgemeinen durch Gemeinderat Scholl.

Die gesamte CDU-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Walldorf erhebt Einspruch gegen das Verhalten des Gemeinderats Scholl. Der Genannte hat sowohl am Donnerstag, den 29.1.48 in der Öffentlichkeit den Bürgermeister Schmelcher in gemeinster Weise beleidigt, als auch in einer Versammlung am 30.1. in 2 1/2 stündiger Rede fortgesetzt nicht nur in unsachlicher sondern absichtlich boshafter Weise die bisherige Arbeit des Bürgermeisters der gesamten Stadtverwaltung und des Gemeinderates in den Dreck getreten. Ein solches Verhalten eines Gemeinderates schädigt nicht nur das Ansehen der Demokratie, sondern untergräbt aufs Empfindlichste jede saubere Arbeit und ernsthaften Willen sich für das Gesamtwohl einzusetzen. Dies ist die Meines des größten Teiles der Walldorfer Bürger.

Wir unterstützen daher nachdrücklichst den Antrag Bürgermeisters Schmelcher auf Disziplinierung des Gemeinderates Scholl mit dem Ziel der Entlassung aus dem Amt. Wir sind ernstlich gewillt, wo nicht nachhaltigst durchgegriffen wird, unsere künftige Mitarbeit davon abhängig zu machen.

CDU-Gemeinderat

7 Unterschriften.

Der Fraktionsführer

gez. Müller

stellvertr. Bürgermeister.

Wm
4.6.48

An den
Herrn Landrat
des Landkreises Heidelberg

H e i d e l b e r g

4441
21 01

In dem Dienstatrafverfahren gegen den Gemeinderat
Philipp Scholl in Walldorf zeigen wir an, daß wir
Herrn Scholl vertreten und legen Vollmacht vor. Es wird
beantragt,

die gemäß § 78 RStG verfügte Amtsenthebung des
Gemeinderats Scholl aufzuheben.

Zur Begründung wird vorgetragen:

Nach unseren Informationen hat das staatsanwaltschaftliche
Ermittlungsverfahren bisher nicht zu einem Ergebnis geführt,
das zur Grundlage für eine Verurteilung nach § 185 ff. RStGB.
gemacht werden könnte. Nach Abschluß der staatsanwalt-
schaftlichen Ermittlungen wird auf diesen Punkt noch zurück-
zukommen sein. Selbst wenn aber Gemeinderat Scholl dem Bür-
germeister Schmalcher die nötige Achtung versagt haben soll-
te, so hätte er das doch nicht in seiner Eigenschaft als
Untergebener gegenüber einem Vorgesetzten, sondern als Ge-
genkandidat gegenüber dem anderen Kandidaten in einem Wahl-
kampf getan. Die Eigenschaft des Gemeinderats Scholl als

Wahlkandidat stellt ihn überhaupt aus seinem Beamtenverhältnis zur Gemeinde wenigstens für die Zeit des Wahlkampfes völlig heraus, so daß ein Dienststrafverfahren gegen ihn wegen der ihm zur Last gelegten Vorfälle völlig falsch an Platz ist.

Es muß im übrigen doch wohl auf einem Irrtum der Einleitungsbehörde beruhen, daß die Amtsenthebung des Gemeinderats Scholl erfolgt ist unter Außerachtlassung jenes fundamentalen Rechtsgrundsatzes, nach dem auch der andere Teil gehört werden muß, bevor eine Entscheidung gefällt wird. Demgegenüber könnte die formelle Möglichkeit dazu in der noch aus der Zeit des Dritten Reiches stammenden Reichsdienststrafordnung doch keinesfalls als Begründung gelten.

Weitere Ausführungen in diesem Punkt müssen wir uns noch vorbehalten.

gez. Dr. Otto

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt.

1 Anlage

Philipp Scholl

Walldorf. (Baden)

Heidelbergerstrasse 13.

Walldorf, den 22. März 1948.

4/8

23. März 1948

JHr Zeichen. Dr. We./S

Nr. 748

An die

Herren Rechtsanwälte Dr.Dr. Heimerich u. Dr. Ott

H E I D E L B E R G.

Neuenheimerlandstrasse 4

Jch bestätige dankend den Erhalt Jhres geschätzten Briefes vom 19. d. Mts. nebst Anlage -Abschrift Brief an den Herrn Landrat.

Am letzten Samstag, den 20. d. Mts. wurde ich von der hiesigen Landespolizei einvernommen wegen der Beleidigungsklage gegen Schmelcher. Jch habe bei dieser Gelegenheit Kenntnis von den Angaben der beiden Eugen Menger und Nonnenmacher genommen. Die Genannten bestreiten entschieden gehört zu haben, dass ich die abfälligen Aussagen gegenüber Schmelcher getan haben sollte. Ganz selbstverständlich musste ich verneinen, jemals die belastete Aussage (Hund) getan zu haben.

Jch hob ferner in meiner protokollarischen Aussage noch hervor, dass schon deshalb kein Anlass zu einer solchen Äussereung vorlag, da am 29. Januar 1948 hinsichtlich Bürgermeisterwahl keine Wahlversammlungen von mir stattgefunden hatten, zwischen mir und Schmelcher evtl. Reibungspunkte aus einem bestehenden Wahlkampf noch gar nicht bestanden haben und weiter ich es für gänzlich ausgeschlossen halte, dass der Anzeigende in einem überfüllten Zugsabteil und dazu gänzlich stockdunkel, mich als derjenige erkannt haben will, der diese Worte gebraucht haben soll. Nun diese Angelegenheit dürfte daher vollkommen in sich zusammenfallen.

Bei meiner letzten Unterredung mit Herrn Dr. Weber habe ich gesagt, dass meine Partei die SPD Ortsverein Walldorf mich in der Disziplinarangelegenheit wie überhaupt in der ganzen Parteipolitik vollkommen deckt und hat von sich aus an die

die Landesparteilitung der SPD in Stuttgart einen Brief gerichtet mit der Bitte zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Der Inhalt deckt sich vollkommen mit der Stellungnahme von Ihnen und lasse hier im Nachfolgenden Abschrift des Wortlautes folgen.

" Auf Euer Schreiben vom 19. Februar haben wir uns mit dem Innenministerium in Verbindung gesetzt. Nach der Auskunft, die wir von dort erhielten, ist die Entscheidung des Landrates gesetzlich unzulässig, gegen die Verfügung könnte daher sofort Beschwerde erhoben werden. Die Verfügung sei auch insofern nicht in Ordnung, als sie den Tatbestand der zu Grunde liegenden Verfehlungen nur in dürftiger Weise angegeben haben, und die Auffassung, dass Gemeinderäte Ehrenbeamte seien, also Beamte, nicht richtig ist. Das sei eine sprachliche falsche Auslegung des Begriffes " Ehrenamt " und es gäbe wohl ein " Ehrenamt " aber keine " Ehrenbeamte " sonst verliert die Unterscheidung zwischen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitgliedern des Gemeinderates jeden Sinn.

Wir empfehlen sofort eine Beschwerde an die Bad. Innenverwaltung zu richten, die für diese Entscheidung zuständig ist.

Selbstverständlich nicht unter Berufung auf eine Mitteilung des Innenministeriums, das würde die Stellungnahme der Bad. Innenverwaltung ungünstig beeinflussen.

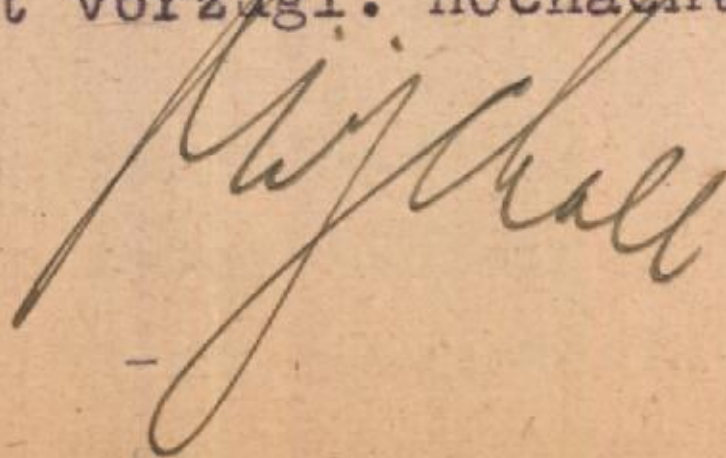
Diese Mitteilung, die wir über den Genossen Ullrich erhielten, ist also nur eine Information für Euch.

=====

Meines Erachtens liegt hier eine ganz klare Entscheidung vor. Mein Rechtsempfinden sagte mir immer wieder, dass ich in gar keinem Verhältnis im Dienst zum Bürgermeister bzw. Stadtverwaltung während des Wahlkampfes gestanden haben kann und die Einleitung eines Diszipl. Verfahrens auf falscher Voraussetzung fusst.

Ich bitte weiterhin recht höflich die Angelegenheit so zu betreiben, dass endlich diese leidige Geschichte wieder in das rechte Gleis gebracht wird.

Mit vorzügl. Hochachtung



19.3.48.

ab 19/3

Dr. We./S.
- 748 -

Herrn
Philipp Scholl
Waldorf (Baden)
Heidelberger Str. 13

Sehr geehrter Herr Scholl!

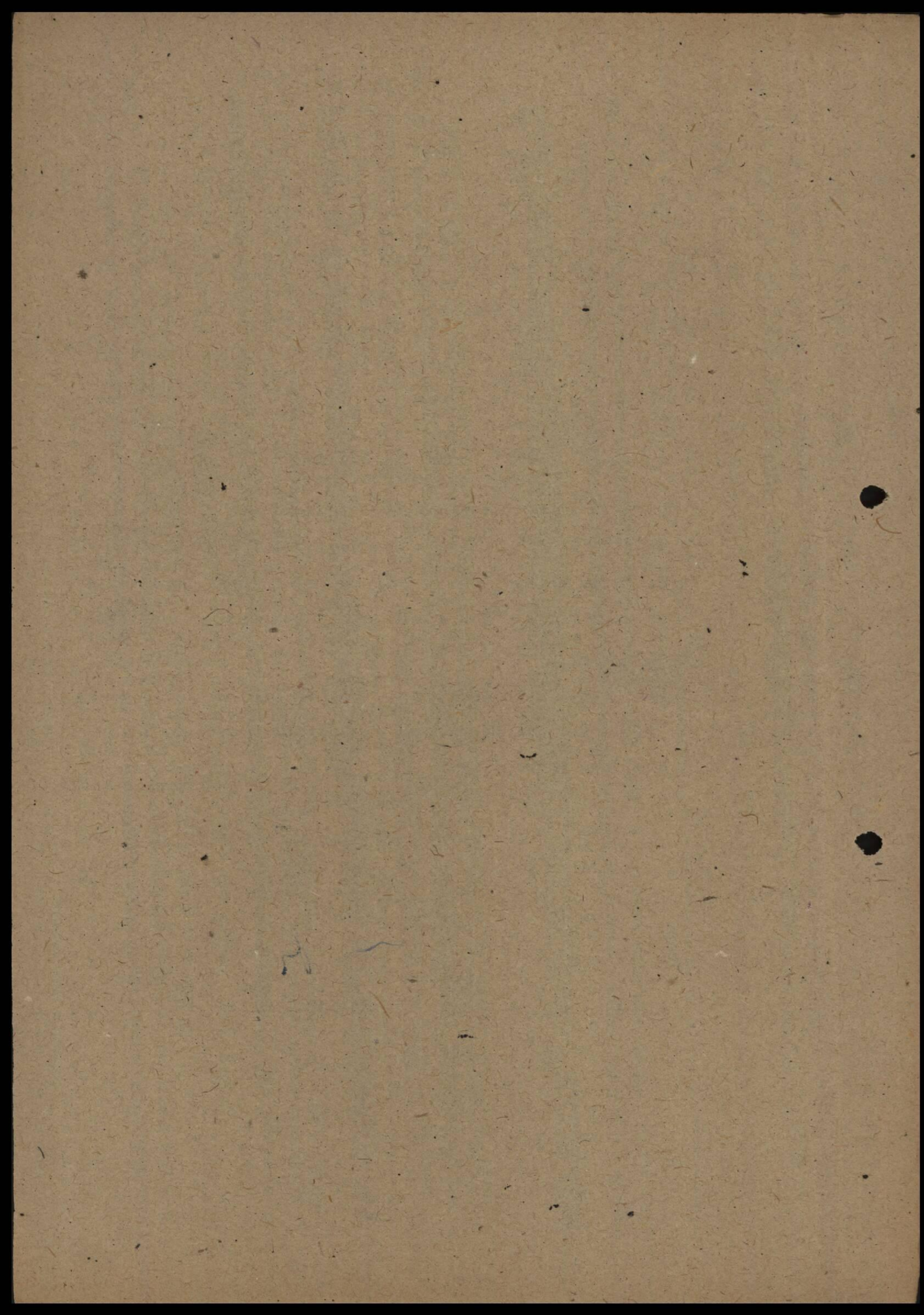
In Ihrer Dienststrafsache richteten wir heute einen
Schriftsatz an den Herrn Landrat des Landkreises Hei-
delberg, dessen Inhalt Sie aus beigefügter Durchschrift
ersehen wollen. Das staatsanwaltschaftliche Ermittlungs-
verfahren gegen Sie ist noch nicht abgeschlossen, wie
wir durch Akteneinsicht inzwischen festgestellt haben.
Wir müssen uns endgültige Ausführungen deshalb bis da-
hin noch vorbehalten.

Mit vorzüglicher Hochachtung!



(Dr. Otto)
Rechtsanwalt.

1 Anlage



19.3.1948

ab/9/3.

Dr. We./S.
- 748 -

Herrn
Regierungsrat Steinbrenner
beim Landratsamt Sinsheim


S i n s h e i m / Elsenz

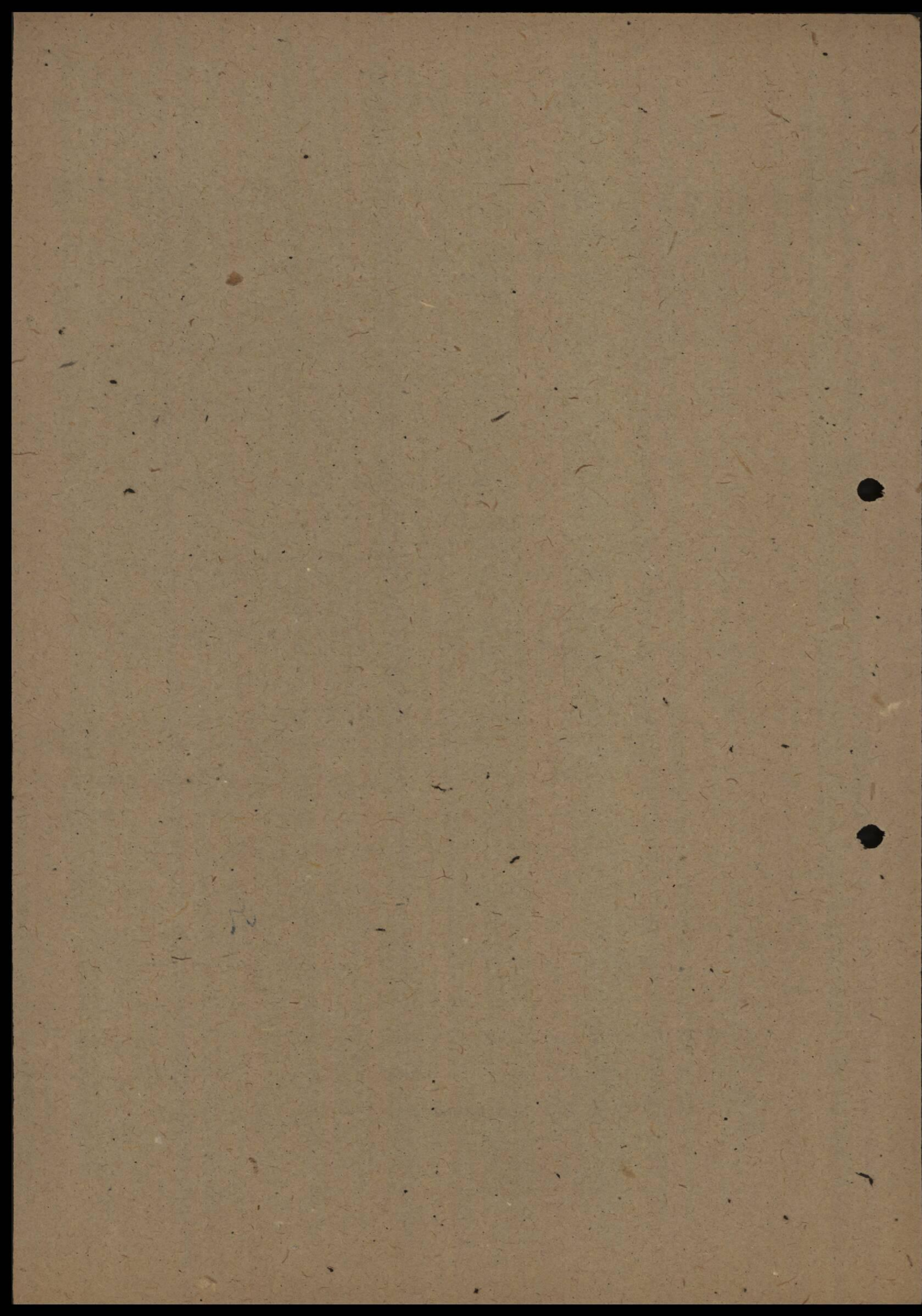
Sehr geehrter Herr Regierungsrat!

Wir zeigen an, daß wir in den Dienststrafverfahren
gegen den Gemeinderat Philipp S c h o l l Herrn Scholl
vertreten, und gestatten uns, Ihnen die Kopie eines
Schriftsatzes zu Ihrer Kenntnisnahme zu überreichen,
den wir heute an den Herrn Landrat des Landkreises Hei-
delberg als Einleitungsbehörde gerichtet haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

1 Anlage


(Dr. Otto)
Rechtsanwalt.



19.3.1948

at 19/3

Dr. We./S.
- 748 -

An den
Herrn Landrat
des Landkreises Heidelberg
H e i d e l b e r g

In dem Dienststrafverfahren gegen den Gemeinderat
Philipp S c h o l l in Walldorf zeihen wir an, daß wir
Herrn Scholl vertreten und legen Vollmacht vor. Es wird
beantragt,

die gemäß § 78 RDStG verfügte Amtsenthebung des
Gemeinderats Scholl aufzuheben.

Zur Begründung wird vorgetragen:

Nach unseren Informationen hat das staatsanwaltschaftliche
Ermittlungsverfahren bisher nicht zu einem Ergebnis geführt,
das zur Grundlage für eine Verurteilung nach § 185 ff. RStGB.
gemacht werden könnte. Nach Abschluß der staatsanwalt-
schaftlichen Ermittlungen wird auf diesen Punkt noch zurück-
zukommen sein. Selbst wenn aber Gemeinderat Scholl dem Bür-
germeister Schmelcher die nötige Achtung versagt haben soll-
te, so hätte er das doch nicht in seiner Eigenschaft als
Untergebener gegenüber einem Vorgesetzten, sondern als Ge-
genkandidat gegenüber dem anderen Kandidaten in einem Wahl-
kampf getan. Die Eigenschaft des Gemeinderats Scholl als

Wahlkandidat stellt ihn überhaupt aus seinem Beamtenverhältnis zur Gemeinde wenigstens für die Zeit des Wahlkampfes völlig heraus, so daß ein Dienststrafverfahren gegen ihn wegen der ihm zur Last gelegten Vorfälle völlig falsch an Platz ist.

Es muß im übrigen doch wohl auf einem Irrtum der Einleitungsbehörde beruhen, daß die Amtsenthebung des Gemeinderats Scholl erfolgt ist unter Außerachtlassung jenes fundamentalen Rechtsgrundsatzes, nach dem auch der andere Teil gehört werden muß, bevor eine Entscheidung gefällt wird. Demgegenüber könnte die formelle Möglichkeit dazu in der noch aus der Zeit des Dritten Reiches stammenden Reichsdienststrafordnung doch keinesfalls als Begründung gelten.

Weitere Ausführungen in diesem Punkt müssen wir uns noch vorbehalten.

1. Anlage

(Dr. Gite)
Rechtsanwalt.

10/3 ✓

4. März 1948

ab 5/3.

Herrn
Philipp S c h o l l
W a l l d o r f

W./Sch.

Die Wahrnehmung Ihrer Interessen in dem Dienststrafverfahren, das gegen Sie eingeleitet ist, übernehmen wir gern.

✓ Wir bitten Sie zu einer Besprechung der Angelegenheit in der nächsten Woche in unser Büro zu kommen. Wir schlagen vor, Mittwoch. d. 10. März 1948, um 10 Uhr. Sollten Sie einen anderen Termin wünschen, bitten wir Sie, sich entsprechend mit uns in Verbindung zu setzen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

I. A.

Wd.

(Weidmüller)
Anwaltsassessor

17/10

Philipp S C H O L L

Verwaltungs-Obersekretär

WALLDORF (Baden)

Heidelbergerstrasse 13.

Walldorf, den 26. Februar 1948.

1. März 1948

Herrn

Rechtsanwalt Dr.Dr. Heimerich

HEIDELBERG.

Neuenheimer-Landstrasse 4

Dienststrafverfahren
gegen den Gemeinderat
Philipp Scholl in
Walldorf betr.

Jch bitte um Wahrnehmung meiner Jntressen bei der bevorstehenden Durchführung des gegen mich gerichteten Dienststrafverfahrens auf Amtsenthebung als Gemeinderat der Stadtgemeinde in Walldorf.

Der Obengenannte ist Verwaltungs-Obersekretär bei der Stadt Mannheim. Jnfolge der Zerstörungen in Mannheim wohne ich seit Oktober 1943 hier in meiner Heimatgemeinde Walldorf.

Anlässlich der Bürgermeisterwahlen am 1. Februar 1948 habe ich hier in meiner Heimatgemeinde Walldorf kandidiert. Als Gegenkandidat hatte ich ausser einem Vertreter der DVP und KPD den bisherigen Bürgermeister Wilhelm Schmelcher von der CDU. Jch selbst war Kandidat der SPD. Da am 1. Februar 1948 keiner der Kandidaten die notwendige Stimmenzahl auf sich vereinigen konnte, kam ich mit Herrn Schmelcher am 15.2.48 zur Stichwahl.

Jn meiner Wahlrede am 30 Januar 1948 habe ich nur zu Gemeindeproblemen Stellung genommen und an manchen Verwaltungsmassnahmen sachlich aber unmissverständlich Kritik geübt.

Persönliche Angriffe auf Herrn Schmelcher wurden meinerseits vermieden. Meine Darlegungen in der Versammlung vor über 1000 Wählern fanden überreichen Beifall. Am Samstag, 31.1.48 hat es Herr Schmelcher vorgezogen ein Hetzblatt gegen mich loszulassen, in welchem ich insofern der Lüge bezichtigt werde, u. a. ich wäre überhaupt kein Beamter, sondern nur ein kleiner Angestellter und gibt zu, anlässlich einer Erkundigung am 23. 1.48 persönlich beim Herrn Oberbürgermeister Braun, diese Auskunft erhalten zu

haben. Dieses Flugblatt wurde mittels der Ortsschelle und unter Heranziehung fast aller Gemeindebediensteter in marktschreierischer Weise verteilt. Es kann nicht bestritten werden, dass dieses Flugblatt ein Tag vor der Wahl seine Wirkung nicht verfehlt hat und es kann angenommen werden, dass ich dadurch mindestens 300-400 Stimmen verloren habe.

Ich war daher wegen der Lüge ich sei kein Beamter-gezwungen, den 1. Bürgermeister der Stadt Mannheim nach hier zu bitten um die Sache klarzustellen. Herr Trumpfheller kam bereitwilligst und legte meine im Dezember 1945 von Herrn Oberbürgermeister Braun eigenhändig unterschriebene Beamtenurkunde (Beamter auf Lebenszeit) der Öffentlichkeit vor und Herr Bürgermeister Trumpfheller widerlegte auch die anderen Punkte des Flugblattes. Bei derselben Wählerversammlung, in der Herr Bürgermeister Trumpfheller sprach, stellte sich Herr Schmelcher zur Diskussion und erklärte, er hätte noch 2 Dokumente in Händen, die nicht sehr schmeichelnd für mich wären, er könne dieselben aber nicht zur Verlesung bringen, er stelle es jedem anheim in seiner Wohnung die Dokumente zu lesen. Ich besitze 2 Durchschläge dieser rätselhaften Dokumente. Es sind ganz 2 gewöhnliche Briefe vom Februar und März 1946 an 2 Freunde von mir, die die Kommunalpolitik im Jahre 1946 betreffen, ganz unpersönlich gehalten sind und überhaupt nicht im Zusammenhang stehen können mit der Bürgermeisterwahl von 1948. Aber zugegeben, der Zweck war erreicht, man hat vor der Öffentlichkeit geblufft, wie bei Nazizeit und die Wähler wurden stutzig.

Zuletzt noch die gröblichste Verleumdung, ich soll gesagt haben, Schmelcher sei ein "Hund", was keinesfalls wahr ist und ich bestreiten muss, wenn auch Herr Schmelcher vorgibt, einen Zeugen zu haben, der das gehört haben will.

Nach dem hier Geschilderten läge bestimmt das Recht auf meiner Seite gegen Schmelcher wegen Verleumdung vorzugehen. Ich habe mir aber gesagt, dass ich als Gemeinderat mit Schmelcher doch zusammenarbeiten muss und letztenendes Wahlkämpfe nicht so haarscharf auf die Goldwaage zu legen sind.

Herr Schmelcher dreht den Spiess um, klagt beim Landrat in Heidelberg auf Amtsenthebung und der Herr Landrat glaubt recht zu handeln, ohne mich anzuhören und setzt mich als Gemeinderat einfach ab.

Ich habe gegen die Massnahme beim Herrn Landrat Einspruch erhoben. Herr Schmelcher fasst meine Kritik am 30.1.48 als Verächtlichmachung seiner Verwaltung auf und ich bitte Sie den Demokratischen Grund-

sätzen der freien Meinungsäusserung gemäss unserer Verfassung
zum Recht zu verhelfen.

Zur weiteren Klarstellung der Angelegenheit stehe ich selbst-
verständlich jederzeit zur Verfügung. Meine Redemanuskripte und
die Dokumentenabschriften können falls gewünscht vorgelegt
werden.

Abschliessend bitte ich nochmals höflich um Wahrnehmung
meiner Rechte und sehe Ihrer geschätzten Nachricht mit Jntresse
entgegen.

Anlagen.

Hochachtungsvoll !

Kili Phau

